

## EXTENDED PAPER

### Öffentlichkeit in der DDR

#### Public Sphere in the German Democratic Republic

*Michael Meyen*

**Michael Meyen:** Ludwig-Maximilians-Universität, Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung; Kontakt: meyen(at)ifkw.lmu.de

# EXTENDED PAPER

## Öffentlichkeit in der DDR

Ein theoretischer und empirischer Beitrag zu den Kommunikationsstrukturen in Gesellschaften ohne Medienfreiheit<sup>1</sup>

## Public Sphere in the German Democratic Republic

A Theoretical and Empirical Contribution to the Structures of Communication in Societies with no Freedom of the Press

*Michael Meyen*

**Abstract:** How could the communist party in the German Democratic Republic stay in power without many incidents over 40 years? Where did the protest movement come from, that destroyed this solid system almost in a blink of an eye? The answer of the present study leads to the steering of the mass media, which was in fact a trial to control the public sphere at all. The political staged public sphere did not provide an intermediary system for debate that would have allowed for bilateral exchange between politics and society and given free access to everyone. Yet, even in the GDR there was a domain that was not secret and that related to State affairs. On the basis both of the Arena Model by Gerhards and Neidhardt (1990) and the findings of historical research about the GDR, the paper differentiates the public sphere in socialist countries. Alongside the two sub-levels of mass communication in socialist countries (the politically staged public sphere and the media from the West), official and unofficial events and meetings as well as encounters there was a fourth level: internal public spheres like readers' letters or party meetings which were open to GDR citizens only. The study is based on four main sources: files from the Federal archives in Berlin, a content analyses of the daily instructions given by the media headquarter of the communist party, (quantitative and qualitative) content analyses of four main GDR newspapers, and a series of about 100 biographical interviews with former GDR residents.

**Key words:** Public sphere; Mass communication; Media in the GDR; Political communication; Media policy; Media usage

---

1 Der Autor dankt der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die das Projekt „Sattsam bekannte Uniformität? Die Zentralorgane von SED, FDJ, CDU und LDPD zwischen Lenkungsabsicht, Kontrollpraxis und Leserbedürfnissen“ zwei Jahre lang mit Personal- und erheblichen Sachmitteln unterstützte, sowie Anke Fiedler, die in diesem Projekt wissenschaftliche Mitarbeiterin war und nicht nur an den Archivrecherchen und den Inhaltsanalysen entscheidend beteiligt war, sondern den vorliegenden Text durch zahlreiche Anregungen bereichert hat.

**Zusammenfassung:** Wie hat sich die SED gut 40 Jahre ohne besonders viele Zwischenfälle an der Macht gehalten? Und wie entwickelte sich dann in einem von außen stabil wirkenden Staat eine Protestbewegung, die das System in sehr kurzer Zeit verschwinden ließ? Der Beitrag geht davon aus, dass sich diese beiden Fragen nur beantworten lassen, wenn man die einheimischen Massenmedien berücksichtigt. Um diese These zu stützen, wird zunächst ein Arena-Modell der Öffentlichkeit in der DDR entwickelt, in dem es neben den beiden Massenkommunikationsebenen (Angebote aus dem Osten und dem Westen), Veranstaltungsöffentlichkeiten (von offiziellen Paraden über Kunst und Nischen bis zu Gegenöffentlichkeiten und Protesten) sowie Encountern auch „interne Öffentlichkeiten“ gibt – Kommunikationsstrukturen, die für Beobachter aus dem Westen nicht zugänglich waren und gerade deshalb von Herrschenden wie Beherrschten als funktionaler Ersatz für ein autonomes Öffentlichkeitssystem genutzt wurden. Mit Hilfe von Archivmaterial, Inhaltsanalysen und Nutzerbefragungen wird anschließend gezeigt, wie die SED die Medien gelenkt und kontrolliert hat, so zugleich in die anderen Arenen hineinregieren und damit jede Verständigung über die Lage im Land unterdrücken konnte. Das System brach nicht nur zusammen, weil der Widerspruch zwischen dem positiven Meinungsklima in den Medien und den persönlichen Erfahrungen der Menschen immer größer wurde, sondern auch weil die „politisch inszenierte Öffentlichkeit“ immer weniger an den „stillschweigenden Konsens“ mit der Bevölkerung appellierte, um außen- und handelspolitische Interessen nicht durch übermäßige Kapitalismuskritik und Sozialismusrhetorik zu gefährden.

**Schlagwörter:** Öffentlichkeit; Massenkommunikation; DDR-Medien; Politische Kommunikation; Medienpolitik; Mediennutzung

## 1. Erkenntnisinteresse

Die Überschrift dieses Beitrags klingt paradox. Zeitzeugen und Historiker sind sich einig, dass es in der DDR keine Öffentlichkeit gegeben hat – kein intermediäres „Diskussionssystem“, das für die Politik ähnliche Funktionen hat wie der Markt für die Wirtschaft, weil es Informationen, Meinungen und Interessen sammelt, verarbeitet und artikuliert und der Politik auf diese Weise mitteilt, welche Themen zu bearbeiten sind und wie dies im Idealfall geschehen sollte (Gerhards & Neidhardt, 1990). „In unserem Land ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört“, begann der Gründungsauftrag, in dem 30 Erstunterzeichner am 10. September 1989 einen „demokratischen Dialog über die Aufgabe des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur“ einforderten („in aller Öffentlichkeit“), den „Rückzug in die private Nische“ als eine Wurzel allen Übels ausmachten („lähmt die schöpferischen Potenzen unserer Gesellschaft“) und ihrer Initiative in Anlehnung an die normativen Erwartungen, die mit Öffentlichkeit verbunden sind (Wendelin, 2011), den Namen „Neues Forum“ gaben (Neues Forum, 1989). Der Theologe Richard Schröder (2009), eine der prägenden Figuren des Wendejahres, sagte 20 Jahre später bei der Verleihung des Deutschen Nationalpreises in Weimar, dass es in der DDR keine „freie, gemeinsame Öffentlichkeit“ gegeben habe und dass die „Zensur der öffentlichen Meinung“ bis in die

Gegenwart nachwirke. Das Fehlen einer „freien Presse“ erkläre, warum sich die Ostdeutschen auch heute nicht einig seien, wie die DDR zu bewerten ist.

Dies entspricht dem Tenor der wissenschaftlichen Literatur. Gunter Holzweißig (2002) hat festgestellt, dass die „medienpolitischen Dogmen Lenins (...) bis zum Ende der SED-Herrschaft sakrosankt“ geblieben seien (S. VII). Zwar hätten der Führungsstil der SED-Chefs Walter Ulbricht und Erich Honecker sowie die jeweilige politische Konstellation die Medieninhalte beeinflusst, aber jeder Verantwortliche habe sich an Lenins Forderung geklammert, Zeitungen müssten „kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator“ sein (Holzweißig, 1999, S. 574). Die Folge: „Langeweile und ein dürftiger Informationsgehalt“ (Holzweißig, 2002, S. VII). In der Literatur ist von „detaillierter inhaltlicher Lenkung“ per Telefon und per Post die Rede (Kapitza, 1997, S. 59), von formaler und inhaltlicher „Gleichförmigkeit“ (Tiemeyer, 1986, S. 25) sowie von „hölzerner Sprache“, von „Tabu-Mappen“ und von „ausbleibender Information“ (Bahrman, 1990, S. 411). Dieses Verdikt gilt nicht nur für die SED-Zeitungen, sondern auch für die Presse der kleineren Blockparteien. Holger Impekoven (2004) kam nach einer Untersuchung der Lenkungs- und Kontrollpraxis beim CDU-Zentralorgan *Neue Zeit* zu dem Ergebnis, dass „die vollständige Entscheidungsgewalt über die Inhalte der Berichterstattung“ auch hier bei der SED-Führung gelegen habe, und sprach folgerichtig von einem „Nachrichtenmonopol“ (S. 240). Dieser Befund erklärt, warum sich Untersuchungen zur Öffentlichkeit in der DDR auf Literatur und Kultur, auf Oppositionsgruppen sowie auf die Kirche konzentrieren und „the official public sphere under party control“ (Silberman, 1997, S. 7) ausblenden (Bathrick, 1995; Rühle, 2003).

Obwohl schon ein flüchtiger Blick in die dünnen Blättchen mit Honecker-Fotos, Tagungsberichten und Losungen das Verdikt von der „totalitären Vernichtung der politischen Öffentlichkeit“ in den „staatssozialistischen Gesellschaften“ (Habermas, 1990, S. 47) zu bestätigen scheint, bleiben zwei Fragen, die nicht ohne einen Blick auf öffentliche Kommunikationsprozesse zu beantworten sind: Wie hat sich die SED gut 40 Jahre ohne besonders viele Zwischenfälle an der Macht gehalten? Und wie entwickelte sich dann in einem von außen stabil wirkenden Staat eine Protestbewegung, die das System in sehr kurzer Zeit verschwinden ließ? Diese beiden Fragen werden noch drängender, wenn man um die besondere Situation der DDR-Führung weiß. Im Gegensatz zu den anderen sozialistischen Staaten Osteuropas hatte die kommunistische Partei hier erstens nicht nur das gesellschaftliche System zu legitimieren, sondern auch die Teilung der Nation (Lindenberger, 2009, S. 208), sie musste dabei zweitens mit Deutungsangeboten der Gegenseite konkurrieren, die weder eine Sprach- noch eine Kulturgrenze zu überwinden hatten (Hesse, 1988, S. 19), und sie leitete drittens einen Industriestaat mit einem Differenzierungsgrad, der zwingend Kommunikationsprozesse erforderte – Strukturen, die zwischen Bürgern, einzelnen Teilsystemen und dem politischen System vermittelt und so (zumindest über einen langen Zeitraum) offensichtlich einen Minimalkonsens zwischen Herrschern und Beherrschten gesichert haben.

Wenn diese Strukturen hier analysiert werden, geht es folglich einerseits um funktionale Äquivalente zu einem (autonomen) System Öffentlichkeit und ande-

rerseits um die Bemühungen der SED, die Öffentlichkeit zu kontrollieren, sowie um die Folgen, die dieser Kontrollanspruch für die gesellschaftliche Kommunikation hatte. Friedrich und Brzezinski (1965) haben schon sehr früh vermutet, dass sich die Menschen zwar aus der Öffentlichkeit zurückziehen und den offiziellen Botschaften misstrauen, durch den Dauerbeschuss mit Parolen aber trotzdem einer Art Hirnwäsche unterzogen werden und bestimmte Stereotype, Images und Werte in ihr Denken übernehmen. Auch wenn solche Wirkungsannahmen in der Totalitarismustheorie wurzeln, empirisch auf wackligen Füßen stehen und ignorieren, dass die SED kein Informationsmonopol hatte, man ihre Massenmedien auch deshalb gänzlich meiden oder wenigstens umdeuten konnte und die Inhalte sowohl für die unterschiedlichen Bevölkerungsschichten als auch an die (sich ändernde) innen- und außenpolitische Situation angepasst worden sein dürften, bleibt zu untersuchen, um welche Themen und welche Interpretationen es sich denn gehandelt hat. Was genau konnten die Menschen jeweils in Presse und Funk finden? Waren Botschaften und Deutungsrahmen immer und überall gleich (wie es die Propagandakonzepte suggerieren, die auf das Primat der Ideologie verweisen, Arendt, 1958; Arnold, 2003), oder haben sie sich im Zeitverlauf verändert? Und weiter gefragt: Wie konnten sich die Menschen jenseits der Medienangebote aus beiden deutschen Staaten über die Situation im Land informieren, wo sah man sonst, was andere Menschen denken, und welche Möglichkeiten gab es, den Herrschenden die eigenen Interessen zu signalisieren? Jörg Requate (1999) hat schon vor mehr als zehn Jahren darauf hingewiesen, dass die „Dichotomie zwischen der Propagandafunktion des staatlichen Medienapparats auf der einen und den partiellen Freiräumen insbesondere im Bereich von Literatur und Kunst auf der anderen Seite“ die Forschung einengt und „den Blick für öffentliche Kommunikationsstrukturen“ versperrt (S. 27).

In diesem Beitrag wird die These vertreten, dass eine Untersuchung der Öffentlichkeit in der DDR die Massenmedien in das Zentrum rücken muss. Erstens setzt Öffentlichkeit in komplexen Gesellschaften die Teilnahme aller voraus (wenigstens eine allgemeine Wahrnehmung), zweitens haben die einheimischen TV- und Radioprogramme genau wie die Parteizeitungen trotz aller Lenkung und Kontrolle erhebliche Reichweiten erzielt, und drittens hat das, was dort gesendet und geschrieben wurde, neben den Fernseh- und Radioangeboten aus dem Westen den Themen- und Deutungshorizont für alle anderen Kommunikationsbeziehungen vorgegeben. Obwohl Presse und Funk gelenkt, kontrolliert und zensiert wurden und obwohl längst nicht jeder freien Zugang zur Öffentlichkeit hatte (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 42ff.), gab es auch in diesen Gesellschaften einen „Bereich, der nicht geheim“ war und sich auf „staatliche Angelegenheiten“ bezog („der ursprüngliche Bedeutungskern von Öffentlichkeit“, S. 32). Da öffentliche Kommunikation über Massenmedien „im Horizont aller Bürger“ stattfand (eine wichtige Besonderheit des Systems Öffentlichkeit, S. 47) und da die Menschen wussten, dass die Inhalte immer mit Interessen verbunden waren (zumindest sie durch die Westmedien permanent daran erinnert wurden), konnten auch hier „öffentliche Meinungen mit mehr oder weniger allgemeinen Einstellungen zu bestimmten Themen“ entstehen (S. 42). Für die Untersuchung solcher Meinungsbildungsprozesse eignet sich die DDR von allen sozialistischen Staaten Osteuropas am besten, weil

hier die Notwendigkeit gesellschaftlicher Kommunikation am stärksten, der Kampf um die Öffentlichkeit durch die kulturelle und geografische Nähe zum gesellschaftlichen Gegenentwurf am schärfsten und die Reichweite der Medienangebote am größten war. Die Zeitungsdichte lag in den 1980er Jahren bei knapp 600 Exemplaren auf 1 000 Einwohner (und damit so hoch wie sonst nur noch in Japan oder Norwegen), und die einheimischen TV-Programme hatten auch dank mehrerer Unterhaltungsoffensiven, die sich auf Importe aus dem Westen stützten, nicht weniger Zuschauer als die Konkurrenz von ARD und ZDF (Meyen, 2003; Steinmetz & Viehoff, 2008).

In Abschnitt 2 wird zunächst das Konzept Öffentlichkeit diskutiert. Dabei soll auch gezeigt werden, dass vor allem die „positive Ladung“ dieses Begriffs verhindert hat, sich näher mit Leistungen und Folgen „der politisch inszenierten Öffentlichkeit“ in den sozialistischen Staaten Osteuropas zu beschäftigen (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 31, 51). Wenn man sich nicht auf die „zweite Öffentlichkeit“ (Rühle, 2003) und Encounter konzentriert oder die Existenz von Öffentlichkeit pauschal verneint hätte, wären die „Mobilisierungsprozesse von Öffentlichkeit in der DDR im Sommer 1989“ keine ganz so große „Überraschung“ gewesen (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 77). Außerdem fasst dieser Abschnitt die (vor allem geschichtswissenschaftliche) Forschung zum Thema zusammen und ergänzt das Arena-Modell von Gerhards und Neidhardt durch eine vierte Ebene, die in den sozialistischen Staaten Osteuropas eine besondere Bedeutung hatte („interne Öffentlichkeiten“).

Für die Untersuchung werden dann vier zentrale Quellen genutzt (Abschnitt 3): eine umfassende Studie zur Mediennutzung in der DDR, Aktenüberlieferungen im Bundesarchiv Berlin, eine Inhaltsanalyse der Argumentationshinweise der Abteilung Agitation im ZK der SED sowie (quantitative und qualitative) Inhaltsanalysen von vier wichtigen Tageszeitungen, die den Zeitraum von 1950 bis 1989 abdecken. Wenn man davon ausgeht, dass Kommunikationsprozesse zwischen Herrschern und Beherrschten sowohl zur Stabilität der DDR beigetragen haben als auch an ihrem abrupten Ende beteiligt waren, dann ist auch und vor allem danach zu fragen, ob und (wenn ja) wie sich die Medieninhalte im Zeitverlauf verändert haben. Die Tagespresse ist für eine solche Untersuchung nicht nur leichter zugänglich, sondern auch deshalb besser geeignet, weil bekannt ist, dass die übergroße Mehrheit der DDR-Bürger politische Funk- und TV-Sendungen aus dem eigenen Land weitgehend ignoriert hat (Meyen, 2003, S. 77).

Die Ergebnisse werden in drei Schritten aufbereitet. Abschnitt 4 beschreibt zunächst, wie die SED die „politisch inszenierte Öffentlichkeit“ für ihre Interessen einsetzte und wie sich Themen und Frames mit diesen Interessen änderten (Schritt 1). Abschnitt 5 zeigt anschließend, dass die Herrschenden auf diesem Weg zugleich die wichtigsten Konkurrenten im Kampf um die Deutungshoheit (Westmedien und Kunst) ausschalten wollten (Schritt 2). Abschnitt 6 fragt schließlich, wie die Adressaten mit den öffentlich verbreiteten Deutungsangeboten umgegangen sind und welche Möglichkeiten es sonst gab, mit den Herrschenden zu kommunizieren und sich eine Meinung zu bilden (Schritt 3). Obwohl die DDR-Bürger um die Medienlenkung wussten, sorgte die gelenkte Presse auch im Zusammenspiel mit den anderen Kommunikationskanälen nur teilweise für Transparenz und Ori-

entierung – weil Informationen unterdrückt wurden, die gesellschaftliche Debatten hätten anstoßen können, und weil die SED in ihren Medien durchgehend ein positives Meinungsklima konstruierte. In den 1980er Jahren gab es dort zwar längst nicht mehr soviel Sozialismus-Rhetorik wie noch im Jahrzehnt davor, kaum noch Polemik gegen den Westen und sogar Kritik am eigenen Lager, aber erstens rührte die DDR-Führung so an dem Konsens, auf den sich ihre Legitimation stützte, und zweitens war der Widerspruch zu den eigenen Erfahrungen jetzt so groß, dass die Berichterstattung trotzdem unerträglich wurde.

## 2. Arena-Modell der Öffentlichkeit in der DDR

In diesem Abschnitt wird zunächst gezeigt, warum demokratietheoretische Öffentlichkeitskonzepte (wie von Habermas oder von Gerhards und Neidhardt) die Existenz von Öffentlichkeit in den sozialistischen Staaten Osteuropas verneinen (müssen). Anschließend werden die Befunde der historischen Forschung genutzt, um das Arena-Modell an die Bedingungen der DDR anzupassen. Wenn man Öffentlichkeit als „Kommunikationssystem“ versteht, das „prinzipiell für alle Mitglieder einer Gesellschaft offen und auf Laienorientierung festgelegt ist“ (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 47), dann hat es in der DDR selbstverständlich Öffentlichkeit gegeben – einen „allgemein zugänglichen Raum“ (von Saldern, 2003, S. 333), in dem die SED um Themen und Interpretationen kämpfen und mit den Bürgern kommunizieren musste, wenn sie ihren Herrschaftsanspruch und letztlich die Existenz der DDR legitimieren wollte.

### 2.1 Demokratietheoretische Öffentlichkeitskonzepte

Die Untersuchungen, die sich mit Öffentlichkeit in der DDR beschäftigen und dafür theoretische Ansätze nutzen, knüpfen entweder an Jürgen Habermas an (Bathrick, 1995; Rühle, 2003; Silbermann, 1997) oder an das Arena-Modell von Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt. Beide Entwürfe gehen davon aus, dass Öffentlichkeit ein „unklarer“ Begriff (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 32) mit einer „Mannigfaltigkeit konkurrierender Bedeutungen“ ist (Habermas, 1990, S. 54). Beide nehmen dann an, dass im Zuge funktionaler Differenzierung ein System Öffentlichkeit entstanden ist, das zwischen der Gesellschaft (oder der Lebenswelt) und der Politik vermittelt (Gerhards, 1998, S. 26f.). Folgerichtig konzentrieren sich sowohl Habermas als auch Gerhards und Neidhardt auf die „politische Öffentlichkeit“ (Habermas, 1990, S. 38) und übernehmen dabei ein „normatives Element“, das seit der Aufklärung zum Begriff gehört: „Öffentlichkeit meint immer auch, die Dinge des Staates sollen offen, d.h. einer Allgemeinheit zugänglich sein, sie *sollen* an das Raisonement der Bürger, an deren Meinungen gebunden werden“ (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 32; Hölscher, 1979; Wendelin, 2011). In beiden Konzepten ist Öffentlichkeit folglich ein „politischer Begriff“ (Neidhardt, 1994, S. 8), der so nur in demokratischen Gesellschaften vorstellbar ist und auch in der liberalen Theorietradition, zu der das Arena-Modell gehört (Gerhards, 1998, S. 30-33), mit normativen Ansprüchen verbunden wird:

- „Öffentlichkeit soll offen sein für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für alle Themen und Meinungen von kollektiver Bedeutung“ (Transparenzfunktion).
- „Öffentlichkeitsakteure sollen mit den Themen und Meinungen anderer diskursiv umgehen“ (Validierungsfunktion).
- Auf diese Weise sollen „öffentliche Meinungen“ entstehen, „die das Publikum als überzeugend wahrnehmen und akzeptieren kann“ (Orientierungsfunktion, Neidhardt, 1994, S. 8f.).

Bei Habermas spricht die Literatur sogar von einem „emphatischen“ Öffentlichkeitsbegriff (Dubiel, 1988, S. 120) und einer „Art regulativer Idee“, die hohe Anforderungen an die Kommunikation stellt (etwa: bürgernahe Akteure, die ihre Forderungen mit guten Gründen legitimieren, auf rhetorische Tricks verzichten und an einem Konsens interessiert sind) und deshalb kaum „einen Gegenstand“ (also eine Entsprechung in der Realität) finden dürfte (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 33; Gerhards, 1998, S. 27-30) – erst recht nicht in der DDR. Auch der „Typus repräsentativer Öffentlichkeit“, den Habermas für die feudale Gesellschaft entwickelt hat (Habermas, 1990, S. 58-67), hilft bei der Analyse der Kommunikationsstrukturen in sozialistischen Staaten nicht weiter, weil Öffentlichkeit und Privatsphäre hier wie in jeder Industriegesellschaft getrennt waren und weil die SED-Führer bei aller Ähnlichkeit mit den Fürsten und trotz gegenteiliger Bezeichnungen („Die Partei hat immer Recht“, „Diktatur des Proletariats“) ihre Herrschaft nicht einfach repräsentieren konnten, sondern auch und gerade über öffentliche Kommunikation legitimieren mussten.

Gerhards und Neidhardt (1990) haben dafür den Begriff „politisch inszenierte Öffentlichkeit“ geprägt und geschrieben, dass es daneben in der DDR „allenfalls Encounter-Öffentlichkeit“ gegeben habe. Im Arena-Modell unterscheiden sie drei Öffentlichkeitsebenen:

- Massenmedienkommunikation, ohne die sich in komplexen Gesellschaften keine Öffentlichkeit herstellen lässt,
- Veranstaltungs- oder Versammlungsöffentlichkeiten sowie
- „kleine Öffentlichkeiten“ (Gespräche im Bus, am Arbeitsplatz oder in der Kneipe).

Diese „kleinen Öffentlichkeiten“ spielen im Arena-Modell nur eine untergeordnete Rolle. Encounter kennen zwar so gut wie keine Grenzen für Teilnehmer oder Themen und sind zudem die Aufnahme- und Kontrollinstanz für das, was über die Massenmedien verbreitet wird, zugleich aber sind diese kleinen Öffentlichkeiten auch zerbrechlich und strukturlos (weil Themen und Meinungen mit den Teilnehmern wechseln). In „totalitären Herrschaftssystemen“ sei dies einerseits ein Vorteil (weil es die „politische Kontrolle“ erschwere), andererseits wisse der „Geheimdienst des Regimes“ aber um die Bedeutung solcher „Interaktionsepisoden“, so dass hier selbst Encounter auf „Immunsierungstaktiken“ angewiesen seien (S. 50f.) – etwa auf die Mehrdeutigkeit von Witzen (Stöber, 2005; von Saldern, 2003, S. 455) oder auf den Einsatz von Symbolen, die durch ihren Interpretationsspielraum ausreichend Schutz boten (wie das Abzeichen „Schwerter zu Pflugscharen“ oder die weiße Fähnchen, die Ausreiseantragsteller an Autoantennen befestigten).

Obwohl das Arena-Modell vor dem Hintergrund der politischen Umwälzungen in Osteuropa entwickelt wurde, liefert es nur eine einzige öffentlichkeitstheoretische Erklärung für diese Veränderungen: Encounter seien „Startpunkt für Autonomisierungsprozesse von Öffentlichkeit“, zu beobachten „im Verfallsprozess sowohl von feudalen als auch von sozialistischen Gesellschaften“. Das „Rumoren auf dieser Ebene“ sei „ein erstes Anzeichen eines dann auf höhere Ebenen übergreifenden Umgestaltungsprozesses“ (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 51f.). Wie genau das zum Beispiel in der DDR passiert sein soll, bleibt allerdings unklar. Gerhards und Neidhardt führen „kollektive Proteste“ zwar als „Sonderform von öffentlichen Veranstaltungen“ ein und weisen auch auf die (wenngleich „beschränkten“) Möglichkeiten des Publikums hin, sich zu äußern („Beifall, Pfeifen Raunen und der frühzeitige Weggang“), sowie auf die Bedeutung dieser Öffentlichkeitsebene als Testfeld für Meinungen, im Zentrum stehen bei ihnen aber die sozialen Voraussetzungen von Veranstaltungen (Vorgabe von Thema und Meinungen durch die Organisatoren, Verteilung von Sprecher- und Publikumsrollen, S. 52ff.). Da jede der drei Ebenen im Arena-Modell an ein Bürgerrecht gekoppelt wird (Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit) und da die Autoren außerdem historische Parallelen zwischen der Ausdifferenzierung der einzelnen Ebenen und der institutionellen Verankerung der entsprechenden Rechte ziehen (etwa in Gesetzestexten), bleibt ihr Theorieentwurf für öffentliche Kommunikationsprozesse in den sozialistischen Ländern Osteuropas jenseits des „Rumorens“ in Encountern kurz vor dem Zusammenbruch blind.

## 2.2 Öffentlichkeit in der DDR

Vor allem die Geschichtswissenschaft hat unabhängig von der politikwissenschaftlich dominierten Theoriedebatte in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine ganze Reihe von Ideen und empirischen Belegen zusammengetragen, die die These differenzieren, es habe in der DDR neben der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ allenfalls Encounter und auch das möglicherweise erst in den späten 1980er Jahren gegeben. Ganz allgemein lässt sich zunächst festhalten, dass diese Forschung erstens sehr unterschiedliche Öffentlichkeitsbegriffe nutzt und dabei oft ohne Bezug zu sozialwissenschaftlichen Konzepten arbeitet, zweitens den Einfluss der Westmedien überschätzt (Hesse, 1988) und sich daneben drittens vor allem auf Öffentlichkeiten jenseits von Massenkommunikation konzentriert.

Übersicht 1 versucht, die entsprechenden Befunde in das Arena-Modell zu integrieren. Das Wort „versuchen“ ist dabei mit Bedacht gewählt, weil einige dieser Einordnungen streitbar sind. David Bathrick (1995) hat mit „Gegenöffentlichkeit“ Schriften wie die *Umweltblätter* oder den *Grenzfall* gemeint, die vor allem in den 1980er Jahren von Oppositionsgruppen oder Künstlern und oft unter dem Dach der Kirche produziert worden sind, und keinen systematischen Unterschied zu den Parteizeitungen gesehen. Hier von Massenkommunikation zu sprechen, verbietet sich allerdings, weil dafür eine zentrale Voraussetzung fehlt: Anders als bei Presse und Funk konnte man bei diesen Publikationen genau wie zum Beispiel bei Romanen nicht unterstellen, dass die Inhalte allen anderen Gesellschaftsmitgliedern im Moment der Veröffentlichung bekannt sind. Dies gilt auch für die

anderen Öffentlichkeiten: Allgemeine Wahrnehmung war nur zu erreichen, wenn in den Medien berichtet wurde (unabhängig davon, ob in Ost oder West). Die in Übersicht 1 auf der Ebene „Veranstaltungs- und Versammlungsöffentlichkeiten“ genannten Foren unterscheiden sich

- bei den Zugangsvoraussetzungen (zunehmend von oben nach unten),
- damit nach ihrer sozialen Reichweite und nach der Möglichkeit, Inhalte auf die Ebene Massenkommunikation zu bringen (von oben nach unten abnehmend), sowie folgerichtig
- nach dem Aufwand, der in die Kontrolle investiert wurde.

Theoretisch standen all diese Foren jedem offen (und erfüllen damit das wichtigste Kriterium für Öffentlichkeit), praktisch aber musste man vor Ort sein, als sich Oskar Brüsewitz im August 1976 im Zentrum von Zeitz verbrannte (Sabrow, 2004, S. 231-244; Agethen, 1995), und über Mitgliedsrechte oder über Bildung verfügen, um an Nischen- oder Kunstöffentlichkeiten teilhaben zu können. Die Herrschenden haben zwar im Zusammenspiel mit dem Geheimdienst auch diese Foren reglementiert (etwa durch Auftragsausstellungen, Zuwendungen oder über die Zensur, Raupp, 2000, S. 236), aber zum einen haben die Mehrdeutigkeit von Kunstwerken sowie der Zusammenhalt von Gemeinden oder Protestgruppen den Zugriff erschwert, und zum anderen waren die Folgen verkräftbar, solange sich das Publikum auf 200 Kabarettbesucher oder die kleine Schar der notorischen Gottesdienstbesucher beschränkte. Bei den größeren Veranstaltungsformen war der Interpretationsspielraum kleiner und der Kontrollaufwand größer. Bei Auswärtsspielen des Fußball-Serienmeisters BFC Dynamo zum Beispiel ließ das Ministerium für Staatssicherheit den Fanblock der Gastgeber fotografieren, wenn Sprechchöre gegen die Mannschaft von Erich Mielke (und damit gegen die Politik von Partei und Regierung) laut wurden.

Nicht zur Definition von Öffentlichkeit passen will auf den ersten Blick die (hier neu eingeführte) Ebene „interne Öffentlichkeiten“. Bei Parteiversammlungen sind weder der Zugang noch die Art der Teilnahme frei (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 45f.), und Briefe scheinen selbst dann etwas Privates zu sein, wenn sie an die Regierenden gerichtet sind. Diese Zuordnungsprobleme spiegeln sich in der Literatur, wo von „geschlossenen Öffentlichkeiten“ gesprochen wird und Leserbriefe oder Eingaben mit Begriffen wie „halböffentlich“ und „Ersatzöffentlichkeit“ beschrieben werden (von Saldern, 2003, S. 455f.; Merkel, 1997, S. 282). Diese „Kommunikationsschächte“ nach oben seien wegen der „fehlenden öffentlichen Artikulationschancen“ genutzt worden, obwohl die Menschen um die „Ventilfunktion“ gewusst hätten, man sich so nicht austauschen konnte (von Saldern, 2003, S. 455) und die Erfahrungen deshalb weiter „unsicher zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen“ (Engler, 1992, S. 135) schwebten.

Interne Öffentlichkeiten haben jedoch zwei Gemeinsamkeiten: Sie schlossen westliche Beobachter aus (abgesehen von Geheimdiensten, die aber nicht auf die Ebene Massenkommunikation gehen können, ohne sich zu enttarnen), und sie erlaubten den Austausch zwischen Bürgern und politischem System, weil es sich ansonsten um prinzipiell zugängliche Kommunikationssysteme handelte. Dies gilt auch für Leserbriefe, weil auf beiden Seiten unklar war, wer alles involviert war –

sowohl bei den Schreibern, bei denen man nicht wusste, mit wem sie vorher gesprochen hatten, als auch bei den Empfängern. Auch die Gatekeeper zur Ebene Massenkommunikation registrierten solche Schreiben wie Eingaben, leiteten sie an Verwaltungen oder andere zuständige Stellen weiter und produzierten so genau wie Versammlungsleiter Aktenvorgänge und Protokolle, die die Interaktion über den Kreis der Anwesenden hinaus zugänglich machten. In Übersicht 1 stehen „interne Öffentlichkeiten“ über den Encountern, weil sie verbindlicher waren, und unter den anderen beiden Ebenen, weil eine Veröffentlichung in den Westmedien ausgeschlossen und in den DDR-Medien selbst dann nicht sicher war, wenn Journalisten Adressaten oder Teilnehmer waren. LDPD-Chef Manfred Gerlach zum Beispiel sprach vor Parteifreunden, Künstlern oder Wissenschaftlern schon ab den späten 1970er Jahren Klartext, erlaubte aber selbst der Presse seiner eigenen Partei erst 1988, die Reden zu drucken, und wurde im Frühherbst 1989 dann von der SED dafür angegriffen, mit seiner Kritik an die Öffentlichkeit gegangen zu sein (Gerlach, 1991).

#### Übersicht 1: Arena-Modell der Öffentlichkeit in der DDR

##### *Massenkommunikation*

- DDR-Medien: „politisch inszenierte Öffentlichkeit“
- Westmedien: „primarily broadcasting media but also other publication outlets“ (Silberman, 1997)

##### *Veranstaltungs- und Versammlungsöffentlichkeiten*

- Präsentationsöffentlichkeiten: offizielle Feiern und Umzüge, Vorbeimärsche an Ehrentribünen, etwa am 1. Mai oder am 7. Oktober (von Saldern, 2003, S. 448-451)
- Offizielle Veranstaltungsöffentlichkeiten: Pressefeste, Sport (von Saldern, 2003, S. 458f.)
- „Öffentlichkeiten im Kontext kollektiver Praktiken“: Wettbewerbe („Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!“), historische Umzüge, Männerchöre (von Saldern, 2003, S. 461-465)
- Kunstöffentlichkeiten: Ausstellungen (Stiehler & Lindner, 1991; Raupp, 2003), Theater, Konzerte oder Kabarett („der Schutz der Theaterdunkelheit gewährleistete unter normalen Umständen Anonymität und erlaubte gerade deshalb das befreiende Lachen“, Stöber, 2005, S. 387)
- Nischenöffentlichkeiten: Literatur; Gottesdienste, Kirchentage, Synoden und ökumenische Versammlungen; Bürgerrechts- und Umweltgruppen (Süß, 1990; Behrend, 2002)
- Gegenöffentlichkeit: „unofficial or counter public“ (Bathrick, 1995)
- Öffentliche Proteste: Mahnwachen oder die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz 1976 (Agethen, 1995; Sabrow, 2004)

##### *Interne Öffentlichkeiten*

- „halböffentlicher“ Diskurs über Briefe an Medienredaktionen (Merkel, 1997, S. 282) oder über Eingaben an staatliche Organe („eine Art Ersatzöffentlichkeit“, von Saldern 2003, 455; Merkel & Mühlberg, 2000; Lindenberger, 2009, S. 218)
- „geschlossene Öffentlichkeiten“ (Parteiversammlungen, Fach- und Expertenöffentlichkeiten, Betriebsversammlungen, von Saldern, 2003, S. 456)

##### *Encounter („kleine Öffentlichkeiten“)*

- Informelle Öffentlichkeiten – institutionell eingebunden (in Betrieben, Massenorganisationen oder Klubs), in subkulturellen Gruppen (etwa in Biermanns Wohnung und in Frauenzirkeln; Behrend, 2002) oder situativ (von Saldern, 2003, S. 451)
- Straßen- und Familienöffentlichkeiten: Formen „der gemeinsamen Verweigerung von Zustimmung“ (Merkel, 1997, S. 282)

In der geschichtswissenschaftlichen Literatur werden auch öffentlich sichtbare Symbole (Fehr, 1999) oder „reale städtische Öffentlichkeitsräume“ (von Saldern, 2003, S. 469) unter der Überschrift „Öffentlichkeit in der DDR“ behandelt. So habe zum Beispiel die Mauer (ein „negatives Symbol“) jedem stets vor Augen geführt, dass es ohne Abschottung nach außen und ohne den Verzicht auf Reisefreiheit in der DDR weder Stabilität noch Wohlstand geben könne (Lindenberger, 2009, S. 219), und Ende der 1980er Jahre sei schon durch den Zustand der Altbauten in den Innenstädten klar gewesen, dass es mit dem Staat zu Ende gehe (von Saldern, 2003, S. 469). Dass diese „Öffentlichkeiten“ in Übersicht 1 fehlen, hat einen einfachen Grund. Was Symbole wie die Mauer oder was leere Regale, Braunkohle-Mondlandschaften und fehlende Ersatzteile bedeuten, steht keineswegs von vornherein fest, sondern ist in den unterschiedlichen Arenen der Öffentlichkeit auszuhandeln.

Die besondere Bedeutung der Ebene Massenkommunikation spiegelt sich in Forschung und Literatur nur unzureichend – vielleicht weil Konsens darüber besteht, welche Rolle West- und Ostmedien jeweils gespielt haben. Immer wieder zitiert wird der Schriftsteller Christoph Hein (1990), der seine Kollegen auf dem X. Schriftstellerkongress Ende 1987 aufforderte, der Presse dankbar zu sein. Während Zeitungen und Zeitschriften das Publikum in allen anderen Ländern mit Neuigkeiten von der Buchlektüre abhalten würden, habe sich in der DDR kaum ein Bürger mehr als ein paar Minuten mit diesen Medien zu beschäftigen. Von der Literatur erwarte der Leser deshalb nicht nur Unterhaltung und Geschichten, sondern auch „Neues und Wahres“ (S. 87). Der ehemalige ARD-Vorsitzende Fritz Pleitgen (2004) sagte zum 50. Jahrestag des Fernsehneustarts in Deutschland, dass sich die Einheit zuerst auf dem Bildschirm vollzogen habe. Die ARD habe ihre Berichte „fast in jeden Winkel der DDR“ gestrahlt, so dafür gesorgt, dass „die ganze Republik Abend für Abend“ in den Westen übergelaufen sei und damit „die Autorität des Ost-Berliner Regimes“ ausgehöhlt. Zur Feier des Tages erlaubte sich Pleitgen sogar ein „Gedankenspiel“: Wer weiß, wie schnell die Einheit gekommen wäre, wenn schon „die Helden des 17. Juni“ von TV-Bildern aus dem Westen unterstützt worden wären (S. 20)?

Hier soll gar nicht bestritten werden, dass die offene Rundfunkgrenze das Denken der Ostdeutschen geprägt hat, dass die Westprogramme in der DDR zum Alltag gehörten und im Spätsommer und Frühherbst 1989 auch mediale Öffentlichkeit hergestellt haben – mit Berichten über Demonstrationen und Fluchtmöglichkeiten und indem sie diejenigen zu Wort kommen ließen, die sich zur Opposition formierten. Vorher aber, in den „normalen Zeiten“, waren die Sendungen von ARD und ZDF für die allermeisten DDR-Bürger kein vollwertiger Ersatz. Erstens hatte längst nicht jeder Zugang (einige aus technischen Gründen, andere weil dies ihren Überzeugungen widersprochen hätte), zweitens haben viele Ostdeutsche auch den Sendungen aus dem Westen bestimmte Absichten unterstellt und ihnen deshalb keineswegs uneingeschränkt geglaubt (Meyen, 2003), und drittens war die Berichterstattung über die DDR in jeder Hinsicht begrenzt: beim Umfang, bei den Themen und bei der Bewertung (Bellut, 1982; Chmel 2009). Die Ratgebersendungen ließen sich für das Leben im Osten nicht anwenden, und

Nachrichten und Politik-Magazine konnten nur sehr bedingt bei der Orientierung im Alltag helfen.

Gegen die These von der Bedeutungslosigkeit der einheimischen Medien für die Öffentlichkeit in der DDR sprechen nicht nur die bereits erwähnten hohen Reichweiten. Massenkommunikation war hier zwar immer vom politischen System abhängig (Meyen & Fiedler, 2011) und konnte so die normativen Ansprüche an Öffentlichkeit keinesfalls so wie in demokratischen Gesellschaften erfüllen, die wichtigsten Merkmale von Mediensystemen finden sich aber auch hier: eine professionelle Produktion von Medieninhalten, die um die Aufmerksamkeit des Publikums konkurrieren (untereinander und zumindest im Funkbereich mit den Angeboten aus dem Westen) – um ein Publikum, das „grundsätzlich unabgeschlossen“ ist (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 45; Neidhardt, 1994, S. 11-14). Dass die öffentliche Kommunikation „im Horizont aller Bürger“ stattfand (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 47), erlaubte der SED-Führung (wie gleich zu zeigen sein wird) zwar einerseits, die Medien für ihre Interessen zu nutzen, andererseits schuf sie damit aber eine Öffentlichkeit, die zumindest eingeschränkt Transparenz, Validierung und Orientierung bot, weil die Bürger wussten, dass die Medien gelenkt und kontrolliert wurden, und durch die Westmedien immer wieder daran erinnert wurden.

Neben Präsentationsöffentlichkeiten und offiziellen Veranstaltungen war die Ebene Massenkommunikation außerdem der zentrale Ort, an dem die SED ihre Interpretationen der gesellschaftlichen Realität platzieren konnte – mit Hilfe „eines mehr oder weniger geschlossenen (und nach außen oft fremd wirkenden) Systems von Repräsentationen, Praktiken und Aneignungsweisen, mit denen in sozialen Großgruppen Bedeutung produziert, Identität konstituiert, Sinn verliehen und erzeugt wird“ (Sabrow, 1999, S. 89). Martin Sabrows (1999) Vorschlag, die DDR als eine „Konsensdiktatur“ zu verstehen (als Staat, dessen Existenz „nicht zuletzt von der erfolgreichen Schaffung eines gleichsam vopolitischen Wahrnehmungs- und Wertungsrahmens“ abhing, der vom Einzelnen kaum infrage zu stellen war (S. 91), ist zwar umstritten (weil sich die empirischen Belege auf Intellektuelle beschränken, Lindenberger, 2009, S. 211), es ist aber trotzdem danach zu fragen, welche Themen und welche Bewertungen auf der Ebene Massenkommunikation transportiert wurden und ob sich dies im Zeitverlauf geändert hat. Für Sabrow (1999) war weder der wirtschaftliche Niedergang „die entscheidende Ursache des Zusammenbruchs der SED-Herrschaft“ noch der „Verlust der blockpolitischen Bestandsgarantie“ oder gar die (überschaubare) Opposition im Land, sondern die „Auflösung des spezifischen Diskursrahmens, in dem die eigene realsozialistische Welt und die nicht-sozialistische Außenwelt wahrgenommen und bewertet wurden“ (S. 85, 92). Thomas Lindenberger (2009) hat aufgezählt, was alles zum stillschweigenden Konsens zwischen Herrschenden und Beherrschten in der DDR gehört hat: Frieden, Wohlstand und Glück, Arbeit (auch Frauenarbeit und die Integration in ein Kollektiv), persönliche Sicherheit, öffentliche Ordnung. Dazu seien humanistische und marxistisch-leninistische Werte gekommen, die bei aller Propaganda-Monotonie dank ihrer Allgemeinheit von den meisten Bürgern akzeptiert werden konnten: Antifaschismus, internationale Solidarität, Freundschaft mit der Sowjetunion (S. 212-216). Wenn Sabrow und Lindenberger Recht

haben, müssten sich sowohl diese Elemente als auch die „Auflösung“ des Diskursrahmens in der Presse nachweisen lassen – über Inhaltsanalysen, die nach Frames in der Berichterstattung fragen (Gamson & Modigliani, 1987; Scheufele, 2003). Über welche Themen wurde berichtet und über welche nicht, welche Interpretationen und Bewertungen wurden transportiert und wie hat sich dies im Zeitverlauf verändert?

Für diesen Ansatz spricht nicht nur das Framing-Konzept, das einen Link zwischen Medieninhalten und den Einstellungen der Rezipienten bietet, sondern auch die Theorie der Schweigespirale (Noelle-Neumann, 2001), die davon ausgeht, dass Massenmedien das Urteil über das Meinungsklima beeinflussen, eine Artikulationsfunktion haben (weil sie Argumente und Formulierungshilfen liefern) und besonders dann wirken, wenn konsonant berichtet wird. Indem die SED die Ausdifferenzierung eines autonomen Mediensystems verhinderte, setzte sie einerseits in jeder Hinsicht den Rahmen für Veranstaltungen und Versammlungen, interne Öffentlichkeiten und Encounter. Auf der Ebene Massenkommunikation wurden die Themen und Interpretationen bereitgestellt, um die es in den anderen Arenen der Öffentlichkeit gehen konnte, und damit zugleich Grenzen gezogen und Regeln gesetzt. Was weder in den Ost- noch in den West-Medien angesprochen wurde, konnte in der Gesellschaft nicht verhandelt werden. Die Herrschenden trockneten so andererseits eine wichtige Informationsquelle aus, weil die Medien nur bedingt das aufnehmen konnten, was auf den anderen Öffentlichkeitsebenen thematisiert wurde. Dieses Informationsdefizit, das nach der Schließung des Instituts für Meinungsforschung beim ZK der SED 1979 noch größer geworden sein dürfte (Niemann, 1995), erklärt zumindest zum Teil die Bedeutung des Geheimdienstes, der Öffentlichkeiten nicht nur kontrollierte und unterdrückte (Stöber, 2005, S. 387), sondern den Herrschenden auch berichten sollte, worüber die Menschen sprachen und was sie wirklich dachten.

### 3. Quellen und Methoden

Dieser Beitrag stützt sich auf mehrere Studien (Fiedler & Meyen, 2010, 2011; Meyen, 2001, 2003). Da das Untersuchungsdesign dort jeweils ausführlich diskutiert wurde, beschränkt sich dieser Abschnitt auf die Eckpunkte, die für das Verständnis und die Nachvollziehbarkeit der Argumentation nötig sind.

#### 3.1 Medienlenkung in der DDR

Es ist bekannt, dass die SED das System der Medienlenkung und Medienkontrolle bis Ende der 1950er Jahre perfektioniert und dann bis 1989 weitgehend unverändert gelassen hat. Holzweißig (1999, 2002) hat von einer „Zensur ohne Zensor“ gesprochen und beschrieben, wie die inhaltlichen und formalen Vorgaben von der Parteispitze und der Agitationskommission beim Politbüro über die Abteilung Agitation des ZK der SED und das Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates in die Redaktionen kamen und wie die Herrschenden über Personalpolitik, Ausbildung, die Nachrichtenagentur ADN (Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst) und auch das Ministerium für Staatssicherheit dafür sorgten, dass die

Weisungen befolgt wurden (Bürger, 1990; Geserick, 1988; Kluge, Birkefeld, & Müller, 1997; Wilke, 2007).

Die These, dass sich die Strukturen der Medienlenkung und damit letztlich die Strukturen der öffentlichen Kommunikation in der DDR in 40 Jahren kaum verändert haben sollen (Holzweißig, 1999, S. 573), hat allerdings den Blick auf Veränderungen im Zeitverlauf verstellt. Der Aufwand, den die SED im Medienbereich betrieben hat, lässt sich nur verstehen, wenn man annimmt, dass Presse und Funk die gerade aktuellen Interessen der Herrschenden unterstützen sollten – in der Auseinandersetzung mit dem Westen und im Kampf um die Köpfe der eigenen Bürger. Es ist deshalb zu vermuten, dass sich Veränderungen dieser Interessen auch in der Medienpolitik niederschlagen haben – weniger bei den Medienangeboten oder in den institutionellen Strukturen, sondern vor allem in den konkreten Anweisungen, die zum einen gezielt Themen und Tendenzen forcierten (zum Beispiel über Pflichtveröffentlichungen) und zum anderen bestimmte Inhalte unterdrückten (über Veröffentlichungsverbote). „Bei der Widerspiegelung von Wirtschaftsfragen außerhalb der DDR stets die Interessen der DDR im Auge haben. Nichts tun, was unseren Interessen schadet“, forderte Günter Bobach, Wirtschaftsfachmann der Agitationskommission beim Politbüro, im April 1980 bei einer Donnerstags-Argumentation im ZK der SED von den anwesenden Redakteuren.<sup>2</sup> In die Öffentlichkeit sollte nichts gelangen, was die Ziele der Führung gefährden und dem Westen in die Hände spielen konnte. Vor allem diese Fixierung auf den „Klassenfeind“ wird übersehen, wenn man die Medienpolitik in der DDR auf Lenins Formel vom „kollektiven Propagandist, Agitator und Organisator“ reduziert und mit Propagandatheorien arbeitet.

Um die Anleitung und Kontrolle im Detail nachvollziehen zu können, wurden die Aktenüberlieferungen des Lenkungsapparates im Bundesarchiv Berlin herangezogen. Die Recherchen konzentrierten sich dabei auf die bereits genannten Instanzen (Agitationskommission, Abteilung Agitation, Presseamt, dazu einzelne ZK-Abteilungen), auf die Büros der SED-Agitationssekretäre (Otto Meier, Albert Norden, Werner Lamberz, Joachim Herrmann) sowie auf das Büro Günter Schabowski (1978 bis 1985 Chefredakteur des SED-Zentralorgans *Neues Deutschland* und ab 1981 im Politbüro wichtiger Ansprechpartner von Erich Honecker in Medienfragen, Schabowski, 2011).

Diese Archivarbeit erlaubte eine quantitative Inhaltsanalyse von insgesamt 6454 schriftlichen und mündlichen Argumentationsanweisungen, die den Zeitraum von 1960 bis 1989 abdecken (Vollerhebung, Fiedler & Meyen, 2010). Argumentationsanweisungen gab es bereits, als die DDR noch in den Kinderschuhen steckte. Schon vor der Staatsgründung im Oktober 1949 hat die SED-Führung die Medienarbeit durch verbindliche Weisungen beeinflusst (Wilke, 2007, S. 267). Die Erfahrungen der Anfangsjahre und die Technikentwicklung haben dann geholfen, die Medienlenkung zu professionalisieren. Vor allem in den 1960er und 1970er Jahren gingen nahezu täglich Rundschreiben, Druckschriften, hektographierte Hinweise und Telegramme mit formalen oder inhaltlichen Vorga-

2 Argumentationssitzung am 2. April 1980. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.040/2, Bl. 2.

ben an das *Neue Deutschland*, die SED-Bezirkspresse, die Zentralorgane von FDJ und FDGB, *Junge Welt* und *Tribüne*, an Rundfunk und Fernsehen sowie an die Nachrichtenagentur ADN (manchmal per Post, meist aber über Fernschreiber). Die Zeitungen der kleinen Blockparteien bekamen die Anweisungen über das Presseamt. Autorisiert und herausgegeben wurde das Argumentationsmaterial von der Abteilung Agitation, die Verfasser kamen jedoch meist aus den anderen Abteilungen im Zentralkomitee der SED (etwa: Kultur, Propaganda, Jugend oder Staats- und Rechtsfragen).<sup>3</sup> In den 1970er Jahren wurden die Rundschreiben und Telegramme dann schrittweise von wöchentlichen Sitzungen im Zentralkomitee abgelöst (Donnerstags-Argus, Bürger, 1990; Modrow, 2011). Joachim Herrmann, ab 1978 ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda, ließ die Redaktionsstuben zusätzlich per Telefon informieren (Bösenberg, 2004, S. 130f.).

In die Inhaltsanalyse wurden alle überlieferten Argumentationshinweise einbezogen, die von der Abteilung Agitation, den Büros der Agitationssekretäre Albert Norden, Werner Lamberz und Joachim Herrmann sowie durch das Presseamt an die Medien der DDR übermittelt wurden. Schriftliche Hinweise finden sich im Bundesarchiv ab 1960, mit einem Höhepunkt in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre (Wilke, 2007, S. 290). Für die Jahre 1963 bis 1968 sind die Argumentationen dabei weitgehend vollständig überliefert (erkennbar am Datum und an der chronologischen Nummerierung). Ausgewertet wurden zudem handschriftliche Notizen aus den Donnerstags-Argus – angefertigt von Kurt Blecha (Leiter des Presseamtes, bruchstückhaft aus den 1970er Jahren erhalten) sowie von ND-Redakteuren (1980 bis 1985, fast vollständig überliefert in den Aktenbeständen der Büros Schabowski und Herrmann). Diese Quelle ist natürlich mit Problemen verbunden (Unvollständigkeit, subjektive Sicht des Protokollführers, Wilke, 2007, S. 293), aber nicht ersetzbar. Im Codebuch gab es neben formalen Angaben (Art der Anweisungsübermittlung, Abteilung/Büro, Zeitraum, Empfänger) drei inhaltliche Kategorien (Thema, Ort und spezifische Aussagen), die entweder mit Hilfe der Überschrift aufgelöst wurden (Fernschreiben, hektographierte Anweisungen) oder über die Tagesordnungspunkte (Chefredakteursbesprechungen, Donnerstags-Argus).

### 3.2 Inhaltsanalyse von vier Zentralorganen

Da auch ein ausgefeiltes Anweisungssystem nur Bruchteile der Medieninhalte regulieren kann und da außerdem unklar war, ob die Wünsche der Abteilung Agitation tatsächlich immer vollständig umgesetzt worden sind, wurden vier Tageszeitungen untersucht: das *Neue Deutschland*, das FDJ-Zentralorgan *Junge Welt* (beide in den 1980er Jahren mit einer Auflage jenseits der Millionengrenze) sowie die Zentralorgane von CDU und LDPD, *Neue Zeit* und *Der Morgen*. Für diese Blätter hat neben der Reichweite und der Bedeutung von „Organen“ vor allem die Vergleichbarkeit gesprochen: Alle vier Zeitungen zielten auf das gleiche Verbreitungsgebiet (die gesamte DDR) und entstanden im gleichen Milieu (in Berlin,

3 Vgl. exemplarisch die Anweisungen aus den ZK-Abteilungen im Jahr 1978 in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 20725.

in unmittelbarer Nähe zu den Herrschenden und damit auch für ausländische Beobachter besser zugänglich). Dazu kommen die Magnetwirkung der Hauptstadt, die die besten Journalisten anzog, sowie die Orientierungsfunktion für die Regionalpresse: Was im Sprachrohr der jeweiligen Partei stand, konnte in der Provinz nicht völlig falsch sein. Günter Schabowski sprach sogar davon, dass die Redakteure von einem „Erlesenheitsgrundsatz“ erfüllt gewesen seien. Beim *Neuen Deutschland* hätten „die besten Journalisten der DDR“ gearbeitet – „hochqualifizierte Leute“, „journalistisch qualifiziert und politisch qualifiziert“ (Schabowski, 2011, S. 30).

Um die Frage beantworten zu können, ob und (wenn ja) wie sich Themen und Bewertungen in der „politisch inszenierten“ Öffentlichkeit mit der innen- und außenpolitischen Situation und damit mit den Interessen der Herrschenden verändert haben, wurde in der quantitativen Inhaltsanalyse ein sehr langer Untersuchungszeitraum erfasst (1950 bis 1989): von der Zeit der offenen Grenze über die 1960er Jahre mit dem Kampf um internationale Anerkennung sowie um Abgrenzung von der Bundesrepublik bis zum UNO-Mitglied DDR, das sich einerseits um gute diplomatische Beziehungen zu möglichst vielen Ländern bemühte (Friedenspolitik, zahlreiche Staatsbesuche Honeckers) und andererseits am Ende auch um Abgrenzung von Gorbatschow und seiner Perestroika. Die Stichproben-Jahrgänge trennt jeweils ein Abstand von etwa fünf Jahren:

- Staatsaufbau und Ostintegration: 1950, 1955 und 1960
- Innenpolitische Stabilisierung: 1965 und 1969
- Internationale Anerkennung: 1975 und 1980
- Krise im Ostblock: 1985 und 1989

Für diese neun Jahrgänge wurden jeweils künstliche Wochen gebildet (April bis Juni) und die entsprechenden Zeitungsausgaben komplett analysiert (Ausnahmen: Servicebeiträge wie Wetter, Lotto oder Sporttabellen, Kleinanzeigen und Rätsel). Im Codebuch gab es formale Kategorien, Kategorien für Akteure und Themen sowie drei Bereiche, die auf die Deutungsangebote in der Berichterstattung zielten (Fiedler, 2011; Meyen & Schweiger, 2008):

- Politisierungsgrad (mindestens eine politische Aussage im Beitrag),
- Überschriften (sozialistische Parolen und Schlagworte, Erfolg rhetorik),
- Tenor der Berichterstattung über die DDR und das sozialistische Lager sowie über das nicht-sozialistische Ausland.

Die Intercoderreliabilität (300 Beiträge, Zufallsauswahl) lag bei den meisten Kategorien über 0,80. Neben den formalen Kategorien wurden vor allem die Überschriften, der Politisierungsgrad und der Tenor sehr zuverlässig codiert (0,90 und besser).

Außerdem wurde die Berichterstattung zu ausgewählten Ereignissen qualitativ analysiert (vgl. Fiedler & Meyen, 2011). Für die Auswahl gab es zwei Kriterien. Die konkreten Fälle sollten erstens Rückschlüsse auf die Ziele und Methoden der Medienlenker erlauben (durch Aktenüberlieferungen im Bundesarchiv) und zweitens möglichst unterschiedliche Themen und Öffentlichkeitsarenen berühren:

- der Mauerbau 1961 und ausgewählte Jahrestage des Mauerbaus: Deutungsangebote für das „negative Symbol“, das die DDR-Bürger ständig an die Voraussetzung für die Existenz eines sozialistischen Staates auf deutschem Boden erinnerte (Lindenberger, 2009, S. 219);
- die Biermann-Affären 1965 und 1976: Regeln und Grenzen für Kunstöffentlichkeiten;
- der Sechstagekrieg 1967: Instrumentalisierung der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ für außenpolitische Ziele (Werbung in der arabischen Welt);
- die Olympischen Sommerspiele 1972 in München: Sportler als Symbole für den Erfolg des sozialistischen Staates und seiner Jugendpolitik;
- die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973: eine Veranstaltungsöffentlichkeit, die die DDR als weltoffenen und jugendfreundlichen Staat präsentieren sollte (Wesenberg, 2007);
- die Schließung der Grenze nach Polen 1980: Angst vor dem „Virus der Konterrevolution“ (Tomala, 2003, S. 75);
- eine Explosion im Gaskombinat *Schwarze Pumpe* 1982, die zu Strom- und Produktionsausfällen im ganzen Land führte und mit der Energie- und Umweltpolitik eines der brisantesten innenpolitischen Themen auf die Tagesordnung setzte (Stichwort Braunkohle, Roesler, 2009);
- *Der Morgen* in der Endphase der DDR, weil dem LDPD-Zentralorgan nachgesagt wird, „im Sommer und Herbst zuerst und am kühnsten die Revolution des Volkes publizistisch begleitet“ zu haben (Gerlach, 1991, S. 257).

### 3.3 Mediennutzung und Medienbewertung in der DDR

Die Argumentation zur Aufnahme und Verarbeitung der Medienbotschaften aus Ost und West stützt sich auf zwei Quellen: auf eine Serie medienbiografischer Interviews sowie auf eine Kompletterhebung des Materials, das zum Thema Mediennutzung in der DDR überliefert ist. Dazu gehören die Untersuchungen, die von den US-Behörden in der Bundesrepublik und vom gesamtdeutschen Ministerium in Bonn vor dem Mauerbau in Auftrag gegeben worden sind (Befragungen in Notaufnahmelagern und in Westberlin), frühe Umfrageversuche in der DDR, die Statistiken der Post, Zuschauerbriefe und Berichte von Hörerversammlungen, die Ergebnisse der Publikumsforschung bei den Staatlichen Komitees für Rundfunk und Fernsehen, wo ab Mitte der 1960er Jahre unter anderem repräsentative Reichweitendaten wenigstens für die Sendungen der DDR-Programme ermittelt worden sind, sowie Untersuchungen des Instituts für Meinungsforschung beim ZK der SED und des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung. Außerdem wurde im *Neuen Deutschland*, in der Programmzeitschrift *FF dabei* und im Satireblatt *Eulenspiegel* nach Hinweisen auf den Umgang mit Medienangeboten gesucht (ebenfalls eine Kompletterhebung).

Da diese Quellen jeweils auf ihre Weise problematisch sind (Meyen, 2001, 2003), wurden von 2000 bis 2002 biografische Interviews zum Medienalltag in der DDR geführt. Die 101 Befragten wurden dabei nach dem Verfahren der „theoretischen Sättigung“ ausgewählt, um möglichst alle Formen des Umgangs mit Medienangeboten erfassen und verallgemeinern zu können. Neben den klassischen

soziodemografischen Merkmalen (Geschlecht, Bildung und Berufsposition, Lebensphase) und dem Empfang des Westfernsehens (etwa ein Sechstel der Bevölkerung hatte keinen Zugang, vor allem im Bezirk Dresden und in der Osthälfte der Bezirke Rostock und Neubrandenburg) wurde bei der Auswahl die „Systemnähe“ berücksichtigt (Parteiarbeit, hauptamtliche Wahlfunktionen und Leitungsposten vs. Kirchenmilieu, Künstler- und Arztfamilien, Handwerker und Ausreiseantragsteller).

Die Interviews wurden mit einem Leitfaden strukturiert, um zu sichern, dass tatsächlich über Medien gesprochen wird. Da sich Menschen an Veränderungen im Zeitablauf nur schwer erinnern, sind die Gespräche auf die zweite Hälfte der 1980er Jahre begrenzt worden. Die Interviewer (in einem Hauptseminar geschulte Studenten) haben zunächst nach dem Lebenslauf gefragt und dann versucht, einen ganz normalen Tag zu rekonstruieren: Wie sah die Wohnung aus, wann gab es Frühstück und wann mussten die Kinder aus dem Haus, wann lag die Zeitung im Kasten und wann begann der Fernseh-Abend? Diese Fragen haben geholfen, das Gedächtnis aufzufrischen (Mediennutzung und Alltag sind eng miteinander verwoben), und zugleich Gesprächshemmungen abgebaut. Der Leitfaden hat nur vorgegeben, welche Themen überhaupt berührt werden sollten, und den Befragten somit erlaubt, ihre eigene Sicht der Dinge darzulegen, Episoden anzubringen, Schwerpunkte zu setzen:

- Lebenssituation in der DDR: Alltagsstrukturen Mitte der 1980er Jahre, Einstellung zur DDR, Westverwandte;
- Medienausstattung, Zugang zu Medienangeboten: Geräte, Programme, Abonnements, Kiosk, Kino, Bücher;
- Muster der Mediennutzung und Motive;
- Medienbewertung: Glaubwürdigkeit, Image, Aktualität der Angebote;
- Lebenssituation heute: materielle Lage, Mediennutzung, DDR-Bild (wichtig für die Interpretation der Erzählung über die 1980er Jahre, da die Rekonstruktion der Vergangenheit nicht nur vom Gesprächspartner abhängt, sondern auch von der aktuellen Lebenssituation sowie vom Meinungsklima in der Gegenwart).

Die Interviews wurden transkribiert und anschließend mit Hilfe eines Kategoriensystems ausgewertet. Bei dieser Dokumentenanalyse wurden die Erwartungen an die Medien sowie die Einstellungen zu den Angeboten aus Ost und West mit Hilfe geschlossener Kategorien erklärt (Soziodemografie, Medienzugang, soziale Einbindung und Informationsquellen).

#### 4. Ergebnisse I: Die Steuerung der Ebene Massenkommunikation

Dieser Abschnitt konzentriert sich auf die „politisch inszenierte Öffentlichkeit“. Es wird gezeigt, welche Ziele die SED beim „Kampf um die Öffentlichkeit“ (Süß, 1990, S. 910) verfolgte, welche Mittel sie dafür einsetzte und wie sich dies auf die Medieninhalte auswirkte.

## 4.1 Öffentlichkeit und Interessenpolitik

Die Anleitung der DDR-Medien reichte bis in den Anzeigenteil und schloss im Gegensatz zu Holzweißigs Schlagwort von der „Zensur ohne Zensor“ sehr wohl Abstimmungen mit den „zuständigen Stellen“ (im Zweifel die jeweilige Abteilung im ZK der SED) sowie Vorab-Kontrollen ein. Bei den Anforderungen an die Redaktionen lassen sich drei Muster unterscheiden. Die „politisch inszenierte Öffentlichkeit“ sollte erstens ganz nach dem „Freund-Feind-Schema“ (Marten-Finnis, 1994, S. 67) die Vorzüge der sozialistischen und die Krise der kapitalistischen Gesellschaft herausstellen, zweitens die gerade aktuellen Interessen der Herrschenden unterstützen und dem Gegner dabei drittens weder eine Angriffsfläche bieten noch etwas verraten, was der Westen möglicherweise für seine eigenen Interessen nutzen konnte.

Der erste Punkt wird hier nur gestreift, weil er den Annahmen der Propagandatheorien entspricht und die Literatur zum Thema Medien in der DDR dominiert. Heinz Geggel, ab 1973 Leiter der Abteilung Agitation im ZK der SED, formulierte das Werbeziel in der Donnerstags-Argu vom 18. November 1982 so: „Was hat der Sozialismus in der DDR gebracht, was bedeutet er für die Menschen, vor allem auch vor dem Hintergrund und in Auseinandersetzung mit der Krise des Kapitalismus“?<sup>4</sup> Die Medien sollten dafür sorgen, dass sich die Menschen in der DDR wohlfühlen, damit sie im Land bleiben und höhere Leistungen erzielen.<sup>5</sup> Wer sich daran hielt, wurde von den Medienaufsehern gelobt (vgl. Göbel, 2011) – das *Neue Deutschland* zum Beispiel am 20. Mai 1981 in der Agitationskommission für einen „Agit-Kasten“, der am Beispiel eines Berliner Betriebes eine Parallele zwischen Planerfüllung und Lebensstandard zog (von der „Qualität der Hauptmahlzeiten“ über Waren, Ferienplätze und Kulturtickets bis zu den Wohnverhältnissen),<sup>6</sup> und die *Junge Welt* sieben Jahre später für einen Beitrag über die Jugend- und Arbeitspolitik der DDR, der Jugendarbeitslosigkeit als notwendige Folge des Kapitalismus und BRD-Jugendliche „als Drogenabhängige oder Aussteiger“ beschrieb (Bürger, 1990, S. 211; *Junge Welt* vom 4. Mai 1988, S. 2). Klaus Raddatz von der Abteilung Agitation des ZK der SED forderte die Medienvertreter am 3. Juli 1980 auf, die „Menschenrechts-Praktiken des Imperialismus (Angola, Salvador usw.) noch stärker“ anzuprangern. Es würde immer noch Redaktionen geben, die das versäumen („ND dagegen sehr gut“).<sup>7</sup> Lob gab es auch, wenn man über die „menschheitsverachtenden Rüstungsmachenschaften der USA“ schrieb (*Neues Deutschland* vom 15./16. August 1981, S. 1) oder die Friedenspolitik Ost von der Kriegspolitik West absetzte: „Der Sozialismus rüstet ab – was bietet der Westen: Neues Denken?“ (*Junge Welt* vom 2. Februar 1989)

Dieses Kommunikationsmuster, das die Fiktion von der Überlegenheit des Sozialismus in der Öffentlichkeit platzieren sollte, zielte vor allem auf die eigene Bevölkerung und war von den Journalisten vergleichsweise leicht umzusetzen (zu-

4 Argumentationssitzung am 18. November 1982. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.040/12, Bl. 71.

5 Argumentationssitzung am 12. November 1981. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.040/8, Bl. 77.

6 Auswertung am 20. Mai 1981. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.040/6, Bl. 66.

7 Argumentationssitzung am 3. Juli 1980. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.040/3, Bl. 12.

mal es sich hier um Nutznießer und Anhänger des Systems handelte, Meyen & Fiedler, 2011). Ob die Medienfiktionen den Erfahrungen der Nutzer entsprachen oder dem, was in anderen Öffentlichkeitsarenen verhandelt wurde, spielte dabei keine Rolle. Nach dem Treffen zwischen Willy Brandt und Willi Stoph in Erfurt, bei dem tausende DDR-Bürger den Bundeskanzler begeistert begrüßt hatten, forderte ZK-Agitationssekretär Lamberz die Chefredaktionen am 19. März 1970 beispielsweise auf, „den Sympathieerklärungen der Bevölkerung der DDR für unsere Politik und Regierung sowie den Forderungen an die Regierung der BRD besondere Aufmerksamkeit zu schenken“.<sup>8</sup> Im Klartext: Was auf der Ebene Veranstaltungsoffentlichkeit passiert, im Westfernsehen zu sehen und von den Anwesenden sicher in Encountern verbreitet worden war, wurde in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ ignoriert und umgedeutet.

In den Aktenüberlieferungen des Lenkungsapparats lässt sich im Detail nachvollziehen, wie die Herrschenden die Medien außerdem für ihre außen- und handelspolitischen Interessen genutzt haben (das zweite Ziel). Die konkreten Anweisungen sind dabei nur zu verstehen, wenn man die jeweilige innen- und außenpolitische Situation berücksichtigt. Sah man eine Veröffentlichung als Gefahr für die gerade aktuellen Interessen, wurden die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen. Heinz Geggel, ab 1973 Leiter der Abteilung Agitation im ZK der SED, gab auf einer Beratung mit den wichtigsten Chefredakteuren am 29. Mai 1980 „unsere gesamtstaatlichen und gesamtökonomischen Interessen“ als oberste Leitlinie der Berichterstattung aus und forderte die Journalisten auf, „nichts in der Öffentlichkeit (zu) tun, was dem zuwider läuft“. Das hieß an diesem Tag, „alle fortschrittlichen Bewegungen (zu) unterstützen“ und die „Entwicklung“ im Iran als „echte Volksrevolution“ darzustellen.<sup>9</sup> Ganz ähnlich sah das 1981 Günter Schabowski, damals noch Chefredakteur des SED-Zentralorgans *Neues Deutschland*. Klassenkampf heiße, „jeweils die Waffen und die Gefechtsarten einzusetzen, die unter konkreten Bedingungen optimale politische Wirkung verheißen“, schrieb er nach einem Seminar an Kurt Blecha, den Leiter des Presseamtes. „Was nützt dem Sozialismus, was nützt der DDR“ – das sei die Frage, von der man auszugehen habe und die letztlich dazu führe, über Japan, „über Frankreich und Italien, über dieses oder jenes skandinavische Land“ anders zu berichten als über andere „imperialistische Hauptländer“. „Wirtschaftsbeziehungen mit Japan“ seien für „die Stärkung des Sozialismus [...] vorteilhaft“, und überhaupt müsse man „die unterschiedlichen und widersprüchlichen Interessenlagen [...] für den Sozialismus und gegen den Imperialismus ausnutzen“.<sup>10</sup>

Diese Leitlinie wurde im Alltag in konkrete Anweisungen übersetzt und lenkte außerdem den Blick der Kontrolleure. Beim Putsch der irakischen Baath-Partei im Februar 1963, durch den später Saddam Hussein an die Macht kam, riefen die Fernschreiber zum Beispiel dazu auf, „über die Vorgänge im Irak zurückhaltend

8 Fernschreiben von Lamberz, 19. März 1970. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/33, Bl. 9.

9 Ausführungen des Genossen Geggel in der Beratung mit den Chefredakteuren am 29.5.1980 zur Auswertung des 12. Plenums und Vorbereitung des X. Parteitages der SED. In: BArch, DC 9/1119.

10 Schwerpunkte für das Seminar mit leitenden Genossen von Presse, Rundfunk und Fernsehen zur Auswertung des X. Parteitages der SED am 6. und 7. Mai 1981. Seminarauswertung von Schabowski. Ebd.

zu informieren durch eine sachliche Wiedergabe der Nachrichten auf den Innenseiten (außenpolitischen Seiten), ohne Kommentar.“<sup>11</sup> Die Erklärung kam mit dem nächsten Fernschreiben: „Die DDR ist, wie alle sozialistischen Länder, weiterhin an guten Beziehungen mit dem Irak interessiert [...]. Es wäre deshalb falsch, jetzt die irakische Regierung selbst anzugreifen.“<sup>12</sup> Diese Zurückhaltung machte sich bezahlt. 1969 erkannte der Irak als eines der ersten Länder außerhalb des Ostblocks die DDR an. In den frühen 1970er Jahren wurden die Redaktionen dann aufgefordert, über alle Länder „absolut positiv“ zu berichten, die die DDR anerkannt hatten („selbst die finstersten Länder“, Böhme, 2011, S. 121).

Solche Anweisungen betrafen keineswegs nur den Politikeil. Als Chile 1987 die Fußball-WM der Junioren veranstaltete (bei der die DDR immerhin Bronze gewann), wurden die Chefredakteure aufgefordert, nur die nackten Ergebnisse zu melden und erst bei den Endspielen „länger zu berichten“. „Man kann nicht nach Chile fahren und nichts darüber sagen“, schrieb Joachim Herrmann an Geggel – vollkommen unabhängig von „unserer Haltung zum Regime“.<sup>13</sup> Als das FDGB-Zentralorgan *Tribüne* am 19. Oktober 1983 auf Seite 7 (also keineswegs an prominenter Stelle) über die Jugendarbeitslosigkeit in Österreich berichtete, wurde der FDGB-Vorsitzende Harry Tisch eingeschaltet. Der Artikel schildere zwar Tatsachen, die Veröffentlichung sei aber „politisch nicht richtig“ („kurz nach dem Besuch des Bundespräsidenten Österreichs“).<sup>14</sup> Noch ein Beispiel, das eher in die Innenpolitik gehört: Nachdem die *Ostsee-Zeitung* am 12. Mai 1979 eine Leserfrage zu den „sogenannten Einkaufstouristen“ aus Polen veröffentlicht und ihren Autor (den Universitätsprofessor Johannes Kalisch) auch noch Zustimmung signalisieren lassen hatte („Mich ärgern ebenso wie Sie jene ‚Touristen‘, die Berufsreisen vor allem zu Einkaufszwecken unternehmen“), versprach Joachim Herrmann seinem Chef Erich Honecker zu prüfen, wie dieser Beitrag in die Zeitung kommen konnte, und alles zu tun, damit in „Zukunft solche politischen Fehler ausgeschaltet werden.“<sup>15</sup>

Diese ‚Affäre‘ um die *Ostsee-Zeitung* zeigt zugleich das dritte medienpolitische Ziel. Die SED-Spitze hat der anderen Seite unterstellt, in allen Veröffentlichungen nach Schwächen der DDR zu suchen oder nach sonstigen Möglichkeiten, dem Land zu schaden. Die Medienlenker bemühten sich deshalb, in der innenpolitischen Berichterstattung alles zu unterdrücken, was der Gegner für seine Interessen nutzen konnte. Der Rostocker Artikel informierte den westlichen Leser auch ‚offiziell‘, dass die DDR-Bevölkerung über polnische Hamsterkäufer klagte. In dieses Muster passt, dass Werner Lamberz 1977 eine Pressemitteilung aus dem Innenministerium über eine Arbeitstagung mit leitenden Offizieren ablehnte, weil „eine solche Veröffentlichung zum tagelangen Gegenstand der Westmedien werden“

11 Fernschreiben vom 8. Februar 1963 (Abteilung Agitation), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.02/110.

12 Argumentationshinweis Nr. 23 vom 22. Februar 1963. In: in: SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.02/110.

13 Herrmann an Geggel, 29. September 1987. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/12, Bl. 73.

14 Fritz Bock an Mittag, 19. Oktober 1983. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/16, Bl. 71. – Vgl. Herrmann an Mittag, 20. Oktober 1983. Ebd., Bl. 74.

15 Herrmann an Honecker, 18. Mai 1979. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/03, Bl. 178.

würde. Die Meldung, die von Innenminister Dickel persönlich kam, mache den Eindruck, als sei die öffentliche Ordnung gerade „besonders bedroht“ und ohne die „Erfahrungen der Sowjet-Miliz“ (auf die Dickel ausdrücklich hingewiesen hatte) gar nicht aufrecht zu erhalten.<sup>16</sup> Noch verschlungener konnte die Argumentation im (lebenswichtigen, weil devisenträchtigen) Außenhandel werden. 1983 meldete die staatliche Nachrichtenagentur ADN ein Kugellager-Exportabkommen mit Frankreich. Günter Mittag, zuständiger ZK-Sekretär, bat Erich Honecker „auf die Veröffentlichung solcher Meldungen in der kommenden Zeit“ zu verzichten. „Die reaktionären Kreise“ würden alles versuchen, Exporte aus der DDR zu verhindern, und Meldungen wie diese nutzen, die „politischen Bedingungen“ so zu ändern, dass die DDR (auch „aus Konkurrenzgründen“) als Lieferant ausgeschaltet werde. Da man Beziehungen „mit nichtsozialistischen Ländern“ natürlich nicht verschweigen könne, schlug Mittag vor, zwar Beteiligungen „an Messen und Ausstellungen“ oder „Reisen von Delegationen oder Einzelpersonlichkeiten“ zu melden, „auf keinen Fall“ aber „konkrete Abnehmerfirmen oder andere Fakten“.<sup>17</sup>

Aus dem gleichen Grund (Konkurrenz auf dem Weltmarkt) sollte in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ alles vermieden werden, was über den Stand der wissenschaftlich-technischen Entwicklung Aufschluss geben konnte (vgl. Göbel, 2011). Der *Jungen Welt* wurde im Sommer 1985 zum Beispiel untersagt, die Serie „Forschungsinstitute der DDR vorgestellt“ fortzusetzen. Stein des Anstoßes war ein Beitrag über die Biotechnologie (12. Juli 1985, S. 12), der aus Sicht der SED-Führung mit „großen Gefahren für die Preisgabe von Informationen über Forschungsergebnisse und -vorhaben“ verbunden war.<sup>18</sup> Damit dies auch jeder Gatekeeper zur Ebene Massenkommunikation verinnerlichte, wurden wenig später zwei Artikel im *Neuen Deutschland* gelobt, weil dort Ergebnisse der DDR-Forschung behandelt worden seien, die schon „alt sind und wo kein Geheimnis veratert wird“.<sup>19</sup>

Günter Mittag hatte schon in den frühen 1960er Jahren Strukturen entwickelt, die ihm die Kontrolle der gesamten Wirtschaftspublizistik erlaubten. Dazu gehörten Mitarbeiter der verschiedenen Abteilungen des SED-Zentralkomitees, die dem Wirtschaftssekretär unterstanden (am Ende neun, Arnold, 2000) und die er in Presse und Funk nach missliebigen Veröffentlichungen fahnden ließ. Vor solchen Nachstellungen waren die Redaktionen nur sicher, wenn sie ihre Beiträge zur Vorzensur vorlegten. Nur zwei von vielen Beispielen aus den Aktenüberlieferungen: Am 17. Juni 1962 wischte Mittag einen Leitartikel-Entwurf für das *Neue Deutschland* (Überschrift: „Unser Geld stimmt, wenn die Normen stimmen“) mit den Worten „nicht geeignet“ und „kann sogar zur Verwirrung führen“ vom Tisch. Nach einer Reihe von weiteren Versuchen musste sich Eberhard Russek, der zu-

16 Lamberz an Honecker, 29. November 1977. In: SAPMO-BArch, DY 30, DY 30/IV 2/3.033/35, Bl. 169-174, hier 169.

17 Mittag an Honecker, 14. Juni 1983. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/7, Bl. 49-51, hier 49.

18 Information für Herrmann, 12. Juli 1985 (Köhler). In: SAPMO-BArch, DY 30/25749. Nicht paginiert.

19 Argumentationssitzung am 1. August 1985. In: SAPMO-BArch, DY 30/25736, Bl. 94.

ständige Redakteur, am 29. März 1963 zu einer Aussprache bei einem Mitarbeiter des Wirtschaftssekretärs im ZK einfinden.<sup>20</sup>

Mittag fiel zwar nach der Machtübernahme durch Erich Honecker kurzzeitig in Ungnade, Mitte der 1980er Jahre herrschten aber die gleichen Zustände wie zwei Jahrzehnte zuvor. ND-Redakteur Dieter Brückner bat den SED-Wirtschaftschef am 5. Dezember 1984 „wie in jedem Jahr“ um „Zustimmung“ zur Jahresendumfrage unter den Generaldirektoren der DDR-Kombinate. Mittag ließ sich sowohl die drei Fragen vorlegen als auch die Liste der Befragten (vom *Neuen Deutschland* „nach gründlichen Recherchen“ vorgeschlagen) und fand auf dem Brief des Zentralorgans auch einen handschriftlichen Genesungswunsch von Chefredakteur Schabowski, verbunden „mit dem Dank für Deinen Rat zu unserer Arbeit“.<sup>21</sup> Mittags Kontrollanspruch beschränkte sich dabei keineswegs auf die tagesaktuellen Medien. Mitte der 1970er Jahre verbot er Arno Donda, dem Leiter des Statistischen Amtes, weiter in der Öffentlichkeit aufzutreten, ließ dann die Zeitschrift *Statistische Praxis* einstellen, manipulierte die Daten in den Berichten des Amtes und bestimmte in den 1980er Jahren schließlich auch, wer diese (ohnehin verfälschten) Berichte überhaupt lesen durfte (Donda, 1992, S. 30ff.).

Dass das Schlagwort „Zensur ohne Zensor“ die Arbeitsbedingungen von DDR-Journalisten nur unzureichend beschreibt, lässt sich auch am Beispiel der TV-Sendung *Prisma* zeigen. Dieses innenpolitische Magazin behandelte ab Mitte der 1960er Jahre jeden zweiten Donnerstagabend „vorwiegend veränderungswürdige Situationen“ (Merkel, 1997, S. 280) – mit dem Anspruch, kritisch und offen zu berichten (Kaspar, 2011, S. 314). Was auf der Ebene Massenkommunikation wie thematisiert wurde, konnten die Redakteure bei allem „Kampfgeist“ aber nur bedingt beeinflussen. Moderator Axel Kaspar (2011): „Wir konnten nicht auf eigene Faust losziehen. Wenn ich einfach so in einem Betrieb aufgetaucht wäre, hätte man sofort gefragt, was machst du denn hier? Weiß der Direktor Bescheid, weiß der Parteisekretär Bescheid? Und der Parteisekretär hätte mich gefragt, ob die Genossen von der Bezirksleitung von unserem Vorhaben wissen. Es war immer besser, sich mit den sogenannten gesellschaftlichen Partnern abzustimmen.“ Mit einem „sehr heißen Eisen“ sei man am besten gleich zur zuständigen ZK-Abteilung gegangen, und vor jeder Bildschirmpremiere habe es eine „Abnahme“ in der Redaktion gegeben. „Manchmal saßen mehr als zehn fremde Leute im Schneiderraum.“ (S. 314)

Da sich die Bürger im eigenen Land genau wie westliche Beobachter auch im Annoncenteil der Presse über die wirtschaftliche Lage informieren konnten, beschloss der Ministerrat der DDR am 16. Mai 1980 eine Anzeigenordnung, die den Schwarzmarkt austrocknen sollte. Die neue Ordnung verlangte für zahlreiche Angebote eine staatliche Genehmigung (etwa für Wohnraum und Ferienplätze, für den Stellenmarkt und für landwirtschaftliche Produkte), schloss Kennziffernanzeigen für Gebrauchsgüter, handwerkliche Dienstleistungen und Privatunterricht aus und verlangte von den Auftraggebern, persönlich und mit Personalausweis in

20 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.021/246, Bl. 19-31.

21 Dieter Brückner an Mittag, 5. Dezember 1984. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.021/2449, Bl. 127f.

der Annahmestelle zu erscheinen sowie in jedem Fall einen Preis anzugeben.<sup>22</sup> Die Betroffenen haben von diesen Regeln nur in Encountern erfahren (in den Annahmestellen), weil die Medien nicht nur das Ziel der Ordnung verschwiegen („die Ausschaltung von Anzeigen mit rein spekulativem Charakter“), sondern auch den Inhalt der Vorschriften und sogar die bloße Existenz der neuen Ordnung.<sup>23</sup>

#### 4.2 General-Chefredakteure

Das Ziel, die Öffentlichkeit für die eigenen Interessen zu instrumentalisieren, erklärt, warum selbst Details der Medienlenkung von den Agitationssekretären und den Parteichefs Ulbricht und Honecker persönlich entschieden wurden. Holzweißig (1999) hat von „General-Chefredakteuren“ gesprochen und sich gewundert, dass sich Erich Honecker „sogar Zeit“ genommen habe, „eigenhändig Meldungen, Kommentare und Artikel“ für die Leitmedien zu verfassen (S. 591). Erstens ist dies nicht mehr ganz so ungewöhnlich, wenn man die Lenkung und die Kontrolle der Medien als Interessenpolitik versteht, und zweitens zeigen die Akten, dass es damit nicht getan war. Selbst Kleinigkeiten wie die Zehn-Zeilen-Meldung des ADN über den Kugellager-Vertrag von 1983 oder der Bericht über die Offizierstagung im Innenministerium von 1977 wurden von Honecker persönlich abgezeichnet. Dabei ging es teilweise um einzelne Sätze oder bestimmte Formulierungen, wie zum Beispiel bei einer ADN-Meldung über eine Verhandlung im US-Landwirtschaftsministerium vom 11. November 1976 (knapp 20 Zeilen), bei der Honecker den Vorschlag von Lamberz unterstützte, den Anfang und „die ersten beiden kommentierenden Sätze“ umzuformulieren, damit die DDR nicht „als ein Bittsteller erscheint“.<sup>24</sup> Die Agitationssekretäre informierten Erich Honecker außerdem laufend über Auslandsreaktionen auf Veröffentlichungen in der DDR.<sup>25</sup> Vor allem in der Außenpolitik nutzte die SED-Spitze die DDR-Presselandschaft in ihrer gesamten Breite. Als SPD-Fraktionschef Vogel 1986 dem ADN ein Interview gab, in dem er seine Position zu den Reiseerleichterungen in der DDR bekannt machen wollte, entschied Honecker auf Vorschlag von Herrmann, dafür die „nächstmögliche Ausgabe der außenpolitischen Monatszeitung *Horizont*“ zu nutzen („auf einer Innenseite“). Vogel hatte der DDR freigestellt, wo das Interview erscheint.<sup>26</sup>

Dass der Kontrollanspruch auch hier über die Öffentlichkeitsebene Massenkommunikation hinausging, zeigt der Schriftwechsel zwischen Erich Honecker und Egon Krenz vom Frühjahr 1989. Krenz informierte seinen kranken Chef

22 Anzeigenordnung vom 16. Mai 1980. In: SAPMO-BArch, DC 9/1027, nicht paginiert.

23 DEWAG-Generaldirektion: Abschlussbericht über die Verwirklichung der Anzeigenordnung vom 16. Mai 1980. Böttcher, Generaldirektor, 8. Januar 1981, Ebd.

24 Lamberz an Honecker, 11. November 1976. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/3.033/35, Bl. 132-135, hier 132.

25 Vgl. exemplarisch Herrmann an Honecker, 16. April 1980. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/4, Bl. 40. – Herrmann übermittelt hier, dass ein Artikel aus dem *Neuen Deutschland* „in der iranischen Presse große Aufmerksamkeit hervorgerufen“ habe und vom Tudeh-Zentralorgan *Mardom* sogar „im Wortlaut veröffentlicht“ worden sei.

26 Herrmann an Honecker, 3. März 1986. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/8, Bl. 118-125, hier 118.

nicht nur über die Reaktionen auf Rolf Henrichs Buch „Der vormundschaftliche Staat“, das im April bei Rowohlt erschienen war,<sup>27</sup> oder die geplante Veröffentlichung des Romans „5 Tage im Juni“ von Stefan Heym im DDR-Buchverlag *Der Morgen*,<sup>28</sup> sondern fragte auch, ob er die Übersetzung einer Gorbatschow-Rede zur Vergangenheitsbewältigung wenigstens den Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros zugänglich machen solle (also der internen Öffentlichkeit, in der sich die Macht konzentrierte). Die Antwort Honeckers („Ja. Ist bekannt. Wurde auf der III. Parteikonferenz behandelt“<sup>29</sup>) lässt sich leicht öffentlichkeitstheoretisch deuten: Was die Adressaten ohnehin wissen, muss man nicht unterdrücken. Mit einem ganz ähnlichen Argument („auf Grund der angekündigten Thematik“) schlugen Krenz und Herrmann ihrem bettlägerigen Generalsekretär am 7. April 1989 vor, eine Gorbatschow-Rede über „Europäische Sicherheit“ in London im Wortlaut im *Neuen Deutschland* zu veröffentlichen.<sup>30</sup> In Sachen Abrüstungspolitik lag man mit dem KPdSU-Generalsekretär auf einer Linie und konnte so leicht Freundschaft mit der Sowjetunion demonstrieren. Als Krenz wenig später vorschlug, das Protokoll einer Tagung des Zentralkomitees der Bruderpartei in der Zeitschrift *Presse der Sowjetunion* abzudrucken, informierte er Honecker detailliert über die Auflage des Blattes (174 000 Exemplare, davon 69 000 im Abonnement) und damit über die Größe der Arena, die das Papier erreichen würde. Im gleichen Brief berichtete Krenz auch, dass die *Neue Berliner Illustrierte* (Auflage: rund 800 000 Exemplare) ein Interview mit Karoly Grosz bringen werde (seit 1988 Generalsekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei und dort in der Führung stärkster Sozialismus-Anhänger). Krenz schlug vor, den Text „trotz einer Reihe von Passagen, die mit unserer Politik nicht übereinstimmen“, auch im *Neuen Deutschland* zu drucken (da „der Inhalt ohnehin verbreitet“ werde und „die ungarischen Genossen bereits mehrmals“ nachgefragt hätten).<sup>31</sup>

Diese Art der Rücksichtnahme spielte auch sonst eine Rolle. Da die kommunistischen Parteien Osteuropas von einem Lagerkampf ausgegangen sind, haben sie sich in der Medienarbeit abgestimmt und gegenseitig unterstützt. Die gegenseitige Beobachtung ging sogar so weit, dass eine Delegation der Kommunistischen Partei Kubas 1971 monieren konnte, dass im *Neuen Deutschland* Anzeigen erscheinen („Das Zentralorgan sollte voll von der Partei finanziert werden“).<sup>32</sup> Abgesehen von solchen Anekdoten fällt beim Studium der Akten auf, wie weit die gegenseitige Abstimmung ging und wie stark vor allem die KPdSU in die Berichterstattung hineinregierte. Vor dem XXIV. Parteitag 1971 musste Lamberz den „Genossen der sowjetischen Botschaft [...] sehr schnell einen Überblick“ über die geplanten „Maßnahmen zur Propagierung“ des Ereignisses geben (dass dieser siebenseitige Katalog sofort auch an Honecker ging, versteht sich nach dem bisher

27 Krenz an Honecker, 20. März 1989. In: SAPMO-BArch, DY 30/2120, Bl. 22-26.

28 Krenz an Honecker, 31. März 1989. Ebd., Bl. 137-146, hier 143f.

29 Krenz an Honecker, 12. April 1989, Ebd., Bl. 204f.

30 Krenz an Honecker, 7. April 1989. Ebd., Bl. 158f, hier 158.

31 Krenz an Honecker, 26. Juli 1989. In: SAPMO-BArch, DY 30/2121, Bl. 3133, hier 31.

32 Aktenvermerk über den Besuch einer Studiendelegation der KP Kubas, 3. September 1971. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/67, Bl. 42-44, hier 43.

Gesagten fast von selbst).<sup>33</sup> In der „Angelegenheit Solshenizyn“ wurde „insgesamt 18 Bruderparteien“ am 24. Januar 1974 „der offizielle Standpunkt der KPdSU“ mitgeteilt. Die Abteilung Internationale Verbindungen im ZK der SED schlug Honecker daraufhin vor, dass der Schriftstellerverband „eine geeignete Persönlichkeit“ sucht, die „auf der Grundlage dieser Information einen Artikel“ schreibt.<sup>34</sup> Umgekehrt informierte die SED 1976 die große Bruderpartei ausführlich über ihre Haltung und ihre Beweggründe im Fall Biermann.<sup>35</sup>

Hintergrund war die Annahme, dass das andere Lager in den Medien nach Differenzen zwischen den osteuropäischen Ländern suchte. Die Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei begründete ihre Pressekampagne zum 25. Geburtstag der DDR 1974 zum Beispiel damit, dass „insbesondere der BRD-Imperialismus offensichtlich davon ausgehe“, dass es in den Beziehungen zwischen beiden Staaten „auf längere Sicht“ Spannungen geben werde. Deshalb „sei es notwendig, dem gesamten polnischen Volk die Rolle der DDR“ klar zu machen.<sup>36</sup> Anfang der 1980er Jahre beobachtete die SED-Spitze allerdings gerade in Polen eine „ideologische Zersetzung“. Schabowski wunderte sich in einem Lagebericht, der an Honecker und Herrmann ging, über Redakteure des PVAP-Zentralorgans *Trybuna Ludu*, die stolz darauf seien, dass ihnen die Solidarnosc „keine Unwahrheiten mehr nachweisen“ könne,<sup>37</sup> und dem ADN-Korrespondenten in Warschau wurde mehrfach indirekt mit Ausweisung gedroht, weil die DDR-Medien ein verzerrtes Bild zeichnen.<sup>38</sup>

### 4.3 Argumentationsanweisungen

Sowohl die Argumentationsanweisungen als auch die vier untersuchten Tageszeitungen spiegeln die Ziele, die die SED-Spitze über die „politisch inszenierte Öffentlichkeit“ erreichen wollte, die Veränderung der innen- und außenpolitischen Interessen sowie die damit aus Sicht der Führung jeweils verbundenen Probleme. Die Arbeit der Abteilung Agitation konzentrierte sich auf die Themenbereiche Politik und Wirtschaft (80,8 Prozent aller Anweisungen in der Ulbricht-Ära und 69,3 Prozent in der Honecker-Zeit). Die leichten Verschiebungen, die sich hier andeuten, lassen sich am besten herausarbeiten, wenn man sich auf die DDR-Berichterstattung konzentriert und dabei die Ulbricht-Jahre (1960 bis 1971) nur mit dem letzten Jahrzehnt vergleicht. In den 1980er Jahren war der Anteil an Anweisungen für Kulturthemen fast dreimal so hoch wie in den 1960ern (jetzt genau jede zehnte der rund 1 500 Argumentationen und damit mehr als für Landwirt-

33 Lamberz an Honecker, 24. Februar 1971. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/72, Bl. 1-8.

34 Markowski an Honecker, 24. Januar 1974. Ebd., Bl. 169.

35 Aktennotiz von Klaus Höpcke über ein Gespräch mit Genossen W.F. Schauro am 21. Dezember 1976 in Moskau. 23. Dezember 1976. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV2/3.033/73, Bl. 160-166.

36 Aktennotiz für Lamberz, 7. März 1974 (unleserlich). In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/71 Bl. 55f., hier 55.

37 Schabowski an Herrmann, 23. November 1981. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/49, Bl. 29-42, hier 30f.

38 Günter Pötschke, ADN-Generaldirektor, an Herrmann, 2. Februar 1981. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/5, Bl. 29-31.

schaft oder Soziales). Außerdem wurden Berichte über das Bauwesen sowie die Religion, die in der Ulbricht-Ära von den Medienlenkern kaum thematisiert wurden, in der Endphase der DDR stärker reglementiert (Fiedler & Meyen, 2010, S. 1041).

Tabelle 1: Ortskennung der Argumentationshinweise (Prozent)

	Ära Ulbricht n=3.371	Ära Honecker n=3.083
DDR	49,6	60,4
UdSSR	2,3	4,3
Polen	0,4	2,3
Sonstige sozialistische Staaten <sup>1</sup>	3,8	4,9
BRD	30,2	4,3
Andere westeuropäische Staaten	2,6	4,7
USA	1,6	1,8
Andere nicht-sozialistische Staaten	0,4	0,3
Arabische Staaten <sup>2</sup>	1,8	2,5
Sonstige	5,0	8,5
Nicht zu ermitteln	2,3	6,4
Gesamt	100,0	100,0

1 – Warschauer Vertrag und Vietnam, Kambodscha, China, Kuba, Nordkorea

2 – Nordafrika und Naher Osten

Der Einfluss der politischen Großwetterlage auf die Medieninhalte wird bei einem Blick auf die Ortskennung der Argumentationsanweisungen deutlicher (Tabelle 1). Während die Ulbricht-Jahre von Hinweisen zu den beiden deutschen Staaten dominiert wurden, richtete sich der Fokus in der Honecker-Zeit einerseits immer stärker auf das eigene Land und andererseits auf andere Regionen, die außen- und handelspolitisch wichtiger geworden waren (Westeuropa, Polen, die jungen Nationalstaaten). Nachdem in den 1960er Jahren selbst Kriege (Vietnam oder Israel), der Chruschtschow-Besuch in der DDR 1963 oder der Prager Frühling die Anweisungsflut zur Bundesrepublik nicht stoppen konnten, spielte der Nachbar im Westen in der Honecker-Zeit eine eher untergeordnete Rolle. Die genannten politischen Ereignisse haben sich ansonsten sehr wohl auf die Struktur der Argumentationen ausgewirkt. So lag der Anteil der Hinweise zur Sowjetunion 1963 bei 9,6 Prozent, zu Vietnam 1965 bei 6,6 Prozent und zu den arabischen Staaten 1967 bei 7,0 Prozent (Fiedler & Meyen, 2010, S. 1040). Mit dem Machtwechsel 1971 veränderte sich nicht nur der geografische Bezug der Argumentationsanweisungen, sondern auch der Tonfall. Während sich in den Ulbricht-Jahren fast in jedem dritten Fernschreiben-Telegramm eine negative Aussage zum nicht-sozialistischen Ausland fand (30,1 Prozent), lag dieser Anteil unter Erich Honecker nur noch bei 8,1 Prozent – eine Folge des Zwangs zur außenpolitischen Rücksichtnahme.

Nicht in den Akten überliefert sind die Anweisungen per Telefon. Was zunächst über gelegentliche Absprachen und Arbeitsgespräche geklärt wurde, entwickelte

sich ab der zweiten Hälfte der 1970er zu einer tagtäglichen Ober-Chefredaktion. Ingrid Kirschey-Feix (2011), die 1987 Kulturchefin der *Jungen Welt* wurde und schon vorher als Chefin vom Dienst gearbeitet hatte, sagte, es habe „jeden Abend diesen Anruf“ aus der Abteilung Agitation im ZK der SED gegeben. „Was habt ihr denn morgen drin? Das war aber nur der Anfang. Dann hieß es, macht das mal nicht so groß. Oder: Das habt ihr hoffentlich groß genug gemacht. Manchmal wurde auch am nächsten Morgen angerufen, vor unserer ersten Sitzung. Gestern, das war aber nicht so gut. Das muss heute besser klappen“ (S. 217). Klaus Raddatz (2011), der oft am anderen Ende der Leitung saß, sagte, es habe „immer mehr Formulierungsabsprachen“ gegeben (S. 172). Joachim Herrmann, ab 1978 im Amt, hatte einen „Mann für das ND“, der „jeden Tag x-mal“ mit dem Chefredakteur und mit den Redakteuren der TV-Nachrichtensendung *Aktuelle Kamera* telefonierte, um die Anweisungen des Agitationssekretärs oder seines Chefs Honecker zu übermitteln (Böhme, 2011, 123f.). Viele Zeitzeugen haben das Anziehen der Daumenschrauben Herrmann persönlich in die Schuhe geschoben (Meyen & Fiedler, 2011). Der Fehler dürfte allerdings eher im System gelegen haben. Was vielleicht funktionieren konnte, solange sich die Welt in Schwarz (Bundesrepublik) und Weiß (sozialistisches Lager) teilen ließ, musste in der komplexen innen- und außenpolitischen Konstellation der 1970er und 1980er Jahre scheitern.

#### 4.4 Zeitungsinhalte I: Nach innen Jubel, nach außen Polemik – abnehmend

Dass die Argumentationsanweisungen ein Indikator für die Strukturen der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ sind, belegt die quantitative Inhaltsanalyse der vier Tageszeitungen *Neues Deutschland*, *Junge Welt*, *Neue Zeit* und *Der Morgen*. In allen vier Blättern dominierten Politik und Wirtschaft (im SED-Zentralorgan knapp über die Hälfte aller Artikel, aber auch in den Organen von CDU und LDPD mehr als ein Drittel, Fiedler, 2011). So gut wie gar nicht wurde über Gerichtsprozesse (nicht einmal ein Prozent aller Beiträge), über Naturkatastrophen, Unglücksfälle und Verbrechen (unter fünf Prozent) sowie über Religion berichtet (Ausnahme: die *Neue Zeit* mit einem Anteil von 3,8 Prozent, Fiedler, 2011; Meyen & Schweiger, 2008).

Die Veränderung der außenpolitischen Interessen (und damit der Argumentationsanweisungen) lässt sich ebenfalls gut nachvollziehen. Während in allen vier Blättern vor dem Mauerbau sehr viel über die Bundesrepublik zu lesen war, verschwand dieses Thema anschließend bis Mitte der 1980er Jahre nach und nach (Tabelle 2). Mit dem Ausbau der diplomatischen Beziehungen wurde dagegen immer mehr über den „Rest der Welt“ berichtet. Dass die Sowjetunion vor 1961 in der Presse so wenig prominent war, könnte an der Fixierung auf die BRD oder an den Ressentiments in der Bevölkerung gelegen haben (Steiner, 2007). Besonders in der Anerkennungsphase wurde dann allerdings über kein Land so häufig berichtet wie über den wichtigsten Verbündeten. Ganz ähnliche Werte wie in Tabelle 2 ergeben sich, wenn man nach den Nationalitäten der Akteure fragt (Fiedler, 2011).

Tabelle 2: Außenpolitik in der DDR-Tagespresse

	1950	1955	1960	1965	1969	1975	1980	1985	1989
UdSSR	4,2	4,7	5,1	6,1	9,6	8,5	6,5	5,1	5,2
Warschauer Vertrag	5,7	9,7	5,3	9,1	8,8	9,4	9,9	8,8	7,2
BRD	17,8	16,3	13,4	12,2	6,8	4,1	4,2	3,3	5,8
Westeuropa	8,9	5,9	9,2	9,2	7,9	9,7	10,1	13,4	11,0
USA	2,3	0,9	3,2	3,1	2,3	2,4	4,4	3,7	3,6
Afrika, Asien, Lateinamerika	1,1	3,0	4,1	6,0	6,3	6,8	6,8	9,1	9,3

Angaben in Prozent. N=14585;  $\chi^2=1090,0$ ;  $p<0,0001$

Tabelle 3: Negative Aussagen über das nicht-sozialistische Ausland

	1950	1955	1960	1965	1969	1975	1980	1985	1989
ND	40,1	52,2	48,2	30,5	30,6	14,9	19,5	15,0	13,8
Junge Welt	59,4	42,3	38,5	26,8	21,7	19,3	21,5	22,0	25,4
Neue Zeit	33,1	43,4	35,3	22,0	13,8	14,2	13,7	11,6	10,0
Der Morgen	31,6	32,1	26,9	21,1	12,6	9,3	14,3	9,8	9,1

Angaben in Prozent. N=2436-4442;  $\chi^2=93,6-374,1$ ;  $p<0,0001$

Tabelle 4: Positive Aussagen über das nicht-sozialistische Ausland

	1950	1955	1960	1965	1969	1975	1980	1985	1989
ND	0,4	8,0	2,4	2,2	1,9	3,4	4,7	7,8	3,5
Junge Welt	0,0	2,2	1,5	1,6	2,6	4,6	2,9	6,7	2,5
Neue Zeit	1,6	7,8	1,8	4,4	3,0	0,9	3,4	8,2	7,0
Der Morgen	1,0	11,9	3,4	2,5	3,7	0,9	1,6	5,8	3,0

Angaben in Prozent. N=2428-4441;  $\chi^2=25,5-63,9$ ;  $p<0,0001$

Der Lenkungsaufwand erklärt, warum es hier kaum Unterschiede zwischen den vier untersuchten Tageszeitungen gab. Dies gilt auch für den Tonfall, mit dem über den Westen berichtet wurde – in den ersten Jahren sehr negativ (vor allem im *Neuen Deutschland* und in der *Jungen Welt*), nach dem Bau der Mauer bereits etwas gemäßiger und mit der internationalen Anerkennung fast schon neutral und hin und wieder (in etwa jedem zwanzigsten Beitrag) sogar positiv (Tabellen 3 und 4). Dass die *Junge Welt* in den 1980er Jahren aggressiver als das Zentralorgan der SED war, könnte mit der Jugend der Redakteure zu erklären sein oder damit, dass sich die Zeitung über die Schärfe in der Außenpolitik Freiräume für andere Themen schaffen wollte (Meyen & Schweiger, 2008, S. 95; Kapitzka, 1997). Die außergewöhnlich positive West-Berichterstattung im Jahr 1955 lässt sich nicht nur mit den Nachwehen des 17. Juni 1953 begründen oder mit einem Lenkungsapparat, der noch im Aufbau war, sondern vor allem mit dem Untersuchungszeitraum, in dem Österreich (ein bevorzugter Partner der SED-Spitze) seine Unabhängigkeit erlangte. Im April 1985 fuhr Erich Honecker nach Italien (der erste Staatsbesuch in einem NATO-Land), und die Zeitungen berichteten folgerichtig positiver über das „nichts-sozialistische Ausland“.

Tabelle 5: Negative Aussagen über die DDR und das sozialistische Ausland

	1950	1955	1960	1965	1969	1975	1980	1985	1989
ND	4,2	4,4	3,6	1,3	0,9	0,9	0,7	0,2	1,7
Junge Welt	1,6	9,5	1,1	2,9	0,0	0,3	1,0	1,7	3,5
Neue Zeit	4,1	4,7	1,8	4,9	2,0	1,5	2,0	3,1	8,1
Der Morgen	2,6	0,7	6,1	2,7	1,6	1,8	1,1	0,8	5,8

Angaben in Prozent. N=2438-4441;  $\chi^2=37,7-61,2$ ;  $p<0,0001$

Tabelle 6: Propagandastärke in den Überschriften

	1950	1955	1960	1965	1969	1975	1980	1985	1989
Schlagwort	8,7	5,7	6,4	4,8	5,8	12,8	10,6	7,2	3,5
Null-Ereignis	9,0	0,5	3,2	8,6	11,0	16,1	10,2	12,4	9,4
Erfolgsrhetorik	6,5	3,3	8,9	7,8	8,5	16,8	11,4	6,9	6,9
Parole	0,7	0,3	3,9	1,7	1,6	4,1	3,3	4,2	1,6

Angaben in Prozent. N=12.241;  $\chi^2=182,2$ ;  $p<0,0001$

Über das eigene Lager fand der Leser dagegen so gut wie nichts Negatives in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ (Tabelle 5). Besonders niedrig sind die entsprechenden Werte für die anderthalb Jahrzehnte zwischen Ende der 1960er und Mitte der 1980er Jahre. Vorher (vor allem in der *Jungen Welt* Mitte der 1950er Jahre) und nachher (1989 besonders ausgeprägt im CDU-Blatt *Neue Zeit*, aber auch im *Morgen*) gab es dagegen durchaus (etwas) öffentliche Kritik. Mitte der 1970er Jahre (und keineswegs in der Endphase, die von vielen Zeitzeugen als besonders unerträglich beschrieben wird, Meyen & Fiedler, 2011) waren auch die Jubelrufe auf den Sozialismus am lautesten (Tabelle 6). Diese Befunde lassen sich auf ein Phasenmodell verdichten: in den 1950er und frühen 1960er Jahren intensive Beschäftigung mit der Bundesrepublik (verbunden mit scharfer Polemik) und durchaus Kritik nach innen, ab Mitte der 1960er Jahre Verherrlichung des eigenen Gesellschaftsmodells und ein weitgehend neutrales Bild des Gegners, am Schluss hier manchmal sogar positive Berichte (vor allem wenn es den eigenen Interessen zu nutzen schien) und leichte Kritik am eigenen Lager.

Nicht adäquat erfasst werden konnte mit den Mitteln der quantitativen Inhaltsanalyse die Rolle, die das LDPD-Zentralorgan *Der Morgen* in den letzten beiden DDR-Jahren spielte (Vogel, 2011a). Kulturchef Christoph Funke (2011) sagte zwar im Rückblick, dass auch diese Zeitung an den „Alltagsfragen“ vorbei geschrieben habe (S. 277), erstens aber wies gerade Funkes Rezensionsteil auf gesellschaftliche Konflikte hin und gab missliebigen Künstlern ein Forum, und zweitens veröffentlichte das Blatt ab Anfang 1988 die (vergleichsweise) kritischen Reden von Parteichef Gerlach im Wortlaut. Bereits am 14. April 1988 wurde hier (wenn auch vage) „umfassende, rechtzeitige Information“ eingefordert (S. 3). Anderthalb Jahre später (im September 1989) sprach Gerlach in seinen Reden (und damit erstmals in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“) nicht nur die Themen Ausländerfeindlichkeit und Ausreise an, sondern sagte auch unmissverständlich: „Information ist Bürgerrecht und Staatspflicht. Widerspruch ist nicht Opposition und der persönliche Standpunkt zu politischen Entscheidungen keinesfalls

Ausfluß bürgerlicher Ideologie, sondern Erziehungs- und Bildungsziel im Sozialismus“ (Der Morgen vom 20. September 1989, S. 3; 30. September 1989, S. 7).

#### 4.5 Zeitungsinhalte II: Positives Meinungsklima und keine Fehlerdiskussion

Die qualitativen Inhaltsanalysen zeigen außerdem erstens, welche Werte (und damit welche Elemente des stillschweigenden Konsenses zwischen Herrschern und Beherrschten) über Schlagworte, Parolen und Erfolg rhetorik immer wieder in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ platziert wurden, und zweitens, was der Verzicht auf Kritik am eigenen Lager für die Qualität der gesellschaftlichen Kommunikation konkret bedeutete.

Die Mauer wurde nach dem 13. August 1961 als Segen für die öffentliche Ordnung und als Garant für die Verbesserung des Lebensstandards beschrieben – weil die DDR-Bürger jetzt vor „Kindesräubern“ sicher seien, „vor den erpresserischen Spitzeln der Menschenhandelszentralen“, vor „Kopfjägern“, „Unmenschen“ und „Ordnungsbrechern“ (Neues Deutschland, 14. August 1961, S. 1). Die Bundesrepublik war damals in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ ein Hort der Militaristen, Faschisten und Kriegstreiber. Fast noch wichtiger als das, was in den Tageszeitungen zu lesen war, scheint alles, was dort nicht stand: nichts über Fluchtversuche und Familienschicksale, nichts über Proteste und keine Kritik an der DDR. Ganz im Gegenteil wurde ein positives Meinungsklima konstruiert. In allen vier untersuchten Blättern finden sich Zustimmungserklärungen aus dem Ausland und positive Reaktionen aus der jeweiligen Zielgruppe. Die *Neue Zeit* etwa führte die Rubrik „Christen sagen zu den Maßnahmen...“ ein und ließ dort Geistliche oder CDU-Politiker zu Wort kommen, und in der *Jungen Welt* riefen Jugendliche dazu auf, das „Blauhemd“ (die FDJ-Uniform) zu tragen, „um so sichtbar für alle unsere Treue und Unerschütterlichkeit zu unserem Friedensstaat zu zeigen“ (14. August, S. 1).

Das gleiche Kommunikationsmuster findet sich auch bei anderen Ereignissen. Während des Sechstagekriegs, den die SED nutzte, um durch eine Israel-feindliche Berichterstattung Pluspunkte in der arabischen Welt und damit bei potenziellen Verbündeten zu sammeln, veröffentlichten die Zentralorgane zum Beispiel eine „Erklärung jüdischer Bürger der DDR“ (unterzeichnet von zehn „Bürgern der DDR, in der der Antisemitismus ausgerottet und wo für Antisemiten kein Platz ist“). Dort wurde Israel unter anderem vorgeworfen, „ein verhängnisvolles und unnatürliches Bündnis“ mit den „Nazimördern des jüdischen Volkes“ in Bonn eingegangen zu sein (Neues Deutschland vom 9. Juni 1967; Der Morgen vom 11. Juni 1967; Neue Zeit vom 11. Juni 1967). Geschrieben worden war die Erklärung von ZK-Agitationssekretär Albert Norden (Sohn eines Rabbiners), der sich bei Parteichef Ulbricht beklagte, dass längst nicht alle Angesprochenen zu einer Unterschrift bereit gewesen seien (Osterer, 2011; Timm, 1992). Die Bevölkerung erfuhr von solchen Konflikten nichts (auch nicht in den Westmedien) und hatte so in einer „politisch inszenierten Öffentlichkeit“, die einen Konsens vortäuschte, keine Möglichkeit, sich über abweichende Ansichten und Gegenargumente zu informieren oder gar über die Verteilung von Zustimmung und Ablehnung. Bei Themen wie dem Mauerbau gilt dies für die gesamte DDR-Zeit. Zu den Jahrestagen

wurde in allen vier Tageszeitungen immer wieder der Antagonismus zwischen dem „Friedensstaat“ DDR und den Feinden des Sozialismus beschworen und daran erinnert, dass am 13. August 1961 die Ausplünderung durch den Westen beendet und so der wirtschaftliche Aufschwung gesichert worden sei (Göbel, 2011).

Großveranstaltungen für die Jugend oder im Freizeitsport dienten in erster Linie dazu, das positive Meinungsklima auch auf der Ebene Veranstaltungsöffentlichkeit sowie in „kleinen Öffentlichkeiten“ erlebbar zu machen – und dann auf der Ebene Massenkommunikation entsprechend berichten zu können. Kathrin Kirchler (2011) hat die „perfekt ausgetüftelten PR-Strategien“ beschrieben, mit der die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten im August 1973 in Berlin vorbereitet und begleitet wurden. Dazu gehörten Journalistenlehrgänge, detaillierte Anweisungen und Kontrollen im Vorfeld, Papier-Sonderrationen, ein internationales Pressezentrum und aufwendig gestaltete Bulletins. Die vier Zentralorgane wurden während des Ereignisses zu Festivalzeitungen, genau wie sie ein Jahr vorher während der Olympischen Spiele in München zu Sportblättern geworden waren, die die Medaillen der eigenen Athleten als Beleg für die Überlegenheit des Sozialismus und das Auftreten mit einer souveränen Mannschaft als Indiz für die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges feierten (Landes, 2011a). Im August 1973 standen zwar die großartige Stimmung und positive Reaktionen aus dem Westen im Zentrum der Berichterstattung, daneben wurde die DDR aber auch hier als Friedensstaat dargestellt, in dem vor allem der Jugend alle Wege offen stehen würden (Kirchler, 2011).

Anders als im August 1961 dürfte diese Konstruktion, die zu der insgesamt starken Propaganda Mitte der 1970er Jahre passt (Tabelle 6), in der Bevölkerung durchaus auf Akzeptanz gestoßen sein. Die Weltfestspiele von 1973 schlossen sich nahtlos an eine ganze Reihe von innen- und außenpolitischen Erfolgen an, die die Not der ersten anderthalb Nachkriegsjahrzehnte und die Teilung der Nation langsam in den Hintergrund rücken ließen. Mit dem Amtsantritt von Bundeskanzler Willy Brandt und dem Machtwechsel im Osten war Bewegung in die deutsche Frage gekommen, die DDR war auf dem Weg zu internationaler Anerkennung (dokumentiert unter anderem durch den ersten Olympiaauftritt mit Fahne und Hymne, die Aufnahme in die UNO sowie die Eröffnung der ersten Botschaften auf westlichem Boden), und der neue SED-Chef Honecker hatte nicht nur Wohlstand versprochen (Stichwort „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“), sondern zum Beispiel auch den moralischen Druck in Sachen Westfernsehen gelockert. „Man hat gespürt, dass eine neue Ära beginnt“, sagte TV-Sportmoderator Gottfried Weise (Jahrgang 1944) in einem Zeitzeugeninterview. „Die Weltfestspiele, die Anerkennungswelle. Alles wurde offener und liberaler. Viele sagen, das war die beste DDR-Zeit“ (Weise, 2011, S. 302).

Es gab zwar auch danach noch Erfolge (etwa die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975, den Weltraumflug von Sigmund Jähn 1978 oder die zahlreichen Auslandsreisen von Erich Honecker, die ihn 1987 schließlich sogar nach Bonn führten), das geistige Klima aber kühlte sich nach der Biermann-Ausweisung 1976 ab, und wirtschaftlich lebte das Land nach der Ölkrise von 1974 auf Pump (Steiner, 2007, S. 188). Die Streiks auf der Lenin-Werft in Gdansk, die am 14. August 1980 begannen, wurden in der „politisch inszenierten Öffent-

lichkeit“ der DDR erst drei Tage später thematisiert. Die Agitationskommission hatte die Auseinandersetzung als Angriff auf den Sozialismus geframt, dem Westen die Schuld in die Schuhe geschoben und eine klare Linie vorgegeben: „keine Fehlerdiskussion“ sowie „Themen aufwerfen, die uns nutzen, Themen weglassen, die uns nicht nutzen“.<sup>39</sup> Die Presse konzentrierte sich folgerichtig auf „betriebsfremde“ Personen, die „dem Sozialismus feindlich gegenüberstehen“ (Neues Deutschland vom 21. und 23./24. August, S. 5 und 7) und ganz offenkundig „bösen Willens“ sein mussten (da kein guter Pole seinem Land schaden wolle, Neues Deutschland vom 19. August, S. 2). Sowohl die ökonomischen Probleme Polens als auch die Forderungen der Streikenden wurden verschwiegen („Themen weglassen, die uns nicht nutzen“). Als das Politbüro am 21. Oktober beschloss, die Grenze zum Nachbarland zu schließen (notfalls auch „einseitig“<sup>40</sup>), dauerte es acht Tage, bis die Öffentlichkeit von der Entscheidung erfuhr – allerdings nichts von einem Konflikt. Die Maßnahmen seien „im Geiste guter Zusammenarbeit, die weit in die Zukunft weist, festgelegt“ worden, schrieben alle vier Zentralorgane (Neues Deutschland vom 29. Oktober, S. 2). In der Donnerstags-Argu wurden die Chefredakteure am 30. Oktober angewiesen, von einer „gemeinsamen Maßnahme“ zu berichten.<sup>41</sup> Über die Hintergründe wurde nicht einmal in dieser hochkarätigen „internen Öffentlichkeit“ gesprochen (wohl aber in der Agitationskommission: „Probleme des Leerkaufs, der Spekulation, Schiebereien usw., aber verstärkt auch der politischen Einwirkung“<sup>42</sup>).

Mit Hilfe der Akten lässt sich auch am Beispiel der Havarie im Gaskombinat *Schwarze Pumpe* nachvollziehen, wie die Herrschenden die Öffentlichkeit täuschten – um jede Debatte über Energiepolitik und Umweltverschmutzung im Keim zu ersticken. Die Explosion selbst sowie die Zahl der Toten und Verletzten wurde zwar wahrheitsgemäß gemeldet, statt aber die wirtschaftlichen Verluste zu nennen (das Politbüro rechnete mit 150 Millionen Mark<sup>43</sup>) oder Versorgungsausfälle (betroffen waren immerhin 1 500 Großabnehmer), wurde über Betriebe berichtet, in denen es nach wie vor Strom gab, oder über die Bemühungen, den Planrückstand wieder aufzuholen. Als zwei Monate später ein 20-seitiger Expertenbericht zu den Ursachen vorlag, verschwieg die ADN-Meldung (die in allen vier Zeitungen stand und von einer unglücklichen Verkettung der Umstände ausging) das Wichtigste: Es hatte bereits eine (kleinere) Vorläufer-Explosion gegeben, und die Verantwortlichen wussten sowohl um die Schwächen der Messtechnik als auch um die eigentlichen Probleme (fehlende Wartung, veraltete Generatoren, billige Kohle).<sup>44</sup> Eine Veröffentlichung hätte die Fixierung auf den Energieträger Braunkohle genauso infrage gestellt wie die Fiktion von der Überlegenheit des Sozialismus, der

39 Agitationskommission am 20. August 1980. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.040/3, Bl. 67-69.

40 Politbüro, 21. Oktober 1980. In: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2356, Bl. 8.

41 Donnerstags-Argumentation, 30. Oktober 1980. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.040/4, Bl. 65.

42 Agitationskommission, 29. Oktober 1980. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.040/4, Bl. 51.

43 Agitationskommission, 24. Februar 1982. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.040/9, Bl. 70.

44 Bericht zur Ursache der Havarie in der Gasreinigungsanlage des VEB Gaskombinat Schwarze Pumpe, Stammbetrieb. Anlage 1 zum Arbeitsprotokoll Nr. 17, Sitzung des Politbüros am 27. April 1982. In: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2470, Bl. 21-24.

zumindest in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ aus Rückschlägen nur gestärkt hervorgehen konnte (Vogel, 2011b).

## 5. Ergebnisse II: Konkurrenten der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“

Die herrschende Partei hat über die von ihr kontrollierten Massenmedien auch in die anderen Öffentlichkeitsarenen hineinregiert. Erstens wurde sowohl auf der Ebene Massenkommunikation als auch auf der Ebene Veranstaltungen versucht, konkurrierende Deutungsangebote auszuschalten, und zweitens steckten die DDR-Medien den Rahmen für das Verhalten in allen anderen öffentlichen Arenen ab.

### 5.1 Westmedien: Pressemauer und Störsender, moralischer Druck und Informationen auf Umwegen

Die Massenmedien der Bundesrepublik wurden von der SED zu Recht als größte Gefahr für die Deutungshoheit im öffentlichen Raum gesehen. Im ganzen Land waren von Anfang an westliche Radiosendungen zu empfangen (meist in guter Qualität), und später gab es dann auch fast überall Westfernsehen, mit Ausnahme der in Abschnitt 3 schon erwähnten Gebiete im „Tal der Ahnungslosen“ (Stiehler, 2001). Die Parteiführung ging davon aus, dass diese Angebote genau wie die DDR-Medien zentral gesteuert und kontrolliert wurden und es sich folglich um „riesige Meinungsmanipulationsmaschinen“ handelte, die im Auftrag des Imperialismus das Bewusstsein „der Werktätigen“ vernebeln und sie „an das kapitalistische System“ binden wollten (Staat, Voigt, & Wolle, 2008, S. 26). Die Nutzung von Westmedien wurde zwar nie gesetzlich verboten, die SED versuchte aber trotzdem, die Konkurrenz auf der Ebene Massenkommunikation zu unterdrücken – indem sie erstens im Wortsinn den Zugang beschränkte, zweitens in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ moralischen Druck aufbaute und drittens in ihrer eigenen Öffentlichkeitsarbeit berücksichtigte, dass die meisten DDR-Bürger Zugang zu westlichen TV- und Hörfunksendungen hatten.

Die „Pressemauer“ stand bereits Ende 1948. Schon vor der Gründung der DDR war es nicht möglich, auf legalem Weg Tages- und Wochenzeitungen oder Publikumszeitschriften aus den Westzonen zu beziehen. Die sowjetische Besatzungsmacht hatte die Vertriebsmöglichkeiten immer mehr eingeschränkt und schließlich der Post das Monopol zugesprochen. Was nicht auf der Postzeitungsliste stand, konnte nicht bezogen werden (Meyen, 2001, S. 195). Obwohl das Ministerium für Staatssicherheit die Postzensur übernahm und die Verbreitung (aber nicht der Besitz) von Westblättern unter Strafe stand, kamen in den 1950er Jahren zahlreiche Druckerzeugnisse in den Osten, weil das Kontrollsystem dem innerdeutschen Verkehr nicht gewachsen war, weil es in Westberlin Abholabonnements für DDR-Mark gab und weil ein Broschürenkrieg tobte (Körner, 1992). Erst der Mauerbau dürfte den Nachschub verringert haben, genau wie bei Groschenheften, deren Vertrieb in der DDR ab 1955 unter Strafe stand (Verordnung zum Schutz der Jugend vom 15. September). Auch die Versuche mit Störsendern, die vor allem gegen den RIAS gerichtet waren und „im Interesse der Sicherheit“

nur in Volkspolizeikreisämtern aufgestellt wurden, funktionierten nicht wirklich. Die DDR war wirtschaftlich nicht in der Lage, den Technik-Rüstungskampf gegen die Westsender zu gewinnen, die Bürger kauften sich einfach leistungsfähigere Geräte, und außerdem störten die Heultöne auch die eigenen Programme (Meyen, 2001, S. 206).

Länger anhaltende Folgen hatte der moralische Druck in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“, der erst in den frühen 1970er Jahren nachließ, weil das „Rumoren“ (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 51f.) in den „kleinen Öffentlichkeiten“ zu stark wurde, weil die SED-Führung inzwischen wusste, dass die Bürger vor allem umschalteten, um sich zu unterhalten, und vielleicht auch, weil man jetzt annahm, die Mehrheit der Menschen ansonsten für sich gewonnen zu haben. Gab es 1950 im *Neuen Deutschland* noch eine Rubrik „Glaubt nicht den Lügenzeitungen“, griff man später vor allem den RIAS und die „Schund- und Schmutzliteratur“ an. Ende 1953 etwa klagte das SED-Zentralorgan über eine „Schlammflut von Pornographie, von Gangster- und Kriegshetzerliteratur“. Diese sickere durch unzählige unterirdische Kanäle und gefährdete die Jugend der DDR (30. Dezember, S. 6). Im Mai 1955 kamen die Heftchen dann sogar öffentlich auf die Anklagebank. Ein „Kuratorium zum Kampf gegen die Vergiftung der Jugend“ sprach das „Adenauer-Regime“ in einem Schauprozess schuldig und forderte die Regierungen in Ost und West auf, Einfuhr und Besitz von Comics hart zu bestrafen (Meyen, 2001, S. 198). Es gab Romane wie „Die Westmark fällt weiter“ von Erich Loest (1952), in denen behauptet wurde, Schmöker und Gangsterfilme würden vom Friedenskampf ablenken und direkt in die Hölle des Verbrechens führen, sowie regelrechte Kampagnen gegen das RIAS-Hören. Am 11. März 1952 schrieb der Chef des Amtes für Information, Gerhart Eisler, im *Neuen Deutschland*, wer RIAS höre, sei entweder ein Narr oder ein amerikanischer Agent (S. 2). Am 8. April 1952 legte Eisler an gleicher Stelle nach. In der Sprechstunde des Anglervereins Berlin-Mitte war der RIAS gelaufen. Wenn Krieg komme, schrieb Eisler, sei es mit dem Angeln vorbei. „Jawohl Herr Meier, so ernst steht die Frage, und daher kämpfen wir auch so ernst gegen das Abhören der feindlichen Sender“ (S. 2). Seit Dezember 1950 gab es mit dem „Gesetz zum Schutz des Friedens“ auch ein rechtliches Mittel, um gegen „Kriegshetzer“ vorzugehen. Ein Gummiparagraph bedrohte jeden mit Gefängnis, der die Bewegung für den Frieden „verächtlich macht oder herabwürdigt“. Agitatoren sammelten Selbstverpflichtungen und Unterschriften gegen das RIAS-Hören. Eine Brigade im Kreis Meißen schmückte sogar ihre Traktoren mit Kampflosungen gegen den RIAS und trug die Botschaft so auch auf die anderen Öffentlichkeits Ebenen (Meyen, 2001, S. 204).

Höhepunkt all dieser Versuche war die „Aktion Ochsenkopf“ im September 1961. Nachdem die Grenze geschlossen war, sollte die „innere Desinfektion“ folgen. Ab heute schlage wieder der Blitz ein, hatte die *Junge Welt* am 5. September 1961 geschrieben. „Diesmal trifft er alle Ochsenköpfe und geistigen Grenzgänger.“ Die Rezepte des Blattes, um die „vom Westdrall Infizierten“ zu heilen: diskutieren, zur Not eine „Tracht Prügel“ und bei den „Unbelehrbaren“ die Antennen drehen oder gleich ganz entfernen. „Unser Ziel: Der Bonner Strauß darf in kein Haus! Alle hören und sehen die Sender des Sozialismus!“ Wer sich in Versammlungen nicht bekehren und von Drohungen in der Presse nicht beirren ließ,

musste mit FDJ-Kommandos rechnen, die Antennen von den Dächern holten. Großen Erfolg hatten die Demontierer nicht. In den Randgebieten Berlins und einem 50-Kilometer-Streifen an der Grenze konnte der Westen per Zimmerantenne empfangen werden. Dazu kam das Basteltalent vieler DDR-Bürger. Außerdem verschlechterten die Übergriffe die Stimmung im Land. Schon am 7. September 1961, zwei Tage nach dem Startsignal in der *Jungen Welt*, stellte die Abteilung Agitation des SED-Zentralkomitees fest, dass der Kampf um das Westfernsehen die Bevölkerung weit stärker beschäftigte als alle anderen Maßnahmen nach dem 13. August (Meyen, 2001, S. 218).

Als Erich Honecker 1973 sagte, in der DDR könne jeder westliche Sender „nach Belieben ein- und ausschalten“ (Stiehler, 2001, S. 13), war der moralische Druck längst schwächer geworden und betraf fortan nur noch öffentliche Orte (also Encounter und Versammlungs- oder Veranstaltungsöffentlichkeiten), die bewaffneten Organe und Parteikader. Mitte der 1960er Jahre war es zwar noch üblich, die Westantenne erst abends auf den Balkon zu stellen und nach Sendeschluss wieder abzumontieren, die Abteilung Agitation stellte aber schon damals in einem internen Bericht fest, dass man am Arbeitsplatz, am Biertisch und besonders in der Eisenbahn ohne Scheu über das Gesehene spreche und das Programm zum Teil auch schriftlich verbreite (Meyen, 2001, S. 219). Ein Lehrer, Jahrgang 1944, sagte im biografischen Interview, als Kind habe er unterschrieben, keine Westsender einzuschalten, aber schon damals schnell gemerkt, „dass wir uns gegenseitig beschwindeln“. Als Student las dieser Lehrer heimlich Courths-Mahler und Heinrich Böll. Später an der Schule steckte ihm dann ein Kollege „Die Blechtrommel“ zu – eingewickelt in ein Exemplar des *Neuen Deutschland*, weil das Grass-Buch in der DDR noch nicht erschienen war.

Auch wenn dieser Mann erzählt hat, dass es noch 1988 Lehrer gab, die gesagt hätten, dass niemand an einer sozialistischen Bildungseinrichtung arbeiten dürfe, der Westfernsehen sehe, und obwohl in der Stichprobe auch eine Unterstufenlehrerin aus Leipzig war, die zwar in einer Neubauwohnung mit Kabelanschluss gelebt hat, aber trotzdem nicht wusste, ob sie wenigstens theoretisch hätte umschalten können, konnten jüngere Generationen solche Erfahrungen nur sammeln, wenn ihre Eltern in der DDR Karriere gemacht hatten oder sich wenigstens um die Karriere ihrer Kinder sorgten. Eine Dolmetscherin, Jahrgang 1972, die damals in Karl-Marx-Stadt lebte, durfte zwar im Wohnzimmer die *Tagesschau* sehen und die Hitparade von *Bayern 3* auf Kassetten aus dem Westen aufnehmen, die ihr Vater „für viel Geld beim Vietnamesen gekauft“ hatte, manche Lieder aber musste sie wieder löschen (etwa „Wir steigern das Bruttosozialprodukt“ von *Geier Sturzflug*). „Meine Eltern haben da schon sehr großen Wert darauf gelegt, dass wir jetzt nicht irgendwie anfangen, uns unsere Zukunft durch solchen Blödsinn zu verbauen.“

In ähnlichen Gewissenskonflikten, die sich leicht auf den moralischen Druck in den ersten beiden DDR-Jahrzehnten zurückführen lassen, befanden sich vor allem ältere Genossen und Angehörige der bewaffneten Organe. „Ich habe mich daran gehalten, DDR-Sender zu hören“, sagte ein Schlosser aus der Nähe von Dresden, Jahrgang 1918, der der Partei seinen Aufstieg zum Arbeitsschutzinspektor verdankte. Auch eine Parteischullehrerin aus Dresden, Jahrgang 1949, die sich als

„geborene DDR-Bürgerin“ bezeichnete, sagte, sie habe „aus Prinzip“ kein Westradio gehört. Die Sendungen seien „doch letztlich ein ganzes Stück antikommunistisch“ gewesen. Die meisten der Befragten haben allerdings davon gesprochen, dass die Einstellung der Führung zum Westfernsehen in den 1980er Jahren „lächer“ gewesen sei als früher. „Das gehörte einfach dazu“, sagte ein Journalist, 1966 geboren. Im Staatsbürgerkunde-Unterricht sei über die Themen diskutiert worden, die im Westen liefen, und er habe die Sendungen an der Wandzeitung kommentiert (auf der Ebene Veranstaltungs- und Versammlungsöffentlichkeiten). Selbst in den Ferienheimen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes liefen jetzt im Fernsehraum ARD oder ZDF, und diejenigen, die eigentlich nicht umschalten durften, sahen dieses Verbot nicht mehr ein. Die Frau eines Volkspolizisten sagte, sie hätten zwar geguckt, aber „ein bisschen Acht geben“ müssen und „nicht drüber gesprochen“.

Die Medienlenker in der SED-Spitze reagierten auf diese Nutzungsgewohnheiten. Wie im nächsten Unterabschnitt gleich gezeigt wird, belegten sie einerseits jeden mit einem Bann, der ohne Erlaubnis mit den Westmedien zusammenarbeitete (hier: Wolf Biermann sowie zwei Pfarrer, die über die Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz informiert hatten – eine Liste, die leicht zu ergänzen ist durch Schriftsteller wie Stefan Heym oder Rudolf Bahro und Musiker, die ihre Produkte zum Teil zuerst im Westen veröffentlichten). Andererseits richteten die Herrschenden in der DDR ihre eigene Öffentlichkeitsarbeit an dem aus, was in der Bundesrepublik verbreitet worden waren. Dazu gehörte, dass die entsprechenden Berichte akribisch verfolgt wurden. Manchmal versammelte sich die Parteispitze vor dem Bildschirm und schrieb anschließend Meldungen und Kommentare. Hans Modrow (2011), von 1971 bis 1973 Leiter der Abteilung Agitation, sagte in einem Interview, das Fernsehen sei für Erich Honecker „am allerwichtigsten“ gewesen. Agitationssekretär Werner Lamberz habe abends vor einem Gerät gesessen, auf dem alle vier Programme aus Ost und West simultan liefen (S. 42). Auf einer Konferenz zur „politischen Massenarbeit der Partei“ im Mai 1977, bei der das Fernsehen als „wichtigster gegnerischer Ideologieträger“ bezeichnet wurde, klagte eine Arbeitsgruppe über das „uneffektive Nebeneinanderarbeiten“ der Stellen, die die „feindlichen elektronischen Medien“ analysieren (unter anderem die Nachrichtenagentur ADN, das Außenministerium und das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft). Bei der Hauptabteilung Monitor des Staatlichen Komitees für Rundfunk erlaube die „Kadersituation“ weder, die „Feindtätigkeit“ zu differenzieren, noch die Unterhaltungssendungen einzubeziehen.<sup>45</sup> Die Mitschriften dieser Abteilung Monitor stapeln sich heute im Archiv – oft versehen mit Anmerkungen von Joachim Herrmann, der 1978 Nachfolger von Lamberz wurde. Herrmann bearbeitete die Papiere mit Rotstift und Kommentaren, lief damit oft genug zu Honecker und schlug vor, wie man reagieren könne. Das Schlimmste, was einem DDR-Journalisten passieren konnte, war ein Lob aus dem Westen. „Ich habe erlebt, wie ein Artikel erst Beitrag des Monats wurde und mir 50 Mark brachte und plötzlich das schlimmste Elaborat war“, sagte Wolfgang Tiedke

<sup>45</sup> Konferenz „Die weiteren Aufgaben der politischen Massenarbeit“, 25. bis 26.5.1977 (Abteilung Agitation). In: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 33906. Nicht paginiert.

(2011), damals Redakteur der *Leipziger Volkszeitung*, in einem Zeitzeugeninterview. Anlass für den Stimmungswechsel: ein Zitat in der Westpresse, das die Aufmerksamkeit der „führenden Genossen“ auf das Blatt lenkte (S. 83-85).

Die Fixierung auf die andere Seite führte dazu, dass manche Nachrichten und Kommentare in den DDR-Medien nur zu verstehen waren, wenn man die Meldungen aus dem Westen kannte, und dass die Öffentlichkeit in manchen Fällen auch gar nicht informiert wurde – zumindest nicht über die eigenen Medien. In einem Leserbrief, den Joachim Herrmann Anfang Juli 1988 aus Jena bekam, wurden gleich zwei Beispiele genannt: erstens die Pressekampagne gegen den Abuladse-Film „Die Reue“, der mit dem Stalinismus abrechnete und nach der Erstaufführung im ZDF Ende Oktober 1987 in der *Jungen Welt* (von Chefredakteur Hans-Dieter Schütt) und im *Neuen Deutschland* (vom stellvertretenden Chefredakteur Harald Wessel) verrissen worden war, obwohl die DDR-Bürger den Film aus den eigenen Medien gar nicht kennen konnten, und zweitens das Verschweigen eines Skinheadüberfalls auf die Berliner Zionskirche am 17. Oktober 1987. Der Schreiber beklagte, „dass eine Reihe von Nachrichten wie selbstverständlich den Empfang entsprechender Sendungen westlicher Medien“ voraussetzen würde und dass „die Bevölkerung unseres Landes“ in manchen Fällen verspätet informiert werde.<sup>46</sup> Ralf Bachmann (1995), der von 1981 bis 1986 für den ADN in Bonn war, bekam auf die gleiche Kritik „zwei Antworten“. Man wolle „Unruhe und Unsicherheit“ vermeiden, und außerdem genüge es ja, „wenn das vom Westfernsehen gebracht wird, damit erfahren es doch alle“. Sein Bericht über die erste große Friedensdemonstration im Hofgarten sei in Berlin auf Skepsis gestoßen. Honecker habe die Direktübertragung am Bildschirm verfolgt, nachgezählt und gezweifelt, dass man eine halbe Million Teilnehmer melden könne. „Bei dieser Vorsicht blieb es. Von unserer Berichterstattung wurde nichts übernommen, was man nicht selbst am Bildschirm gesehen hatte.“ (S. 249f.)

Spektakuläre Vorfälle wie der Skinhead-Überfall konnten in kleinen Öffentlichkeiten ankommen, weil die Westmedien darüber berichteten und die SED darauf reagieren musste – wenn auch verklausuliert und in der Regel verspätet. Nach den „für die DDR untypischen Ausschreitungen“ in Berlin zum Beispiel fiel in der *Jungen Welt* am 30. Dezember 1987 („also 74 Tage nach dem Ereignis“) „erstmal der Begriff ‚Skinrowdy‘“ und im *Neuen Deutschland* am 5. Februar 1988 „die Formulierung ‚sogenannte Punks‘“.<sup>47</sup> Die Meinungs- und Willensbildungsprozesse auf den anderen Öffentlichkeitsebenen waren aber mehrfach gebrochen: durch die Unsicherheit und die Angst, wie man mit Meldungen des Westens umzugehen hatte, durch die technisch und ideologisch begrenzte Reichweite von ARD und ZDF sowie durch den Glaubwürdigkeitsvorbehalt, den es auch gegenüber Nachrichten aus der Bundesrepublik gab und den man sowohl dem Fehlen von konkurrierenden Deutungsangeboten und dem positiven Meinungsklima in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ zuschreiben kann als auch dem moralischen Druck, der dort jahrelang in Sachen Westmedien aufgebaut worden war.

46 Brief aus der Universität Jena an Herrmann, 3. Juli 1988. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/36, Bl. 106-108, hier 107.

47 Ebd.

In den medienbiografischen Interviews sagten die meisten Befragten, auch ARD und ZDF nicht geglaubt und ‚die Wahrheit in der Mitte‘ gesucht zu haben: beide Seiten hören, mit Bekannten sprechen und sich dann selbst eine Meinung bilden. Ein Pfarrer aus dem Raum Görlitz, Jahrgang 1938, sagte, auch die Westmedien seien „frisiert“ gewesen, und ein Krankenpfleger, Jahrgang 1963, der 1985 in den Westen floh, weil er in der DDR nicht Medizin studieren durfte, meinte zwar, dass die Westmedien etwas besser waren, weil es dort Konkurrenz und folglich Kontrolle gegeben habe, aber das Leben in der DDR sei nicht so gewesen, „wie sie es gern gehabt hätten in ihrer Informationspolitik“. Es habe einfach nicht gestimmt, „dass wir total unterdrückt wurden und uns überhaupt nicht bewegen durften“. Das sei „auch Propaganda“ gewesen, so „wie sie es heute immer noch tun, wenn sie über Länder berichten, die ihnen nicht so richtig in den Kram passen“.

Im Regelfall halfen *Tagesschau* und *heute* natürlich vielen DDR-Bürgern, die Berichterstattung der eigenen Medien zu überprüfen oder Lücken festzustellen, und manche Zuschauer haben sich ausschließlich in den Westmedien orientiert (vor allem Menschen mit Kontakt zur Kirche, aus Künstlermilieus und aus den höheren Bildungsschichten, Meyen, 2003). Ein Leipziger Schriftsteller, Jahrgang 1953, hat die 20-Uhr-Nachrichten im Ersten als „absolutes Muss“ beschrieben, als einen Fixpunkt im Tagesablauf, als erstrangige Informationsquelle und „als Ersatz auch für Tageszeitungen“. Er habe nicht erwartet, dass dort die Realität in der DDR widerspiegelt werde. „Wir wussten ja, wie sie ist, oder meinten es zu wissen.“ Erwartet habe er vielmehr „eine andere Sicht“, „einen anderen Blickwinkel“. Dies hätten die Westmedien zweifellos geleistet. Was die westlichen Korrespondenten über den Alltag in der DDR in ihre Heimat funken konnten, war trotzdem selbst bei bestem Willen nur ein kleiner Ausschnitt und oft ein ganz bestimmter (vgl. Staadt et al., 2008; Chmel, 2009). Eine Buchhalterin, Jahrgang 1954, sagte, je kleiner der Osten über bestimmte Schwierigkeiten berichtet und als je negativer man hier eine Sache empfunden habe, desto größer sei dies im Westfernsehen gebracht worden. „Die haben es aufgebauscht, und unsere haben es weggelassen.“ Nicht wenige DDR-Bürger fühlten sich von den Berichten aus dem Westen außerdem in ihrem Stolz getroffen. „Der Westen hat uns primitiver hingestellt, als wir wirklich waren“, sagte eine Dresdnerin, Jahrgang 1930, die in einer Großküche gearbeitet hat.

Keine Rolle spielte die Glaubwürdigkeit bei all dem, was überhaupt nicht auf der Öffentlichkeitsebene Massenkommunikation ankam. Das Westfernsehen konnte zwar Künstler oder Sportler auftreten lassen, die in der DDR tabuisiert wurden, oder über das berichten, was in ostdeutschen Veranstaltungs- und Versammlungsoffentlichkeiten sowie manchmal auch in Encountern besprochen wurde, auch nach der offiziellen Akkreditierung von Korrespondenten in der DDR hatten westliche Redaktionen aber keinen Zugang zu „internen Öffentlichkeiten“ und hier vor allem nicht zum innersten Zirkel der Macht – und das nicht nur, weil die Journalisten überwacht und nach missliebigen Berichten zum Teil ausgewiesen wurden (Staadt et al., 2008; Chmel, 2009). Warum die Grenze zu Polen 1980 zum Beispiel geschlossen wurde und wie die SED-Spitze die Situation im Nachbarland einschätzte, wie es zu dem Unglück in der *Schwarzen Pumpe* gekommen war, welche Folgen dies für die DDR-Wirtschaft hatte und welche

Kosten die Braunkohlenutzung insgesamt in jeder Hinsicht verursachte – all das war zwar im SED-Politbüro bekannt, das Westfernsehen aber konnte zu solchen Themen bestenfalls Spekulationen und Impressionen beitragen.

## 5.2 Massenkommunikation und Veranstaltungsöffentlichkeiten

Der größte interne Konkurrent für die „politisch inszenierte Öffentlichkeit“ im Kampf um die Deutungshoheit waren Romane und Gemälde, Theateraufführungen, Konzerte und Kabarettprogramme. Veranstaltungsöffentlichkeiten lassen sich genau wie „kleine Öffentlichkeiten“, die hier oder bei Ausstellungen entstehen, nicht so leicht kontrollieren wie die Ebene Massenkommunikation (Gerhards & Neidhardt, 1990, S. 21; Raupp, 2003, S. 218) oder Literatur (Barck, Langermann, & Lokatis, 1997; Barck & Lokatis, 2008), DEFA-Filme (Poss & Warnecke, 2006; Eichinger & Stern, 2009) und die Schallplattenproduktion. Ohne an einen Veröffentlichungsrhythmus oder thematische Vorgaben gebunden zu sein, kann Kunst gesellschaftliche Debatten aufnehmen und hat den Vorteil, dass die Interpretationsspielräume hier größer sind als bei tagesaktuellen Nachrichten und Berichten. Am Beispiel der beiden Biermann-Affären lässt sich zeigen, dass die SED-Führung nicht nur Zwangsmittel nutzte oder Privilegien (sicheres Einkommen, Reisemöglichkeiten, die Aufmerksamkeit der Mächtigen, Raupp, 2000, S. 101), um die Kunstszene zu lenken und zu disziplinieren, sondern auch und vor allem die Massenmedien Presse, Hörfunk und Fernsehen. Die Künstler sollten hier darauf verpflichtet werden, den „Aufbau des Sozialismus“ zu unterstützen, auf „schädliche oder gar feindliche Inhalte, wie sie in den Gedichten Biermanns gestaltet werden“, zu verzichten und nicht an den Grundlagen der „Macht (zu) rütteln“. <sup>48</sup> Da die DDR-Tageszeitungen und hier vor allem das SED-Zentralorgan *Neues Deutschland* nicht nur darüber entschieden, welche künstlerischen Arbeiten auf die Ebene Massenkommunikation kamen und damit allgemein wahrgenommen werden konnten (etwa über Rezensionen oder Porträts), sondern auch jenseits solcher Formen die jeweils gültige Lesart der Ideologie transportiert haben, konnten sie auch die Grenzen für die Künstler abstecken und ihnen signalisieren, was man gerade noch tun konnte, ohne anzuecken. Die Biermann-Affären eignen sich an dieser Stelle besonders, weil sich der außenpolitische Kontext und die Öffentlichkeitsebene Massenkommunikation zwischen 1965 und 1976 erheblich verändert haben. Während die DDR-Führung in den 1960er Jahren noch um Abgrenzung von der Bundesrepublik und um politische Anerkennung kämpfte, saß sie elf Jahre später in der UNO, hatte den deutsch-deutschen Grundlagenvertrag sowie die Schlussakte von Helsinki unterschrieben und akzeptiert, dass sich die meisten Bürger auch über die Westmedien informierten. Schon deshalb war es „unmöglich“ geworden, „die aufsässigen Dichter in alter Weise zu disziplinieren oder totzuschweigen“ (Stadt et al., 2008, S. 46).

Die qualitative Inhaltsanalyse der vier Zentralorgane zeigt, wie die Medieninhalte an die veränderte Konstellation angepasst wurden, ohne das Ziel (Lenkung

48 Schriftstellerverband: Über die schändlichen und feindlichen Auffassungen und Haltungen von Wolf Biermann, 31. März 1966. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/9.06/148. Nicht paginiert.

der Kunstöffentlichkeiten) aufzugeben. Zunächst lässt sich festhalten, dass Mitte der 1960er Jahre viel umfangreicher und aggressiver berichtet wurde als Mitte der 1970er Jahre. ND-Kulturchef Klaus Höpcke (2008) sagte im Rückblick, 1965 habe das *Neue Deutschland* gar nicht „kritisch und polemisch“ genug über Künstler wie Biermann herziehen können (S. 135). Vor allem das SED-Zentralorgan und (mit Abstrichen) die *Junge Welt* definierten dabei, was sozialistische Kunst ist und welche Grenzen Künstler zu beachten haben. Bereits in den Wochen vor dem 11. Plenum des ZK der SED konnte man in beiden Blättern fast auf jeder Kulturseite lesen, dass die Kunst eine Verantwortung habe und den Sozialismus unterstützen müsse. Harald Wessel schrieb am 21. November 1965 in einem Leitartikel des *Neuen Deutschland*, „Anarchie und Despotismus“ in der Bundesrepublik seien „das genaue Gegenteil der Freiheit“. Wer wissen wolle, was Freiheit sei, müsse „bei Marx und Engels in die Lehre gehen“ (S. 3). Die Vorberichterstattung gipfelte in einer Kampagne gegen Künstler, die Grenzen bereits überschritten hatten – etwa gegen Wolf Biermann und Werner Bräunig, aber auch gegen Manfred Krug, dem per Leserbrief ein Ultimatum gestellt wurde. Es sei eine „Entscheidung fällig“: „Biermann oder wir“ (*Junge Welt* vom 15. Dezember 1965, S. 7, 11). Während diese erste Kampagne an der *Neuen Zeit* und am *Morgen* vollkommen vorbeiging, war die scharfe Abrechnung mit Kunst ohne sozialistische Botschaft auf dem 11. Plenum dann in allen vier Zeitungen in epischer Breite zu finden.

Da sich die DDR vor der veränderten außen- und medienpolitischen Situation keine neue Schmutz-Kampagne leisten konnte und wollte, wurde Ende 1976 viel weniger und deutlich sachlicher berichtet als bei der ersten Biermann-Affäre, obwohl das Fehlverhalten des Dichters damals vergleichsweise eine Bagatelle war. Ganz verschweigen ließ sich die Ausbürgerung natürlich nicht. Fast alle DDR-Bürger hatten Zugang zu westdeutschen Medienangeboten, und die aktiven SED-Mitglieder benötigten Argumente für die mündliche Agitation. Die Medienlenker wollten „nicht zu viel über diese ganze Angelegenheit veröffentlichen, um sie nicht mehr hochzudrehen“,<sup>49</sup> und möglichst schnell wieder „zur Tagesordnung“<sup>50</sup> übergehen. Es gab eine ADN-Meldung in allen Blättern („feindseliges Auftreten“ gegenüber der DDR, „grobe Verletzung der staatsbürgerlichen Pflichten“), im SED-Zentralorgan garniert mit einem Kommentar (Biermann habe jahrelang „unter dem Beifall“ der Feinde „sein Gift gegen die DDR verspritzt“, 17. November, S. 2), und es wurden zahlreiche Zustimmungserklärungen gedruckt (mehr als sechs Seiten im *Neuen Deutschland*, mehr als vier in der *Jungen Welt* und jeweils anderthalb im *Morgen* und in der *Neuen Zeit*). Gar nicht berichtet wurde über den Inhalt der Petition, die im Westen publik geworden war. In den abgedruckten Zuschriften wurde aber erwähnt, dass DDR-Künstler sich „kapitalistischer Vermittlungs- und Verstärkeranlagen“ bedient hätten – als ob die Leser wussten, worum es ging (*Der Morgen* vom 22. November, S. 4). Namen von Petitionsunterzeichnern wurden zunächst nirgends genannt. Manche reagierten auf Drohungen

49 Reaktionen zum Fall Biermann, 19. November 1976. In: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 20717. Nicht paginiert.

50 Gesichtspunkte zur Argumentation, nicht datiert. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/51, Bl. 17.

mit dem öffentlichen Rückzug ihrer Unterschrift.<sup>51</sup> Der Bildhauer Fritz Cremer etwa erklärte gegenüber dem ADN, er habe im Krankenhaus gelegen und sei dort regelrecht „überfahren“ worden (Junge Welt vom 23. November, S. 5). Nachdem zunächst nur die Künstler erwähnt wurden, die ihre Unterschrift zurückzogen, druckte das *Neue Deutschland* am 27. November einen Aufruf des Schriftstellerverbandes und nannte die Petitionsunterzeichner Jurek Becker, Volker Braun, Stephan Hermlin, Sarah Kirsch, Günter Kunert, Christa Wolf, Gerhard Wolf, Reimar Gilsenbach sowie Karl-Heinz Jakobs (S. 6). Wer sich nicht bekehren ließ, wurde anschließend in aller Regel aus der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ verbannt (Schweizer, 2011) – genau wie Sportler, die das Land verlassen hatten oder bei einem Fluchtversuch ertappt worden waren (Landes, 2011b).

Obwohl es viel weniger öffentlichen Wind gab als im Umfeld des 11. Plenums, hat die zweite Biermann-Affäre in den Erinnerungen von Künstlern und Kulturjournalisten der DDR einen besonderen Stellenwert. Irmtraud Gutschke (2011), die seit 1971 in die Literaturredaktion des SED-Zentralorgans arbeitete, sagte im Rückblick, die Ausweisung Biermanns sei für sie nicht nur ein persönlicher „Schock“ gewesen, sondern auch eine ganz entscheidende „Zäsur“ für die journalistische Arbeit. Jetzt sei gemacht worden, „was das höchste Auge mit Wohlgefallen sah“: Berichte über „Kultur, die die Bedeutung der DDR erhöhte“ (S. 153, 156). Ganz ähnlich beschrieb dies Ingrid Kirschey-Feix (2011), damals Kulturredakteurin der *Jungen Welt*. Von nun an sei „viel mehr verordnet“ worden, und man habe „viele Künstler“ einfach tabuisiert (S. 214). Keiner der Beteiligten hatte vergessen, wie ein Jahrzehnt vorher argumentiert worden war, und allein der Link, der sich über den Namen Wolf Biermann herstellen ließ, genügte, um auch ohne neue Kampagne in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ die Drohgebärden der herrschenden Partei zu aktualisieren.

Dass ein „Rumoren“ in Encountern oder Veranstaltungsöffentlichkeiten umgekehrt in die „politisch inszenierte Öffentlichkeit“ gelangen konnte, wenn die Stoßrichtung den Interessen der Herrschenden widersprach, war die absolute Ausnahme und ist im Einzelfall mit der Stärke des Protests, mit der (politisch vergleichsweise geringen) Bedeutung des Anlasses und mit Meinungsverschiedenheiten in der Führung zu erklären. Welche Durchschlagskraft die Ebene Massenkommunikation dabei hatte, zeigt ein winziger Artikel, in dem die *Junge Welt* nach einem Fußballspiel zwischen Lok Leipzig und dem BFC Dynamo ganz allgemein und eher versteckt Schiedsrichter kritisierte, „die für eine fragwürdige Gerechtigkeit sorgen“ und so „unserem Meister“ schaden (24. März 1986, S. 5). Die Dynamo-Führung und Stasi-Chef Mielke drohten der Redaktion zwar und stellten sie „mit den schlimmsten DDR-Feinden in eine Reihe“, am Ende aber wurden einige Schiedsrichter gesperrt und die Schiedsrichterkommission „völlig neu gemischt“. Abteilungsleiter Volker Kluge begründete diesen Erfolg mit der Rückendeckung durch Egon Krenz, der damals im ZK der SED auch für den Sport zuständig war und „diesen Knoten zerschlagen“ habe – den Unmut der Menschen gegen die Bevorzugung des Stasi-Klubs, an dem viele „ihre Aversion gegen die DDR und

51 Moese an Lamberz, 17. Dezember 1976. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.033/52, Bl. 98-100.

gegen das MfS festgemacht“ hätten (Kluge, 2011, S. 206; Reinartz, 1999, S. 381ff.).

Wie weit und beschwerlich der Weg aus Veranstaltungsöffentlichkeiten auf die Ebene Massenkommunikation war, lässt sich auch am Beispiel von Theaterrezensionen nachvollziehen. Vor allem die Schauspielhäuser wurden in den 1980er Jahren zu einem Ort, an dem DDR-Bürger eine „kritische Auseinandersetzung mit der Gesellschaft“ erwarten konnten (Irmer, 2009, S. 343) – weil jetzt weniger Autoren mit einem Bann belegt wurden als früher (Hasche, Schölling, & Fiebach, 1994), weil manchen Sätzen der Klassiker einfach „nicht beizukommen war“ (Peter Sodann; Irmer & Schmidt, 2003, S. 197) und weil Autoren wie Volker Braun, Christoph Hein, Ulrich Plenzdorf und Heiner Müller sowie Regisseure wie Friedo Solter, Thomas Langhoff und Frank Castorf die Zustände im Land zu ihrem Thema machten (Vogel, 2011a). Christoph Funke, Kulturchef des LDPD-Zentralorgans *Der Morgen*, versuchte, Premieren möglichst schnell zu rezensieren (damit der Text schon gedruckt war, wenn die SED beschloss, „dass über diese Aufführung nichts gedruckt wird“), und kämpfte zum Teil auch (erfolgreich) gegen ausdrückliche Besprechungsverbote (die aber die Ausnahme waren, Funke, 2011, S. 275f.). Als das Staatsschauspiel Dresden im Frühjahr 1989 Heins *Ritter der Tafelrunde* aufführte (eine Parabel auf die Endzeit des Sozialismus, Hasche et al., 1994, 140; Irmer & Schmidt, 2003, S. 288), schrieb *Der Morgen* am 17. April: „Jeder hängt an dem, was er als Leistung einbrachte in einem öffentlichen, gesellschaftlichen Raum – er muß die Fähigkeit behalten, auch sich selbst und seine Leistung im Fluß der Zeit in Frage zu stellen“ (S. 4) – eine klare Anspielung, adressiert an Erich Honecker. Das *Neue Deutschland* brauchte zwei Wochen länger und erkannte in Artus einen sozialistischen Helden (3. Mai 1989, S. 4; vgl. Vogel, 2011a). Als der Kabarettist O. F. Weidling bei der Eröffnungsparty für den Berliner Friedrichstadtpalast am 27. April 1984 seine Anspielungen und politischen Pointen, die sonst jeden Saal zum Brodeln brachten, vor der versammelten Parteispitze live auf die Ebene Massenkommunikation trug, erntete er zunächst eisige Minen. Die TV-Wiederholung wurde zurechtgestutzt, Weidling verlor seine Fernsehreihe (*Treff mit O. F.*), bekam ein Auftrittsverbot und starb kurz darauf (Meyen, 2003, S. 79).

Gar nicht auf die Ebene Massenkommunikation schafften es die Botschaften des Pfarrers Oskar Brüsewitz, der sich am 18. August 1976 vor etwas mehr als 100 Menschen in der Innenstadt von Zeitz anzündete und vier Tage später an seinen Verletzungen starb. Martin Sabrow (2004) hat überzeugend herausgearbeitet, dass es Brüsewitz einzig und allein um „öffentliche Aufmerksamkeit für seine Anklage gegen die Diktatur“ ging und er eigentlich sicher sein konnte, „das staatliche Öffentlichkeitsmonopol“ tatsächlich durchbrochen zu haben (S. 235f.). Obwohl im Landkreis Zeitz schon am nächsten Tag jeder von der Tat wusste, obwohl in den Kirchenöffentlichkeiten der DDR darüber heftig diskutiert wurde und obwohl der Westen mit zwei Tagen Verspätung zu berichten begann und aus der Selbstverbrennung eine „Weltnachricht“ machte (S. 236), gelang es der SED, „die Herrschaft über die Öffentlichkeit zurückzugewinnen und abweichende Sichtweisen entweder zu marginalisieren oder durch Ausgrenzung zu neutralisieren“ (S. 238) – indem sie erstens die Transparente des Pfarrers sicherstellte und so

der Öffentlichkeit entzog, zweitens in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ eine „Diskreditierungskampagne gegen den toten Pfarrer“ startete („psychopathische Persönlichkeit mit krankhaftem Triebleben“) und drittens die Kirchenleitung dazu brachte, in ihren Nischenöffentlichkeiten nicht auf Konfrontationskurs zu gehen und zugleich mäßigend auf Journalisten aus der Bundesrepublik einzuwirken. Die beiden Pfarrer, die die Westmedien informiert hatten, wurden ausgewiesen und kriminalisiert (Sabrow, 2004, S. 231-244; Agethen, 1995).

### 5.3 Massenkommunikation und andere öffentliche Arenen

Die „politisch inszenierte Öffentlichkeit“ hat nicht nur Künstler oder Kirchenfunktionäre darüber informiert, was in den jeweiligen Arenen der Öffentlichkeit ging und was nicht, sondern auch alle anderen Bürger. Die DDR-Medien haben über die jeweils aktuell gültige Lesart der Ideologie informiert – über das, was man tun und sagen konnte, ohne anzuecken. Elisabeth Noelle-Neumann definiert öffentliche Meinung als Meinungen, die Menschen „zu einer bestimmten Zeit, an einem bestimmten Ort“ öffentlich zeigen *müssen*, um sich nicht zu isolieren, oder die sie zeigen *können*, ohne aus dem jeweiligen Verband ausgestoßen zu werden (Noelle-Neumann, 1992, S. 293). Ihre Theorie der Schweigespirale geht dabei davon aus, dass sich Menschen vor Isolation fürchten, deshalb pausenlos auf das Feinste registrieren, welche Meinungen, welches Verhalten in ihrem Umfeld vorherrschen, und dabei nicht nur Signale aus ihrer unmittelbaren Umgebung aufnehmen, sondern auch aus den Massenmedien (Noelle-Neumann, 2001). In den medienbiografischen Interviews finden sich unzählige Belege für die These, dass auch gelenkte Medien eine solche Orientierungsfunktion haben – vor allem für Menschen, die sich in Bereichen bewegen, die von der herrschenden Partei kontrolliert werden oder für sie besonders wichtig sind (Bildungswesen, öffentliche Verwaltungen, Armee).

Die Tageszeitungen lieferten nicht nur die Themen, um die es am nächsten Tag, in der nächsten Versammlung gehen würde, sondern auch die offizielle Sichtweise und die entsprechenden Formulierungen – so sollte man sich kleiden oder frisieren, so konnte, so musste man es sagen, ohne sich zu isolieren oder vielleicht sogar Position oder Karriere zu gefährden. Um nur drei Beispiele zu zitieren: Eine Friseurin aus der Nähe von Dresden, Jahrgang 1954, schaltete jeden Abend die *Aktuelle Kamera* ein, um ihre Kinder auf die Schule vorbereiten und ihnen sagen zu können, wie „die das hören wollen“. Ein Schuldirektor, Jahrgang 1932, der vier Tageszeitungen im Haus hatte und sich manchmal noch den *Horizont* und die *Fußball-Woche* am Kiosk holte, sagte, er habe nicht jedes Exemplar gründlich studiert, aber das, was für die Arbeit nötig gewesen sei, ausgeschnitten und zurückgelegt. „Das waren wichtige Informationen. Es waren eben Fakten und Tatsachen, die ich brauchte für den Unterricht.“ Und eine Lehrerin aus der Nähe von Rostock erinnerte sich an den Weltfriedenstag, den Tag, an dem das neue Schuljahr anfang und an dem sie mit den Kindern über den Zweiten Weltkrieg sprechen musste. Die Zeitung habe Statistiken geliefert zum Beispiel über die Zahl der Toten und außerdem gesagt, wie die Opfer zu würdigen seien (Meyen, 2003, S. 94, 112f.).

Politische Schulungen und das Parteilehrjahr gehörten in der DDR zum Alltag, auch für viele von denen, die nicht in der SED waren. Eine Zahnärztin, Jahrgang 1961, sagte, schon im Studium habe es jede Woche „so eine Zusammenkunft“ gegeben, „auf der irgendwelche politischen Sachen ausgewertet wurden“. Man habe sich auf jeden Fall informieren müssen, „damit du da was sagen konntest“. Ein Autoschlosser aus dem Bezirk Rostock, 1965 geboren, der kurz vor dem Ende der DDR auf eine Offizierslaufbahn einschwenkte, hat von ein „paar Schlagworten“ gesprochen, die gereicht hätten, um in den Versammlungen von FDJ oder Gewerkschaft mitzudiskutieren. „Der Genosse Honecker hat das und das gesagt. Dann war man von ab.“ Zu solchen Versammlungsöffentlichkeiten und „internen Öffentlichkeiten“, in denen Themen, Frames und Wortwahl durch die Massenmedien mitgesteuert wurden, gehörte auch das (in der DDR sehr ausgeprägte) Berichtswesen. Ein Ingenieur, Jahrgang 1938, nicht in der Partei und auch in keiner herausgehobenen Position, las die Beschlüsse der SED-Führung und den Politikteil der Zeitung „teilweise intensiv“, weil er für seinen Gruppenleiter die Berichte an das zuständige Ministerium vorbereiten musste („jeden Monat zwei oder drei“). „Manche politischen Floskeln und Phrasen, die mussten Sie ganz einfach einarbeiten.“ Das habe man beherrschen müssen, ganz unabhängig von der „inneren Überzeugung“. „Sie waren berufsmäßig verpflichtet, solche Dinge zu tun“ (Meyen, 2003, S. 113f.). Der Druck, der in allen öffentlichen Arenen durch das Wissen um die anwesenden Parteifunktionäre und um eine mögliche Bespitzelung ausging, hat die Menschen dazu gebracht, die „politisch inszenierte Öffentlichkeit“ nicht zu ignorieren, und so gesichert, dass die Botschaften auch in Versammlungen, internen Öffentlichkeiten und Encountern ankamen.

## 6. Ergebnisse III: Transparenz, Validierung und Orientierung

Obwohl nur das in die „politisch inszenierte Öffentlichkeit“ gelangte, was die SED zuließ, und obwohl die Partei auch in die anderen Arenen hineinregierte, haben die DDR-Medien wenigstens teilweise für Transparenz, Validierung und Orientierung gesorgt – weil die Rezipienten um die Lenkung wussten und weil die Herrschenden mit Hilfe der Medien „interne Öffentlichkeiten“ schufen, um mit den Beherrschten kommunizieren zu können.

### 6.1 Indirekte Information durch gelenkte Medien

Die wichtigsten Ansprechpartner im Ausland (Politiker, Botschafter, Unternehmer oder Künstler, die mit der DDR zu tun hatten) haben die ostdeutsche Presse so gelesen, wie sie gedacht war (als offizielles Statement der SED), und versucht, aus den Zeitungen auf die Position und die Ziele der DDR-Führung zu schließen. Herbert Okun, 1980 bis 1983 US-Botschafter in der DDR, erzählte Joachim Herrmann am 22. Januar 1981 in einem persönlichen Gespräch, dass sein Tag „mit dem Studium des *Neuen Deutschland*“ beginne, weil dies „die erste kompetente Information über die Politik der DDR“ sei. Anschließend interessierte sich Okun im Detail für die Medienstrukturen in der DDR (ist der ND-Chefredakteur ZK-Mitglied, welche Verbindungen gibt es zu Funk und Fernsehen, was bedeuten

bestimmte Initialen unter einem Kommentar) und fragte auch nach einzelnen Meldungen: „Worauf bezog sich die ADN-Meldung über die Bonner Angst vor den Realitäten konkret?“ Herrmann antwortete unter anderem, dass die ND-Redakteure „über ausgezeichnete konsultative Beziehungen zu den führenden Persönlichkeiten“ der DDR verfügen würden und der Botschafter deshalb davon ausgehen könne, dass jede Veröffentlichung „auf bester Informiertheit des jeweiligen Verfassers“ beruhe.<sup>52</sup>

Ganz ähnliche Belege finden sich vor allem in den Akten, die die Aktivitäten der Ständigen Vertreter der Bundesrepublik in der DDR gefüllt haben. Klaus Bölling zum Beispiel fragte am 23. Februar 1982 Lothar Kolditz, den Präsidenten des Nationalrats der Nationalen Front der DDR, ob es etwas mit den Ereignissen in Polen zu tun habe, dass die DDR-Zeitungen jetzt verstärkt Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit betonen würden.<sup>53</sup> Und Hans-Otto Bräutigam lobte am 1. Februar 1985 bei einem informellen Gespräch in der *Horizont*-Chefredaktion zunächst die „maßvollen“ Reaktionen der DDR-Medien auf die „jüngsten politischen Äußerungen in der BRD vor allem zu Schlesien“, um dann zu fragen, welchen „Zweck“ der ND-Artikel „über die Respektierung der Staatsbürgerschaft“ gehabt habe. Die SPD werde sich hier nach dieser Veröffentlichung in Zukunft vermutlich „eher zurückhalten“.<sup>54</sup> Auch bei offiziellen Treffen thematisierte Bräutigam konkrete Presseveröffentlichungen. Am 4. September 1982 bestellte er zum Beispiel einen DDR-Vertreter ein, wertete einen Kommentar und eine Dokumentation im *Neuen Deutschland* als Versuch, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen zu belasten, und spielte gleichzeitig auf den Wunsch Honeckers an, sich mit dem Bundeskanzler zu treffen. Der Bericht des Abgesandten ging per Blitz-Telegramm auch direkt an die Politbüromitglieder Joachim Herrmann und Hermann Axen (verantwortlich für internationale Beziehungen).<sup>55</sup>

Die Ziele und Mechanismen der Medienlenkung waren nicht nur den westlichen Politikern bekannt, sondern auch den DDR-Bürgern. Die Kontrolle der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ hat zwar einerseits dazu geführt, dass weite Teile der Leserschaft vor allem die ersten Seiten der Tageszeitungen überblättern haben, andererseits aber hatten politisch interessierte Bürger hier nicht nur die Möglichkeit, auf die Ziele und die Position der SED-Führung zu schließen, sondern indirekt auch auf die Haltung des Klassengegners, auf außen- und innenpolitische Konfliktherde sowie auf wirtschaftliche Probleme. In den medienbiografischen Interviews ist das Urteil über die Informationspolitik vernichtend ausgefallen. Niemand hat hier gesagt, dass er dem Osten geglaubt habe – selbst die Menschen nicht, die die SED-Medienpolitik auch im Nachhinein verteidigen. Die meisten Befragten haben über den „Ärger der mündigen Bürger“ gesprochen und über „politische Engstirnigkeit“ geklagt sowie über „dumme und schlechte“

52 Gespräch am 22. Januar 1981. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/3.037/100, Bl. 29-32, hier 30f.

53 Gesprächsvermerk vom 23. Februar 1982 (Kirchhoff). In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/06, Bl. 93f., hier 94.

54 Geggel an Herrmann, 7. Februar 1985. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/17, Bl. 4-8, hier 5f.

55 Hans Schindler (1979 bis 1985 Gesandter der DDR in Bonn) an Kohl und Seidel, 4. September 1982. Kopien an Axen, Herrmann, Winkelmann und Häber. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/4, Bl. 181.

Propaganda. Eine Kindergärtnerin, selbst Parteimitglied, sagte, die Medien seien „Sprachrohr des Politbüros“ gewesen. „Tendenziös? Tendenziös ist gar kein Ausdruck.“ Und eine Lehrerin, die auch dem Klassenfeind eigene Interessen unterstellte, meinte, sie habe immer das Gefühl gehabt, in der DDR „von vorne bis hinten belogen“ zu werden. Es sei überhaupt nicht zu verstehen gewesen, „dass die ihre Propaganda so fuhren“, dass „die“ doch offenbar tatsächlich dachten, „man könnte ihnen so was abnehmen“ (Meyen, 2003, S. 43f.). Diese Befunde sind keineswegs eine Momentaufnahme, die mit den Besonderheiten der Interviewserie zu erklären sind (zehn Jahre nach dem Mauerfall, Fokus auf die 1980er Jahre). Es gibt keine Indizien, dass die einheimischen Medien zu irgendeinem Zeitpunkt in der DDR-Geschichte glaubwürdig waren. Wann immer die Leser befragt wurden: Sie klagten über die „rosarote Brille“, über Zahlendrescherei und Phrasen (für ausführliche Belege Meyen, 2003, S. 43-52).

Die überlieferten Quellen können zwar genau wie die medienbiografischen Interviews nicht verlässlich über Größenordnungen informieren, wenn das Material aber nicht völlig täuscht, dann haben weite Teile der Bevölkerung (vor allem Frauen, die durch ihren Alltag ausgelastet waren, und Menschen, die mit ihrem Leben in der DDR weitgehend zufrieden waren) die Medienangebote aus Ost und West in erster Linie zur Unterhaltung genutzt und die Politikberichterstattung gemieden, sowohl in den DDR-Medien als auch in den TV- und Hörfunksendungen aus der Bundesrepublik. Dazu kommt ein Nutzertyp (aus dem Umfeld der Kirchen), der Botschaften der SED aus Prinzip ausgewichen ist. Vor allem in den Eliten der DDR-Gesellschaft (Führungskräfte in der Wirtschaft, der Partei und in Verwaltungen), im Kreis der erklärten Regimegegner, zu dem zum Beispiel Künstler, Pfarrer oder Intellektuelle gehören konnten, und von Menschen, die sich von der DDR zurückgewiesen fühlten (weil ihnen sozialer Aufstieg verwehrt worden war, weil sie sich unterbezahlt fühlten oder an der Bürokratie gescheitert waren), wurden die DDR-Zeitungen aber ähnlich intensiv gelesen wie von US-Botschafter Okun oder den Ständigen Vertretern Bölling und Bräutigam. Ein Pfarrer, Jahrgang 1942, sagte im medienbiografischen Interview, er habe das *Neue Deutschland* gelesen, weil dort „die SED-Meinung“ gestanden habe. „Das hat man gelesen, um die Art zu kennen, wie bestimmte Dinge interpretiert werden von offizieller Seite. Wie ist der Bericht gemacht, was wird berichtet und was wurde weggelassen. Wie sollte es verstanden werden.“ Ein Schriftsteller, der in einem Kirchenverlag Lektor war, aber trotzdem ebenfalls das *Neue Deutschland* abonniert hatte, sprach vom „Lesen zwischen den Zeilen“ und den „Zwischenräumen“. Da das SED-Zentralorgan etwa zur gleichen Zeit Redaktionsschluss hatte wie die *Tagesschau*, habe man „schon am nächsten Vormittag sehen“ können, „wie sind die damit umgegangen, mit den Meldungen, die die *Tagesschau* hatte. Ich habe bestimmt jeden Tag eine Stunde gelesen, im *Neuen Deutschland*“ (Meyen, 2003, S. 211-215). Für eine intensive Lektüre sprechen auch die Befunde der regelmäßigen Leserbriefanalysen in der Redaktion. Die meisten Einsender monierten Fehler: „falsche Fakten-

angaben, falsche Zahlen, Maße, Namen, Daten und Berechnungen, falsche Schreibweisen, geografische Fehler und Satzfehler“.<sup>56</sup>

Da die DDR-Bürger wussten, dass die Zeitungen nicht unabhängig waren, hat die SED ihnen in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ (unfreiwillig) Informationen geliefert, die sie für die Orientierung benötigt haben. „Es durfte eben nichts Negatives passieren im Sozialismus“, sagte eine Kindergärtnerin, Jahrgang 1944. „Ich glaube, die hätten sogar ein Erdbeben verschwiegen.“ Erfolgsmeldungen wie bei den Wahlen habe man sich gar nicht mehr angehört. So etwas „Lächerliches“ und dann noch „die sinnlosen Berichte über die Melkerin X und den Arbeiter Y“ – all das habe dazu geführt, dass man den DDR-Medien überhaupt nichts mehr geglaubt habe, auch nicht die „kritischen Berichte“ über das Leben in der Bundesrepublik. Selbst Ratgeber und Werbung wurden mit Misstrauen bedacht. Der Schriftsteller hat von einem „tief sitzenden Vorurteil“ gesprochen. Wenn große Plakate „Eier sind gesund“ gerufen hätten, habe er sofort gewusst, dass die Kühllhäuser voll sind und die Eier weg müssen. Umgekehrt hätten Aktionen unter dem Motto „Fleisch ist schädlich“ auf einen Engpass hingedeutet (Meyen, 2003, S. 44). Ähnliche Belege finden sich auch in den überlieferten Leserbriefen. Ein Dresdner SED-Mitglied beschwerte sich im November 1979, dass die Presse nicht mehr über die „Kosten- und Preisentwicklung in den RGW-Ländern“ berichte. Durch solche Informationen sei man früher wenigstens darauf vorbereitet gewesen, dass die Entwicklung auch „um die DDR keinen Bogen machen“ werde. Jetzt habe man nur Gerüchte, und die Folge sei eine „Lawine von Angstkäufen“.<sup>57</sup>

## 6.2 Interne Öffentlichkeiten

Das Wissen um die hohe Bedeutung, die die SED den Tageszeitungen sowie den Sendungen von Hörfunk und Fernsehen zuschrieb, und das Wissen um die enge Verbindung zwischen Redaktionen und Entscheidungsträgern haben dazu geführt, dass sich die DDR-Bürger mit ihren Sorgen und Nöten an die Medien und teilweise sogar an die Agitationssekretäre im ZK der SED gewandt haben – nicht weil sie annahmen, dass die Eingaben veröffentlicht werden, sondern weil sie wussten, dass ihre Briefe bei den zuständigen Stellen (wenn es um konkrete Probleme ging) oder im Zentrum der Macht ankamen. Auch die Tageszeitungen in der DDR haben so ein Diskussionssystem geschaffen, das zwischen Politik und Bevölkerung vermitteln konnte – eine „interne Öffentlichkeit“, auf die der Gegner im Westen keinen Zugriff hatte.

Dieser Kommunikationskanal wurde per Gesetz eingeführt – zunächst in der „Verordnung über die Prüfung von Vorschlägen und Beschwerden der Werktätigen“ vom 6. Februar 1953 und dann mit dem Eingabengesetz vom 27. Februar 1961, das Briefe an die Redaktionen auf eine Stufe mit Eingaben an die Staatsor-

56 Zentrale Revisionskommission: Bericht über die Ergebnisse der Prüfung „Die Arbeit mit den Leserbriefen und Eingaben in der Redaktion des Zentralorgans des ZK der SED, *Neues Deutschland*“. August 1980. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/23, Bl. 13-22, hier 20.

57 Brief vom 12. November 1979. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/32, Bl. 195.

gane stellte (Bos, 1993, S. 114-118). Wie intensiv die Herrschenden diesen Kanal pflegten, belegen sowohl der Aufwand, mit dem die Anliegen der Leser, Hörer und Zuschauer in den Redaktionen bearbeitet wurden, als auch die andauernde Kontrolle durch das wachsame Auge der Parteiführung – Indizien, die wie das Gesetz für den Bedarf an gesellschaftlichem Austausch sprechen. Die Zentrale Revisionskommission der SED forderte bei einer der Prüfungen 1980 zum Beispiel „eine schnelle und parteimäßige Bearbeitung“. „Alle Eingaben und Leserbriefe“ seien zu registrieren, „termingemäß“ zu beantworten oder an „dritte Stellen“ weiterzuleiten (etwa an Verwaltungen). Wenn diese „dritte Stelle“ dem Einsender nicht schrieb, war „eine öffentliche Mahnung in der Zeitung“ denkbar. Auf den Pressefesten, die von jeder Zeitung einmal im Jahr veranstaltet wurden und Volksfestcharakter hatten, wurde offensiv für Leserbriefe geworben, um „die Teilnehmer zur schöpferischen Mitarbeit anzuregen“.<sup>58</sup> Im Prüfbericht für das *Neue Deutschland* wurde dann gelobt, dass die Leser „eine persönlich gehaltene differenzierte Antwort“ erhalten, „die, wenn erforderlich, nach Konsultationen mit Sachkundigen abgefasst ist“. In den 1970er und 1980er Jahren bekam das SED-Zentralorgan etwa 5 000 bis 6 000 Leserbriefe im Jahr, von denen allerdings nicht wenige auch Zustimmung zum Kurs der Partei oder zur Linie des Zentralorgans signalisierten.<sup>59</sup>

Sich bei drängenden Problemen unmittelbar an die Herrschenden oder ihre Helfer in den Medien zu wenden, gehörte dabei von Anfang an zum Habitus der DDR-Bürger. Joachim Gauck (2009) hat erzählt, dass seine Großmutter nach der Verhaftung seines Vaters 1951 zunächst an Präsident Wilhelm Pieck geschrieben und anschließend im Urlaubsort Ahrenshoop sogar persönlichen Kontakt zu Gerhart Eisler gesucht habe, der damals als Leiter des Amts für Information eine Schlüsselposition in der Medienbürokratie innehatte (S. 35). Bei allen Schwierigkeiten, die mit solchen Statistiken verbunden sind, und bei allen konjunkturellen Schwankungen: Im Zeitverlauf stieg die Zahl der Leserbriefe erheblich an. Bekamen alle SED-Blätter zusammen 1958 etwa 15 000 solche Schreiben, zählte allein die *Junge Welt* 1988 rund 900 000 (Mühlberg, 2004; Mühlberg & Merkel, 2000). Hauptthemen waren die Versorgung (Wohnungen, Ersatzteile, Autos) und Reisen in den Westen. Um in den Diskurs mit den Herrschenden eintreten zu können, wiesen sich die Schreiber als wertvolle Mitglieder der Gesellschaft aus (etwa indem sie auf ihre Leistungen im Beruf oder bei verschiedenen Initiativen der führenden Partei hinwiesen) und zitierten aus offiziellen Reden, SED-Dokumenten oder anderen Verlautbarungen (Merkel, 1997; Mühlberg, 2004) – ein Hinweis auf die Verschränkung zwischen „politisch inszenierter Öffentlichkeit“ und „internen Öffentlichkeiten“.

Die Redaktionen fassten die Themen, um die es in den Zuschriften der Leser, Hörer oder Zuschauer ging, und die Positionen, die dort geäußert wurden, regelmäßig in Berichten zusammen, die von der Abteilung Agitation im ZK der SED

58 Zentrale Revisionskommission: Hinweise für die Prüfung „Die Arbeit mit den Leserbriefen in den Redaktionen der Parteizeitungen“, April 1980. SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/23, Bl. 9-11.

59 Zentrale Revisionskommission: Bericht (wie Anm. 53), Bl. 17. – Vgl. auch Seibt an Herrmann, 18.9.1985. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/24, Bl. 83-97.

ausgewertet und in Dossiers zusammengestellt wurden. Am 10. Februar 1978 konnte man in einem solchen Dossier zum Beispiel lesen, dass die Bauarbeiter in Cottbus darüber diskutieren, „ob wir uns im Wohnungsbau nicht übernommen haben“, und eine „Plankorrektur“ fordern, und dass die meisten Bürger zwar begrüßen würden, dass einige Fahrzeuge vom Typ VW Golf eingeführt werden, manche Menschen aber klagen, dass der Wagen nur denen zugute komme, „die Geld haben“, und deshalb fragen, ob man angesichts des Devisenmangels „nicht etwas Wichtigeres“ hätte kaufen können.<sup>60</sup> Zwei Monate später gab es nach einer Rede Erich Honeckers vor den 1. Kreissekretären neben der üblichen Kritik an der Mangelwirtschaft („unsere Partei wird unglaublich, wenn sie das Problem der Ersatzteilversorgung zwar immer wieder aufzeigt, sich aber keine grundlegende Änderung abzeichnet“) generelle Zweifel an der Fiktionen, die der Parteichef in der Öffentlichkeit verbreitete. Honeckers Feststellung, dass „die Mehrheit der BRD-Bürger eine antikommunistische Grundhaltung besitzt“, betrachte „ein Teil der Bürger“ als „übertrieben“. In den Leserbriefen werde „auf persönliche Beziehungen mit BRD-Bürgern oder auf den Streikkampf und Bürgerinitiativen“ hingewiesen.<sup>61</sup>

An die Zeitungen oder direkt an die Abteilung Agitation zu schreiben, lohnte sich nicht nur, weil es einen direkten Draht zur SED-Spitze gab und man als Bürger der Politik so die Themen mitteilen konnte, die zu bearbeiten waren, und die Richtung, in der dies im Idealfall geschehen sollte (Aufgaben, die in demokratischen Gesellschaften das intermediäre Diskussionssystem Öffentlichkeit übernimmt). Wenn sich ein persönliches Problem sonst nirgendwo lösen ließ, blieben (gewissermaßen als letzte Möglichkeit) die „internen Öffentlichkeiten“. Joachim Herrmann bekam sogar Briefe, in denen er um Abonnements gebeten wurde – im Januar 1989 aus Berlin zum Beispiel mit dem Argument, dass man sich ohne die *Berliner Zeitung* gar nicht über die „Kandidaten der Wahlkreise“ informieren könne. Wenig später hatte die Familie ihre Zeitung.<sup>62</sup> Ein anderer Briefschreiber, der im Juni 1989 die Medienpolitik der DDR kritisierte, bekam durch Herrmann immerhin einen Gesprächstermin bei der SED-Bezirksleitung Halle.<sup>63</sup>

Dass sich Politik und Bürger zwischen den Ebenen Massenkommunikation sowie Veranstaltungs- und Versammlungsöffentlichkeiten auf der einen Seite (die beide von Gegnern aus dem Westen hätten eingesehen werden können) und Encountern auf der anderen Seite selbst über zentrale ideologische Fragen austauschen konnten, zeigt auch das Beispiel der Rezensionen zum Film „Die Reue“. Harald Wessel bekam in der ersten Woche nach seinem Verriss vom 1. November 1987 im *Neuen Deutschland* immerhin 19 Anrufe und 57 Briefe, in denen die Ablehnung deutlich überwog. Die kritischen Briefe, die teilweise „doppelt so lang“ waren wie der Artikel selbst, kamen dabei keineswegs nur von erklärten

60 Abteilung Agitation: Probleme und Tendenzen – zusammengestellt aus Berichten der Presse, des Rundfunks, des Fernsehens, des ADN und des Nationalrates der Nationalen Front der DDR, 10. Februar 1978. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/14, Bl. 1-5.

61 Abteilung Agitation: Probleme und Tendenzen – zusammengestellt aus Berichten der Presse, 12.4.1978. Ebd., Bl. 7-18, hier 7f.

62 Brief an Herrmann vom 28. Januar 1989. In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/37, Bl. 100f.

63 Brief an Herrmann vom Juni 1989. Ebd., Bl. 146f.

DDR-Gegnern, sondern auch aus dem „Freundeskreis“ (Wessel): etwa von Jürgen Kuczynski, Leonhard Kossuth oder aus der SED-Grundorganisation des Aufbauverlages, unterschrieben vom Parteisekretär. Nach diesem Brief fragte Wessel Herrmann etwas ratlos, wie er „reagieren“ solle.<sup>64</sup> Zwei Tage vorher hatte er aus den Briefen Pro und Contra zusammengestellt und die Liste unter anderem an den Agitationssekretär geschickt.<sup>65</sup>

„Interne Öffentlichkeiten“ wurden nicht nur über Leser-, Hörer- oder Zuschauerbriefe hergestellt, sondern auch auf Versammlungen, zu denen die Redaktionen regelmäßig einluden oder zu denen sie (von Berlin aus) in die Republik fuhren, bei den Veranstaltungen im Vorfeld von Wahlen oder am Wahltag selbst – wenn die örtlichen SED-Funktionäre nach dem Mittagessen begannen, sich um die Wahlbeteiligung zu sorgen und sich aufmachten, die Säumigen daheim zu besuchen und zum Gang in das Wahllokal zu bewegen. Da die DDR-Bürger wussten, wie wichtig den Herrschenden die Legitimation durch eine 100-prozentige Zustimmung war, war es möglich, die Stimme als Pfand zu nutzen, um mit der Macht zu verhandeln und Zugeständnisse in persönlichen Angelegenheiten zu erreichen. Diese Politik des Einzelfalls unter Umgehung der Öffentlichkeitsebene Massenkommunikation (sowohl im Osten als auch im Westen) hatte für die Herrschenden zwei Vorteile: Zum einen wurden Kritiker zumindest zeitweise zufriedengestellt, und zum anderen konnten DDR-Bürger nur in „kleinen Öffentlichkeiten“ erfahren, welche Sorgen ihre Nachbarn hatten, und sich so schwerer über das Meinungsklima informieren, da in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ nur Erfolge und Zustimmung zelebriert wurden. Die Familie Gauck zum Beispiel hatte Anfang der 1950er Jahre keine Idee, wie viele Menschen im Osten Deutschlands das gleiche Schicksal erlitten hatten. Dass Sohn Joachim „andere Verfolgte nicht kannte“ und insgesamt „wenig“ von solchen Verfolgungen ahnte, verhinderte nicht nur, dass er sich mit weiteren „Opponenten gegen kommunistisches Unrecht“ verbünden konnte, sondern stellte ihn schon während des Studiums auch ins Abseits, weil seine „Kommilitonen das Schicksal meines Vaters für untypisch und unwahrscheinlich“ hielten (Gauck, 2009, S. 38f.).

### 6.3 Das Ende der „internen Öffentlichkeiten“

Die überlieferten Akten zeigen zugleich, dass das Prinzip, Probleme in „internen Öffentlichkeiten“ zu lösen, um dem Gegner im Westen keine Angriffspunkte zu bieten, kollabierte, als sich die ökonomische Situation verschlechterte und die Menschen unzufriedener wurden. Spätestens ab 1987 schwoll die Briefflut aus der Bevölkerung an (Gerlach, 1991, S. 219) – so stark, dass der Apparat von ZK-Agitationssekretär Herrmann seine gesetzliche Pflicht vernachlässigte und (vor allem 1989) oft gar nicht mehr antwortete. Die Zahl der Eingaben an Erich Honecker verdoppelte sich in den 1980er Jahren (von 6 822 im ersten Halbjahr

64 Wessel an Herrmann, 11. November 1987, In: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/50, Bl. 159 – Vgl. auch Bl. 60-171.

65 Brief von Wessel, 9. November 1987. Ebd., Bl. 162-165.

1983 auf 13 937 im zweiten Halbjahr 1988).<sup>66</sup> Das Thema Wohnung blieb zwar in der Statistik vorn, dramatisch zu nahmen aber vor allem Petitionen zu Besuchsreisen in die Bundesrepublik und zur ständigen Ausreise, zu Ersatzteilfragen (vor allem für Autos) und zum Zustand der Infrastruktur („schlechte Straßen“). Im letzten überlieferten Bericht des Büros Honecker von Anfang 1989 wurde außerdem ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich die Bürger „in letzter Zeit“ darüber beklagen würden, keine Tageszeitungen abonnieren zu können. „Zu bemerken ist, dass es sich bei diesen Anträgen vorwiegend um die junger Eheleute handelt.“<sup>67</sup>

Natürlich hatten die DDR-Bürger zahlreiche Quellen, die sie über den Niedergang der Volkswirtschaft, die schwindende Legitimation des Sozialismus und über die Leistungsfähigkeit des anderen deutschen Staates informierten: auf der einen Seite fehlendes Material in den Betrieben und auf den Baustellen, die sprichwörtlichen Schlangen vor den Läden und der Mangel an Waren des Grundbedarfs, das Fehlen von Wohnraum, obwohl die SED versprochen hatte, dieses Problem bis 1990 zu lösen, sowie die Verschmutzung von Luft und Wasser, und auf der anderen Seite die weißen Fähnchen an den Autos der Ausreiseantragsteller, das Angebot in den Intershops (deren Zahl in den 1980er Jahren noch zunahm, Arnold, 2000, S. 329), Gespräche mit Westdeutschen am Balaton oder in Prag sowie immer häufiger die Berichte der Menschen, die durch die Liberalisierung der Genehmigungspraxis die Bundesrepublik besuchen durften und mit eigenen Augen gesehen hatten, dass man dort weder in Not und Elend lebte noch in einen Krieg gegen den Osten ziehen wollte oder gar Faschisten tolerierte. Lag die Zahl der Besuchsreisen in „dringenden Familienangelegenheiten“ 1983 noch bei 117 786, stieg sie bis 1987 auf rund eine Million im Jahr (Arnold, 2000, S. 331). Selbst wenn sich all diese Quellen als Momentaufnahmen abtun ließen: Wie sollte man verstehen, dass die SED bei den vielen Erfolgen des Sozialismus immer noch nicht in der Lage war, jedem ungehinderten Zugang zur „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ zu erlauben?

Dass Zeitschriften wie die *Wochenpost*, *Das Magazin* oder *FF dabei* nicht genug Papier bekamen, war man zwar gewöhnt (Meyen, 2003, S. 137-142), in den Akten aber spiegelt sich der wachsende Unmut. Das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen schrieb schon Anfang 1986 in einer internen Analyse, dass die Eingaben „immer fordernder“ werden würden. Die Bevölkerung verstehe nicht, warum dieses Problem nicht gelöst werden könne, obwohl man doch „propagandistisch“ immer die „positive Tendenz“ betone.<sup>68</sup> Knapp zwei Jahre später schilderte eine Leserin aus Meuselwitz bei Leipzig in einem Brief an das Kulturministerium ihren wöchentlichen (meist vergeblichen) Kampf um die TV-Zeitschrift. „Sie glauben gar nicht, dass unsere Bürger dann alles Schöne, all die Maßnahmen, die in der DDR getroffen wurden, sei es Bauliches, Versorgungsmäßiges, Soziales,

66 Information über eingegangene Eingaben im 1. Halbjahr 1983, 9. August 1983; Information über eingegangene Schreiben im II. Halbjahr 1988. In: SAPMO-BArch, DY 30/2590, Bl. 1-9, 106-116.

67 Ebd., Bl. 114.

68 Analyse des bei einzelnen Sortimentsgruppen sowie bei ausgewählten Presseerzeugnissen erreichten Versorgungsgrades, des Versorgungsniveaus und des Grades der Bedarfsdeckung, 20. Februar 1986. In: BArch, DC 9/544. Nicht publiziert.

Kulturelles usw., völlig vergessen. Die Menschen laufen schimpfend durch den Ort.“<sup>69</sup> Wie sollten diese Menschen nachvollziehen, dass die führende Partei nicht nur bei Unterhaltungsblättern sparen musste, sondern nicht einmal mehr in der Lage war, den Bedarf an Tageszeitungen zu befriedigen? 1988 hatten 26 der 39 Blätter ein Sperrzeichen in der Postzeitungsliste (konnten also nicht mehr ohne weiteres abonniert werden), darunter seit Herbst 1987 mit Ausnahme der *Sächsischen Zeitung* auch alle SED-Bezirkszeitungen.<sup>70</sup> Wie sollte man da noch an das glauben, was in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ verbreitet wurde? Diese Argumentationskette zeigt, dass es richtig ist, das *Sputnik*-Verbot im November 1988 als Schlüsselereignis für den „schleichenden Machtverfall der SED-Führung“ zu interpretieren (Holzweißig, 1998, 976). Mit der Streichung der sowjetischen Monatszeitschrift von der Postzeitungsliste wurde auch auf der Öffentlichkeitsebene Massenkommunikation von einem zentralen Wert abgerückt, auf den sich der „stillschweigende Konsens“ zwischen Herrschern und Bevölkerung stützte (Lindenberger, 2009). Das Wort „Rumoren“ beschreibt die Reaktionen in den anderen Arenen nur unzureichend: die Flut an Eingaben an das Postministerium und die eigentlichen Entscheider, die erregten Diskussionen in Parteiversammlungen, die nicht selten in Austritten gipfelten, und das absolute Unverständnis in Encountern quer durch alle Bevölkerungsschichten, das sich in den Stimmungsberichten des Ministeriums für Staatssicherheit spiegelt (Holzweißig, 1998, 979).

## 7. Fazit

Die SED hat den „Kampf um die Öffentlichkeit“ (Süß, 1990, S. 910) mit erheblichem Aufwand geführt und dafür gesorgt, dass in den Massenmedien für den Sozialismus geworben und gegen den Kapitalismus marschiert wurde. Während alles veröffentlicht wurde, was den eigenen Interessen zu nutzen schien (sogar Werbung für die „finstersten“ Länder, wenn diese denn bereit waren, die DDR anzuerkennen), sollte möglichst geheim bleiben, was dem Gegner in die Hände spielen konnte. Dies galt vor allem für die Wirtschaft, wo ZK-Sekretär Mittag ein System aus Vor- und Nachzensur installiert hat, das ihm die Kontrolle über alle Publikationen sicherte. Auch in den anderen Bereichen haben die Herrschenden zugleich versucht, konkurrierende Deutungsangebote in anderen Arenen entweder ganz auszuschalten oder wenigstens mit einem Glaubwürdigkeitsvorbehalt zu versehen. In der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ wurde kommuniziert, wie man sich in Versammlungs- und Veranstaltungsöffentlichkeiten oder in Encountern verhalten musste, um keine Probleme mit den Machthabern zu bekommen. Die Bürger fanden hier die Themen, die Interpretationen und zum Teil auch die konkreten Formulierungen, die sie in der Öffentlichkeit verwenden konnten und

69 Brief vom 13. Januar 1988. In: BArch, DC 9/111. Nicht paginiert. – Das Schreiben wurde an das Presseamt weitergeleitet und dort am 18. Februar 1988 mit einem Hinweis auf „volkswirtschaftliche Gründe“ sowie die ausgeschöpfte „Kapazität für dieses Druckverfahren“ beantwortet. „Unsere ausführliche Antwort soll aber zeigen, dass uns die Probleme, auf die Sie in Ihrem Brief aufmerksam machen, bekannt sind.“ Ebd.

70 Statistische Angaben über das Pressewesen 1968 bis 1989. BArch, DC 9/1027. Nicht paginiert.

dafür im Gegenzug private Freiheit bekamen. Immer richtig war dabei, die DDR als Land des Friedens, der Jugend und des Wohlstands für alle darzustellen, als ein Land, das seine Lektion aus dem Zweiten Weltkrieg gelernt hatte, dem Faschismus und Arbeitslosigkeit fremd waren und das die Arbeiternot früherer Tage hinter sich gelassen hatte. Außerdem baute die SED in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ einen moralischen Druck auf, der viele Menschen lange zwang, die Nutzung von westlichen Medienangeboten zu verheimlichen. Dieser moralische Druck dürfte neben dem Wissen um die Medienlenkung daheim ein Grund dafür gewesen sein, dass viele DDR-Bürger auch diesen Angeboten unterstellten, bestimmte Interessen zu verfolgen.

Die Ziele der Medienlenkung und die Gängelung des Journalismus durch die Politik (Meyen & Fiedler, 2011) haben verhindert, dass sich in der DDR ein autonomes System Öffentlichkeit ausdifferenziert, das zwischen Politik und Gesellschaft vermittelt. Da in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ über Zustimmungserklärungen zu den Entscheidungen der führenden Partei und durch den (weitgehenden) Verzicht auf jede Kritik am eigenen Lager durchweg ein positives Meinungsklima konstruiert wurde und diese Öffentlichkeitsebene zugleich die anderen Arenen dominierte, konnten sich die Bürger kaum über abweichende Ansichten und Gegenargumente informieren und gar nicht über die Verteilung der Meinungen in der Bevölkerung. Für politisch Interessierte gilt dieser Satz natürlich nur mit Einschränkungen: Wer bereit war, Zeit in die Lektüre der Zeitungen zu investieren (was wie in allen Gesellschaften längst nicht für alle Menschen zutraf), konnte aus den Fiktionen der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ auf Probleme und Ziele der Herrschenden und ihrer Ansprechpartner in der Weltpolitik schließen, erst recht, wenn er intensiv die Berichterstattung aus der Bundesrepublik verfolgte. Über die Ursachen der Havarie in der *Schwarzen Pumpe* 1982 oder über die Sicht der SED-Spitze über die Lage in Polen erfuhr er aber auch dort nichts. Die Herrschenden konnten den Massenmedien umgekehrt nichts über die Probleme entnehmen, die von der Politik zu lösen waren. Diese Verstümmelung der wichtigsten Öffentlichkeitsebenen erklärt die Bedeutung, die „interne Öffentlichkeiten“ für beide Seiten hatten – Arenen wie Leserbriefe, Wählergespräche oder Parteiversammlungen, zu denen der Gegner im Westen keinen Zugang hatte und in denen deshalb „Klartext“ gesprochen werden konnte (allerdings nicht ohne rhetorische Referenz an den Rahmen, der in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ gesetzt worden war). Wer Kommunikationsprozesse in Gesellschaften ohne Medienfreiheit beurteilen will, muss deshalb erstens interne Öffentlichkeit einbeziehen und zweitens untersuchen, wie die jeweiligen Machthaber solche internen Öffentlichkeiten genau wie Veranstaltungen oder Versammlungen und Encounter über Angebote auf der Ebene Massenkommunikation gesteuert haben.

Bei allen Vorteilen, die die Verlagerung der gesellschaftlichen Kommunikation in „interne Öffentlichkeiten“ den Herrschenden auf den ersten Blick zu bringen schien (man erfuhr, worüber die Menschen sprachen, und konnte Kritiker einbeziehen und so ruhig stellen, ohne dass die Gefahr von Protestgruppen drohte): Das System der Einzelfallbefriedigung musste erstens scheitern, als die wirtschaftliche Lage schlechter und die Zahl der Beschwerden damit deutlich größer wurde,

und es verhinderte zweitens eine gesellschaftliche Debatte über die vielen Herausforderungen, vor denen die Industriegesellschaften Mitteleuropas spätestens ab Mitte der 1970er Jahre standen. Zu den Themen Energiepolitik und Umwelt (um nur zwei Beispiele zu nennen) fanden die DDR-Bürger in der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ nur das, was dort immer stand: gar nichts, Jubel oder Kapitalismus-Schelte. Da ausländische Journalisten weder zum innersten Zirkel der Macht Zugang hatten noch zu internen Papieren (da jedem Whistleblower ein Bann drohte), waren die Westmedien hier kein Ersatz.

Die von der SED gelenkten Medienangebote haben an den „stillschweigenden Konsens“ zwischen Machthabern und Bürgern angeknüpft und vor allem in Krisensituationen (wie in den Jahren der offenen Grenze, beim Mauerbau oder während der Streikbewegung in Polen) an die Werte erinnert, auf die man sich leicht einigen konnte. Wer vor dem 13. August 1961 schon erwachsen war und im Osten blieb, hatte sich bewusst für die DDR entschieden und fand in den einheimischen Massenmedien die entsprechende Legitimation: man baute an einer Alternative zu der Gesellschaftsordnung, die auf Reichtum aus war und so Kriege mit Millionen von Toten verursacht hatte, und es ging dabei aufwärts, vor allem für die Jugend. Viele Menschen spürten die Erfolge, über die sie in der Presse lasen, am eigenen Leib, und arrangierten sich vielleicht auch deshalb, weil bei Problemen ja immer noch die Möglichkeit blieb, einen Leserbrief oder eine Eingabe an den SED-Chef zu schreiben. Selbst wenn eine Mehrheit gegen die Machthaber war: Die Menschen konnten dies nur über Kanäle erfahren, die ihnen zumindest teilweise verdächtig waren.

Während die „politisch inszenierte Öffentlichkeit“ auf diese Weise einerseits sehr lange zur Stabilität der ostdeutschen Gesellschaft beitrug, konnten die Menschen hier andererseits bereits sehr früh erste Zeichen für die Agonie des Staates finden – auch weil sie die Angebote kaum ignorieren konnten (wegen der Notwendigkeit, sich öffentlich zumindest verbal zum Sozialismus zu bekennen). Der Jubel über die eigenen Erfolge und die Kritik am gegnerischen Lager wurden in der Tagespresse schon Ende der 1970er Jahre deutlich leiser. So paradox es klingen mag: Die internationale Anerkennung, die Einbindung in die globale Wirtschaft und die weltweiten Erfolge des Friedenspolitikers Erich Honecker (also genau das, worauf alle Kontrollen der Öffentlichkeit letztlich aus gewesen waren) brachten das System letztlich zum Einsturz. Die wachsende Komplexität der außenpolitischen Situation und die immer stärker werdenden wirtschaftlichen Verknüpfungen führten erstens dazu, dass die Medienredaktionen immer stärker gegängelt werden mussten (da die gerade aktuellen Interessen nur im Machtapparat selbst und hier vor allem an seiner Spitze bekannt waren), und sorgten zweitens dafür, dass sowohl die Abgrenzung von der Bundesrepublik als auch die Kapitalismuskritik aus der „politisch inszenierten Öffentlichkeit“ verschwanden – in einer Zeit, in der Versorgungsgespässe, das aus vielen Quellen stammende Wissen über den „Alltag im Westen“ und schließlich der (in den Westmedien öffentlich sichtbare) Auszug des Hoffnungsträgers Jugend die Legitimation der gesellschaftlichen Ordnung ohnehin erschütterten. Es war Zeit für ein „Neues Forum“.

## Literatur

- Agethen, M. (1995). Die Ost-CDU und der Fall Brüsewitz vom August 1976. In M. Richter, & M. Reißmann (Hrsg.), *Die Ost-CDU* (S. 201-223). Weimar: Böhlau.
- Arendt, H. (1958). *The Origins of Totalitarianism*. New York: Harcourt Brace.
- Arnold, K. (2003). Propaganda als ideologische Kommunikation. *Publizistik*, 48, 63-82.
- Arnold, K.-H. (2000). *Zeitung. Ein Journalist berichtet*. Berlin: edition ost.
- Bachmann, R. (1995). *Ich bin der Herr – Und wer bist Du? Ein deutsches Journalistenleben*. Berlin: Dietz.
- Bahrman, H. (1990). Wende und journalistisches Selbstverständnis in der DDR. *Rundfunk und Fernsehen*, 38, 409-416.
- Barck, S.; Langermann, M., & Lokatis, S. (1997). „Jedes Buch ein Abenteuer!“ *Zensursystem und literarische Öffentlichkeiten in der DDR bis Ende der sechziger Jahre*. Berlin: Akademie-Verlag.
- Barck, S., & Lokatis, S. (2008). *Zensurspiele. Heimliche Literaturgeschichten der DDR*. Halle: Mitteldeutscher Verlag.
- Bathrick, D. (1995). *The Power of Speech: The Politics of Culture in the GDR*. Lincoln, NE: University of Nebraska Press.
- Behrend, H. (2002). Feministische Gegenöffentlichkeit im „Realsozialismus“. *Medien und Zeit*, 17 (1), 16-26.
- Bellut, T. (1982). *Die DDR-Berichterstattung in den Nachrichtenmedien der Bundesrepublik*. Münster: Lit.
- Böhme, G. (2011). Was wird der Erich dazu sagen? In M. Meyen, & A. Fiedler (Hrsg.), *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR* (S. 115-124). Berlin: Panama.
- Bösenberg, J.-A. (2004). *Die Aktuelle Kamera (1952–1990)*. Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg.
- Bürger, U. (1990). *Das sagen wir natürlich so nicht. Donnerstagsargus bei Herrn Geggel*. Berlin: Dietz.
- Chmel, C. (2009). *Die DDR-Berichterstattung bundesdeutscher Massenmedien und die Reaktionen der SED (1972-1989)*. Berlin: Metropol.
- Donda, A. (1992). Zahlen lügen nicht. In B. Zimmermann, & H.-D. Schütt (Hrsg.), *ohn-Macht. DDR-Funktionäre sagen aus* (S. 27-43). Berlin: Verlag Neues Leben.
- Dubiel, H. (1988). *Kritische Theorie der Gesellschaft*. Weinheim, München: Juventa.
- Eichinger, B., & Stern, F. (Hrsg.). (2009). *Film im Sozialismus – Die DEFA*. Wien: Mandelbaum.
- Engler, W. (1992). *Die zivilisatorische Lücke. Versuche über den Staatssozialismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fehr, H. (1999). Die Macht der Symbole. Osteuropäische Einwirkungen auf den revolutionären Umbruch in der DDR. In K. Jarausch, & M. Sabrow (Hrsg.), *Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR* (S. 213-238). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Fiedler, A. (2011). Wenn aus Feinden plötzlich Freunde werden. DDR-Presse im Spiegel der politischen Großwetterlage. Eine quantitative Inhaltsanalyse von vier DDR-Zentralorganen 1950 bis 1989. In A. Fiedler, & M. Meyen (Hrsg.), *Fiktionen für das Volk. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen* (S. 135-163). Münster: Lit.

- Fiedler, A., & Meyen, M. (2010). „Nichts tun, was unseren Interessen schadet“. Eine Inhaltsanalyse der Argumentationsanweisungen der Abteilung Agitation (1960 bis 1989). *Deutschland Archiv*, 43, 1034-1042.
- Fiedler, A.; Meyen, M. (2011). (Hrsg.). *Fiktionen für das Volk. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen*. Münster: Lit.
- Friedrich, C. J., & Brzezinski, Z. K. (1965). *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*, Cambridge: Harvard University Press.
- Funke, C. (2011). Viel Liebe und viel Leidenschaft. In M. Meyen, & A. Fiedler (Hrsg.), *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR* (S. 269-278). Berlin: Panama.
- Gamson, W., & Modigliani, A. (1987). The changing culture of affirmative action. In R. Braungart, & M. Braungart (Hrsg.), *Research in political sociology* (S. 137-177). Greenwich: JAI Press.
- Gauck, J. (2009). *Winter im Sommer – Frühling im Herbst. Erinnerungen*. München: Siedler.
- Gerhards, J. (1998). Konzeptionen von Öffentlichkeit unter heutigen Medienbedingungen. In O. Jarren, & F. Krotz (Hrsg.), *Öffentlichkeit unter Viel-Kanal-Bedingungen* (S. 25-48). Baden-Baden: Nomos.
- Gerhards, J.; & Neidhardt, F. (1990). *Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze*. Berlin: Wissenschaftszentrum.
- Gerlach, M. (1991). *Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staat*. Berlin: Morgenbuch.
- Geserick, R. (1989). *40 Jahre Presse, Rundfunk und Kommunikationspolitik in der DDR*, München: Ölschläger.
- Göbel, A. (2011). Krisen-PR im „Schatten der Mauer“. Der 13. August 1961 in den DDR-Zentralorganen. In A. Fiedler, & M. Meyen (Hrsg.), *Fiktionen für das Volk. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen* (S. 165-193). Münster: Lit.
- Gutschke, I. (2011). Man konnte etwas für einen Autor tun. In M. Meyen, & A. Fiedler (Hrsg.), *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR* (S. 150-158). Berlin: Panama.
- Habermas, J. (1990). *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hasche, C.; Schölling, T.; & Fiebach, J. (1994). *Theater in der DDR. Chronik und Positionen*. Berlin: Fischer-Lichte.
- Hein, C. (1990). Die Zensur ist überlebt, nutzlos, paradox, menschenfeindlich, volksfeindlich, ungesetzlich und strafbar. In *Als Kind habe ich Stalin gesehen. Essays und Reden* (S. 77-104). Berlin: Aufbau.
- Hesse, K. (1988). *Westmedien in der DDR. Nutzung, Image und Auswirkungen bundesrepublikanischen Hörfunks und Fernsehens*. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Holzweißig, G. (1999). „Verzerrende Beiträge zur Geschichte“. Zehnter Jahrestag des „Sputnik“-Verbots. *Deutschland Archiv*, 31, 976-980.
- Holzweißig, G. (1999). Massenmedien in der DDR. In J. Wilke (Hrsg.), *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland* (S. 573-601). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Holzweißig, G. (2002). *Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR*. Köln: Böhlau.
- Hölscher, J. (1979). *Öffentlichkeit und Geheimnis. Zur Entstehung der Öffentlichkeit in der frühen Neuzeit*. Stuttgart: Klett-Cotta.

- Höpcke, K. (2008). *Über linke Heimatliebe. Texte um die Jahrtausendwende*. Berlin: Das Neue Berlin.
- Impekoven, H. (2004). „Gewinnt alle christlichen Bürger zur Mitarbeit!“ Die CDU-Presse in der SBZ und DDR. In H. Impekoven & V. Plank: Feigenblätter. Studien zur Presse lenkung in Drittem Reich und DDR (S. 119-240). Münster: Scriptorium.
- Irmer, T. (2009). Sozialistischer Boulevard. Zum fast vergessenen Theater Rudi Strahls. In U. Häußler, M. Merkel (Hrsg.), *Vergnügen in der DDR* (S. 336-343). Berlin: Panama.
- Irmer, T.; Schmidt, M. 2003. *Die Bühnenrepublik. Theater in der DDR*. Berlin: Alexander Verlag.
- Kapitza, A. (1997). Transformation der ostdeutschen Presse. „Berliner Zeitung“, „Junge Welt“ und „Sonntag/Freitag“ im Prozess der deutschen Vereinigung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kaspar, A. (2011). Prisma war ein Mutmacher. In M. Meyen, & A. Fiedler (Hrsg.), *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR* (S. 309-318). Berlin: Panama.
- Kirchler, K. (2011). „In alle Richtungen der Windrose“. Die Weltfestspiele 1973 als PR-Event. In A. Fiedler & M. Meyen (Hrsg.), *Fiktionen für das Volk. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen* (S. 245-268). Münster: Lit.
- Kirschey-Feix, I. (2011). Biermann war für mich ein Einschnitt. In M. Meyen, & A. Fiedler (Hrsg.), *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR* (S. 210-218). Berlin: Panama.
- Kluge, U., Birkefeld, U., & Müller, S. (1997). *Willfährige Propagandisten. MfS und SED-Bezirksparteizeitungen*, Stuttgart: Steiner.
- Körner, K. (1992). Politische Broschüren im Kalten Krieg 1947-1963. In D. Vorsteher (Hrsg.), *Deutschland im Kalten Krieg* (S. 85-100). Berlin: Argon.
- Landes, C. (2011a). „Ich hatte so viel Spielraum wie ich wollte.“ Der Einfluss von Journalisten: das Beispiel Sport. In A. Fiedler, & M. Meyen (Hrsg.), *Fiktionen für das Volk. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen* (S. 107-133). Münster: Lit.
- Landes, C. (2011b). „Noch nie hatte man’s gesehn: 5 Freunde untern besten Zehn!“ Die olympischen Sommerspiele 1972 in München. In A. Fiedler, & M. Meyen (Hrsg.), *Fiktionen für das Volk. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen* (S. 215-244). Münster: Lit.
- Lindenberger, T. (2009). Tacit Minimal Consensus: The Always Precarious East German Dictatorship. In P. Corner (Hrsg.), *Popular Opinion in Totalitarian Regimes: Fascism, Nazism, Communism* (S. 208-222). New York: Oxford University Press.
- Loest, E. (1952). *Die Westmark fällt weiter*. Halle: Mitteldeutscher Verlag.
- Merkel, I. (1997). „... in Hoyerswerda leben jedenfalls keine so kleinen viereckigen Menschen.“ Briefe an das Fernsehen der DDR. In A. Lüdtker, & P. Becker (Hrsg.), *Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag* (S. 279-310). Berlin: Akademie Verlag.
- Merkel, I., & Mühlberg, F. (2000). Eingaben und Öffentlichkeit. In I. Merkel (Hrsg.), *„Wir sind doch nicht die Meckerecke der Nation“. Briefe an das Fernsehen der DDR* (S. 11-46). Berlin: Schwartzkopf & Schwartzkopf.
- Meyen, M. (2001). *Hauptsache Unterhaltung. Mediennutzung und Medienbewertung in Deutschland in den 50er Jahren*, Münster: Lit.

- Meyen, M. (2003) *Denver Clan und Neues Deutschland. Mediennutzung in der DDR*, Berlin: Ch. Links.
- Meyen, M., & Fiedler, A. (2011). *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR*. Berlin: Panama.
- Meyen, M., & Schweiger, W. (2008). „Sattsam bekannte Uniformität“? Eine Inhaltsanalyse der DDR-Tageszeitungen Neues Deutschland und Junge Welt (1960 bis 1989). *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 56, 82-100.
- Modrow, H. (2011). Die Argumentation ist meine Erfindung. In M. Meyen & A. Fiedler, *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR* (S. 37-47). Berlin: Panama.
- Mühlberg, F. (2004). *Bürger, Bitten und Behörden. Geschichte der Eingaben in der DDR*. Berlin: Dietz.
- Neidhardt, F. (1994). Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In F. Neidhardt (Hrsg.). *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen* (S. 7-41). Op-laden: Westdeutscher Verlag.
- Neues Forum (1989). *Aufbruch 89*. Bonn: Haus der Geschichte. Abgerufen von [http://www.hdg.de/lemo/html/dokumente/DieDeutscheEinheit\\_aufrufNeuesForum/index.html](http://www.hdg.de/lemo/html/dokumente/DieDeutscheEinheit_aufrufNeuesForum/index.html)
- Niemann, H. (1995). *Hinterm Zaun. Politische Kultur und Meinungsforschung in der DDR – die geheimen Berichte an das Politbüro der SED*. Berlin: edition ost.
- Noelle-Neumann, E. (1992). Manifeste und latente Funktion Öffentlicher Meinung. *Publizistik*, 37, 283-297.
- Noelle-Neumann, E. (2001). *Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut*. München, Zürich: Piper.
- Osterer, O. (2011). Speerspitze von Imperialismus und Weltreaktion. Das Israel-Bild während des Sechstagekriegs. In A. Fiedler, & M. Meyen (Hrsg.), *Fiktionen für das Volk. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen* (S. 195-214). Münster: Lit.
- Pleitgen, F. (2004). Impressionen zur deutsch-deutschen Fernsehgeschichte. In: Deutsches Rundfunkarchiv (Hrsg.), *In geteilter Sicht. Dokumentation eines Symposiums* (S. 17-24). Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg.
- Poss, I., & Warnecke, P. (Hrsg.) (2006). *Spur der Filme. Zeitzeugen über die DEFA*. Berlin: Ch. Links.
- Raddatz, K. (2011). Ich dachte, wir machen es richtig. In M. Meyen, & A. Fiedler (Hrsg.), *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR* (S. 167-175). Berlin: Panama.
- Raupp, J. (2000). *Kunstöffentlichkeit im Systemvergleich. Selbstdarstellung und Publikum der Nationalgalerien im geteilten Berlin*. Münster: Lit.
- Raupp, J. (2003). Kunstöffentlichkeit in der DDR als Gegen-Gegenöffentlichkeit. In G. Rittersporn, M. Rolf, & J. Behrends (Hrsg.), *Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten* (S. 217-238). Frankfurt am Main: Peter Lang.
- Requate, J. (1999). Öffentlichkeit und Medien als Gegenstände historischer Analyse. *Geschichte und Gesellschaft*, 25, 5-32.
- Roesler, J. (2009). Schwarze Pumpe – ein „Schlüsselbetrieb“ der DDR-Volkswirtschaft? In G. Bayerl (Hrsg.), *Braunkohleveredelung im Niederlausitzer Revier. 50 Jahre Schwarze Pumpe* (S. 105-118). Münster: Waxmann.

- Rühle, R. (2003). *Entstehung von politischer Öffentlichkeit in der DDR in den 1980er Jahren am Beispiel von Leipzig*. Münster: Lit.
- Sabrow, M. (1999). Der Konkurs der Konsensdiktatur. Überlegungen zum inneren Zerfall der DDR aus kulturgeschichtlicher Perspektive. In K. Jarausch, & M. Sabrow (Hrsg.), *Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR* (S. 83-126). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Sabrow, M. (2004). Die Wiedergeburt des klassischen Skandals. Öffentliche Empörung in der späten DDR. In M. Sabrow (Hrsg.), *Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR* (S. 231-265). Göttingen: Wallstein.
- von Saldern, A. (2003). Öffentlichkeit in Diktaturen. Zu den Herrschaftspraktiken im Deutschland des 20. Jahrhunderts. In G. Heydemann, & H. Oberreuter (Hrsg.), *Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen* (S. 442-475). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schabowski, G. (2011). Kommunisten sind Großideologen. In M. Meyen, & A. Fiedler (Hrsg.), *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR* (S. 27-36). Berlin: Panama.
- Scheufele, B. (2003). *Frames – Framing – Framing-Effekte. Theoretische und methodische Grundlegung des Framing-Ansatzes sowie empirische Befunde zur Nachrichtenproduktion*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Schröder, R. (23. Juni 2009). Selbst die Zahl der Selbstmorde war in der DDR ein Staatsgeheimnis. *Süddeutsche Zeitung*, S. 6.
- Schweizer, A. (2011). „Wir dulden keinen Schmutz, auch nicht Schmutz in Versen“: die Biermann-Affären. In A. Fiedler, & M. Meyen (Hrsg.), *Fiktionen für das Volk. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen* (S. 269-294). Münster: Lit.
- Silberman, M. (1997). Problematizing the „Socialist Public Sphere“: Concepts and Consequences. In M. Silberman (Hrsg.), *What Remains? East German Culture and the Post-war Public* (S. 1-37). Washington: American Institute for Contemporary German Studies.
- Staatd, J., Voigt, T., & Wolle, S. (2008). *Operation Fernsehen. Die Stasi und die Medien in Ost und West*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Steiner, A. (2007). *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*. Berlin: Aufbau.
- Steinmetz, R., & Viehoff, R. (2008). *Deutsches Fernsehen Ost. Eine Programmgeschichte des DDR-Fernsehens*. Berlin: Verlag für Berlin-Brandenburg.
- Stiehler, H.-J. (2001). *Leben ohne Westfernsehen. Studien zur Medienwirkung und Medien-nutzung in der Region Dresden in den 80er Jahren*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.
- Stiehler, H., & Lindner, B. (1991). Besucherstrukturen in Kunstausstellungen. In H.-J. Klein (Hrsg.), *Rückblende. Museumsbesucher und Besucherforschung in der DDR* (S. 7-25). Karlsruhe: Institut für Soziologie.
- Stöber, R. (2005). Der politische Witz. Ein Genre politischer Kommunikation und Maßstab politischer Freiheiten. *Communicatio Socialis*, 38, 378-394.
- Süß, W. (1990). Revolution und Öffentlichkeit in der DDR. *Deutschland Archiv*, 23, 907-921.
- Tiedke, W. (2011). Wir haben die richtigen Fragen gestellt. In M. Meyen, & A. Fiedler (Hrsg.), *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR* (S. 75-86). Berlin: Panama.

- Tiemeyer, F. (1986). Eine Spur ausführlicher. Ein Vergleich zwischen der SED-Presse und den Zeitungen der „Blockparteien“. *Medium*, 2, 25f.
- Timm, A. (1992). Israel in den Medien der DDR. In M. Benz (Hrsg.), *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* (S. 154-173). Frankfurt am Main: Campus.
- Tomala, M. (2003). Eine Bilanz der offiziellen Beziehungen zwischen der DDR und Polen. In K. Basil, A. Kotula, & K. Wóycicki (Hrsg.), *Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949-1990* (S. 59-79) Osnabrück: Fibre.
- Vogel, K. (2011a). Publizistische Begleitung der „Revolution des Volkes“? *Der Morgen* am Ende der DDR. In A. Fiedler, & M. Meyen (Hrsg.), *Fiktionen für das Volk. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen* (S. 295-321). Münster: Lit.
- Vogel, K. (2011b). Die Differenz zwischen Realität und Berichterstattung. Eine Fallstudie zur Opposition in Polen und zur Havarie im Gaskombinat *Schwarze Pumpe*. In A. Fiedler, & M. Meyen (Hrsg.), *Fiktionen für das Volk. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen* (S. 25-58). Münster: Lit.
- Weise, G. (2011): Dienstleister für das Tal der Ahnungslosen. In M. Meyen, & A. Fiedler (Hrsg.), *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR* (S. 299-308). Berlin: Panama.
- Wendelin, M. (2011). *Medialisierung der Öffentlichkeit. Kontinuität und Wandel einer normativen Kategorie der Moderne*. Köln: Halem.
- Wesenberg, D. (2007). *Unter „operativer Kontrolle“: Die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973 in Ost-Berlin*. Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung.
- Wilke, J. (2007): *Presseanweisungen im zwanzigsten Jahrhundert. Erster Weltkrieg – Drittes Reich – DDR*, Köln: Böhlau.

# Public Sphere in the German Democratic Republic

## A Theoretical and Empirical Contribution to the Structures of Communication in Societies with no Freedom of the Press

*Michael Meyen*

### 1. Scope

Using the example of the German Democratic Republic (GDR) the present study deals with the public sphere in Eastern European countries before 1989. For this purpose, it moves the daily newspapers back on stage. This approach may at first seem somewhat controversial. Western studies continue to uphold the thesis that the mass media in socialist societies could not reflect public opinion, but solely to mould and shape it in the direction favoured by the leading party (Bathrick, 1995; Silbermann, 1997). Consequently, in this view the socialist mass media – by completely choking public opinion – just served as a propaganda tool for the socialist elite, making the media more or less “dispensable” to its public (Habermas, 1989; Boggs, 2000). The idea of the media as “collective propagandist, agitator and organiser” (Lenin) makes it plain why the bulk of research about the public sphere in the GDR focuses on literature and culture, on opposition groups and on the Church and leaves out “the official public sphere under party control” (Silberman, 1997, p. 7).

The present paper supports the idea that the dichotomy between the propaganda role of the state’s media infrastructure on the one hand and the partially free sphere in the fields of literature and arts on the other hand actually limit the scope of research and make it impossible to see the structures of public communication. Even though a quick look into the thin, slowly decaying newspapers with pictures of the General-Secretary of the GDR, political session reports and mottoes is enough to convince of the totalitarian destruction of the public sphere in societies ruled by State socialism, two questions remain unanswered, namely: How could the communist party stay in power without many incidents over such a long period of time? And where did the protest movement come from that destroyed this solid system almost in a blink of an eye?

In both cases, the answer of the present study leads to the steering of the mass media which was in fact a trial to control the public sphere at all (even the arts, encounters and the media from the West). The political staged public sphere did not provide an intermediary system for debate that would have allowed for bilateral exchange between politics and society and given free access to everyone (Gerhards & Neidhardt, 1990, pp. 42-46). Yet, even in the GDR there was a “domain that was not secret” and that related to State affairs (which is the original definition of the concept of public sphere). As public communication took place via daily papers “within the horizon of all citizens” (a relevant specificity of the public sphere in the State system) and as readers were largely aware of both the ob-

jectives and the mechanisms of political steering of the media that was going on, public opinion could emerge in the GDR and represent more or less general positions with regard to specific issues. These opinions could not really touch upon all issues, but did not necessarily have to be in agreement with the objectives of the communication policy. By comparison the media offers from the West towards the GDR have influenced the process of public opinion making in less concrete ways (because Western Television could only dedicate a comparatively limited amount of air-time to GDR issues) but they have largely contributed to raising the awareness of the audience to the phenomenon of media steering that was going on in the GDR.

## 2. Theoretical background and sources

On the basis both of the Arena Model by Gerhards and Neidhardt (1990) and the findings of historical research about the GDR, the paper differentiates the public sphere in socialist countries. Alongside the two sub-levels of mass communication in socialist countries (the politically staged public sphere and the media from the West), official and unofficial events and meetings as well as encounters (such as dialogues on the bus, at the workplace or at the pub) there was a fourth level: internal public spheres like readers' letters or party meetings which were open to GDR citizens and gatekeepers to the other levels of public sphere, but not to journalists and other observers from the West. The study is based on four main sources: files from the Federal archives in Berlin, a content analyses of the daily instructions given by the media headquarter of the communist party, a (quantitative and qualitative) content analyses of four main GDR newspapers, and a series of about 100 biographical interviews, held between 2000 and 2002, in which former GDR-residents have been asked about their everyday media usage during the 1980s.

## 3. Main findings

The "positive connotation" of the concept of public sphere has restrained the research into the performance of the politically staged public discourse in the States of Eastern Europe as well as into internal public spheres hidden from Western eyes. If researchers had not concentrated on a counter public sphere or if they had not denied the existence of a public sphere, the mobilisation process of the public sphere that took place in the GDR in 1989 would not have taken us so much by surprise (Gerhards & Neidhardt, 1990, p. 77).

The SED leadership saw the press as an instrument in the class struggle and positioned a fiction in the part of the public sphere that it could control directly. This fiction was meant to serve their current interests and did take into account that the Western media also played a role in the GDR public communication sphere. People in charge have consistently implied that "the other side" (in particular West Germany) was on the lookout for weaknesses of the GDR in all its publications. That's why they made every effort to suppress the reporting of any internal details that their adversary might have used for their own interest. The

most important stake holders (politicians, ambassadors, businessmen and artists, who had to deal with the GDR) as well as the GDR citizens used to read the East German press as it was conceived (namely as an official statement of the SED) and tried to draw conclusions about the position and the objectives of the GDR leadership. The media fiction may have caused large numbers of readers to leave out the first pages of the dailies, but on the other hand politically interested citizens had the possibility to draw conclusions not only about the objectives and the position of the SED leadership but as well about the positioning of the class enemy, on internal and external conflict zones and economic issues. Even though the politically staged public sphere was neither open to all topics, nor for all actors, it did in a way at least provide a certain measure of transparency and orientation. The citizens of the GDR knew that there was no free public sphere in their country and they have therefore generally distrusted news and the media, even the media offer from West Germany. The politically staged public sphere did also fulfil an orientation function, because it informed about the currently valid reading of the ideology, about what one could do and say in events, meeting or encounters without rubbing the system up the wrong way.

The knowledge that the papers had a high significance for the communist party and that there were close ties between the newsrooms and the decision makers had the consequence that the GDR citizens turned to the press and even to the Secretary for Agitation in the Central Committee, not because they believed that their cases would be published, but because they knew that their letters would get to the relevant administration (in case of specific problems) or to the centre of power. The daily newspapers in the GDR represented a channel for discussion that provided an intermediary between the politics and the population (internal public spheres).

The dominance of the mass media has allowed for the emergence of an unofficial communication structure that has provided (within limitations) opportunities to connect society (or the real world) with politics. The collected readers' letters and the files of the section for agitation demonstrate that this discourse can be gauged with the norms of Habermas (1989), largely because the involved citizens had no means to know how the rulers would react and needed not only courage but as well rhetorical capacities in support of their argument. It must be said that the wave of protest that caused the end of the Communists' rule was also boosted by the fact that reality and media fictions were ever growing further apart. It can nevertheless be safely assumed that the GDR citizens had plenty of opportunities to read signs of the agony of the System in the politically staged public sphere. Since validation could only happen within encounters, the process of build up of political will has taken longer than it does in societies with an autonomous system of public sphere.

## Literature

- Bathrick, D. (1995). *The Power of Speech: The Politics of Culture in the GDR*. Lincoln: University of *Nebraska* Press.
- Boggs, C. (2000). *The End of Politics: Corporate Power and the Decline of the Public Sphere*. New York: Guildford Press.
- Gerhards, J., & Neidhardt, F. (1990). *Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit* [Structures and functions of modern public sphere]. Berlin: Wissenschaftszentrum.
- Habermas, J. (1989). *The Structural Transformation of the Public Sphere: An Inquiry into a Category of Bourgeois Society*. Cambridge: MIT Press.
- Silberman, M. (1997). Problematizing the Socialist Public Sphere: Concepts and Consequences. In M. Silberman (Ed.), *What Remains? East German Culture and the Postwar Public* (pp. 1-37). Washington: American Institute for Contemporary *German* Studies.